

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Paul Kevenhörster

Das japanische Parteiensystem im Umbruch
Stagnation oder Neubeginn?

Werner Pascha

Japans Wirtschaft: Krise und Wandel

Friederike Bosse

Leidet Japans Moral unter seinen eigenen Tugenden?
Anmerkungen zur „japanischen Krankheit“

Manfred Pohl

Japans Rolle in Ostasien: Großmacht wider Willen?

B 50/94

16. Dezember 1994

Paul Kevenhörster, Dr., geb. 1941; Studium der Wirtschaftswissenschaften und Politikwissenschaft an den Universitäten Köln, Bonn, Hamburg sowie an der Pennsylvania State University (USA) und der Sophia-Universität Tokyo; 1974–1982 Professor für Politikwissenschaft in Braunschweig und Münster; 1982–1988 Kurator der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE), Berlin; seit 1988 Professor für Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; 1978, 1989, 1990 und 1994 Gastprofessor in Tokyo und Nagoya.

Veröffentlichungen u. a.: Das politische System Japans, Opladen 1969; Wirtschaft und Politik in Japan. Interessengruppen, politische Meinungsbildung und wirtschaftspolitische Entscheidungen, Wiesbaden 1973; Computerized Policy in Japan. Information Processing in the Japanese Government, Hamburg 1982; Gemeindedemokratie in Gefahr? Zentralisierung und Dezentralisierung als Herausforderungen lokaler Demokratie in Japan und der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1987; Politik und Gesellschaft in Japan, Mannheim 1993; Japan. Außenpolitik im Aufbruch, Opladen 1993.

Werner Pascha, Dr. rer. pol. habil., geb. 1957; Studium der Volkswirtschaftslehre in Freiburg im Breisgau, an der London School of Economics und in Nagoya/Japan; 1984–1991 Mitarbeiter am Institut für Entwicklungspolitik der Universität Freiburg; 1991 Lehrstuhlvertretung, seit 1992 o. Professor für Ostasienwirtschaft/Wirtschaftspolitik an der Gerhard-Mercator-Universität – GH Duisburg; stellv. geschäftsführender Direktor des Instituts für Ostasienwissenschaften der Universität Duisburg; längere Japanaufenthalte 1982–1984, 1986–1987 sowie 1993.

Veröffentlichungen u. a.: Strukturanpassung in schrumpfenden Branchen – Japans Textilindustrie, Berlin 1986; (Hrsg. zus. mit Wolfgang Seifert und Meinfried Striegnitz) Die Internationalisierung Japans im Spannungsfeld zwischen ökonomischer und sozialer Dynamik, Rehbürg-Loccum 1993; (Hrsg. zus. mit Günter Heiduk) Japans Wirtschaft in Europa, Baden-Baden 1994; Die japanische Wirtschaft, Mannheim 1994.

Friederike Bosse, M. A., geb. 1962; Studium der Japanologie in Hamburg, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Asienkunde (IfA) Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: regelmäßige Wirtschaftsberichterstattung in: Japan – Wirtschaft, Politik und Gesellschaft (IfA); Überalterung der Bevölkerung stellt neue Anforderungen an Japans Sozialpolitik, in: Manfred Pohl, Japan Jahrbuch 1993/94, Hamburg 1994.

Manfred Pohl, Dr. phil., geb. 1943; Studium der Japanologie, Sinologie, Politikwissenschaft und Geschichte in Hamburg; seit 1975 Japan-Referent am Institut für Asienkunde, Hamburg; seit 1991 dort Leiter der Japan-Abteilung; seit 1994 o. Professor für Politik, Staat, Gesellschaft Japans an der Universität Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Japan – Politik und Wirtschaft, Hamburg 1976 ff.; Presse und Politik in Japan, Hamburg 1981; (Hrsg.) Japan, Stuttgart 1986; (Hrsg. zus. mit Hans Jürgen Mayer) Länderbericht Japan, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1994.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

– Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

– Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;

– Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Das japanische Parteiensystem im Umbruch Stagnation oder Neubeginn?

Nach Jahrzehnten unumschränkter Vormachtstellung der liberaldemokratischen Regierungspartei befindet sich das japanische Parteiensystem in einem tiefgreifenden Umbruch: Tritt ein Vielparteiensystem an die Stelle des herkömmlichen „Eineinhalbparteiensystems“ – oder besteht die konservative Parteiendominanz nur in veränderter Form fort? Sind die anhaltenden Spaltungen, die Bildung immer neuer Allianzen und die Gründung immer neuer Parteien mit emphatischem Reformanspruch Symptome einer fortschreitenden Paralyse des Parteiensystem – oder Vorboten einer politischen Neuordnung? Eine Antwort auf diese Frage erfordert eine Einschätzung der bisherigen Entwicklung und der Tragfähigkeit von Neugruppierungen im Rahmen veränderter politischer Wettbewerbsbedingungen.

I. Der Abschied vom „55er-System“

Seit dem Zusammenschluß der Liberalen Partei und der Demokratischen Partei zur *Liberaldemokratischen Partei* (LDP) und der Rechts- und Linkssozialisten zur *Sozialistischen Partei Japans* (*Shakaitō*) im Jahre 1955 wurde die parlamentarische Demokratie Japans bis in die neunziger Jahre durch das „55er-System“ geprägt, das aus fünf Parteien bestand¹. Die konservative LDP stellte seit ihrer Gründung die Regierung und verfügte bis 1993 im Unterhaus über eine stabile Mehrheit. Sie fand für den Kurs einer allgemeinen Wohlstandssteigerung durch hohes wirtschaftliches Wachstum, eine dynamische Industrie- und Technologiepolitik, den behutsamen Ausbau der sozialen Sicherung nach innen und eine enge Zusammenarbeit mit den USA nach außen die breite Zustimmung der Wähler. Vielfältige lokale Netzwerke und gute Kontakte zu den Wirtschaftsverbänden kamen den Liberaldemokraten dabei ebenso zugute wie eine breite Mitgliederbasis und eine starke Finanzausstattung.

¹ Zur Entwicklung des japanischen Parteiensystems vgl. insbesondere Hans Baerwald, *Party Politics in Japan*, London-Sydney 1986; Scott C. Flanagan u.a., *The Japanese Voter*, New Haven-London 1991; R. J. Hrebendar, *The Japanese Party System. From One-Party Rule to Coalition Government*, London 1986; Paul Kevenhörster, *Politik und Gesellschaft in Japan*, Mannheim 1993.

Der dominierenden LDP stand über nahezu vier Jahrzehnte eine zersplitterte Opposition gegenüber. Stärkste Oppositionspartei war die (sozialistische) *Sozialdemokratische Partei Japans* (SDPJ, *Shakaitō*), die trotz ihrer Entstehung aus einer Fusion von Rechts- und Linkssozialisten einen linkssozialistischen Kurs verfolgte. In der SDPJ, die den Sicherheitsvertrag mit den USA ablehnte, die Notwendigkeit der Selbstverteidigungstreitkräfte verneinte und eine „positive Neutralität“ Japans verfocht, fanden auch „Maoisten“, „Trotzkisten“ und „Togliattisten“ eine politische Heimat. Behutsame, rhetorische Kurskorrekturen setzten zwar in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ein. Aber endgültig verabschiedete sich die Partei erst im September 1994 von ihren alten Dogmen, nachdem der Parteivorsitzende Tomiichi Murayama das Amt des Premierministers übernommen und die Kurskorrektur durch seine Regierungserklärung erzwungen hatte.

Im Spektrum der linken Mitte ist die *Demokratisch-Sozialistische Partei* (DSP; *Minshatō*) nur eine Splitterpartei geblieben. Zwar hat sie sich – aus einer Abspaltung von der SDPJ im Jahre 1960 hervorgegangen – von Anfang an als eine sozialdemokratische Partei europäischen Typs verstanden, aber sie konnte in dem stark polarisierten „Eineinhalbparteiensystem“ nicht aus dem Schatten der Sozialisten hervortreten und keine glaubwürdige Alternativposition gegenüber den regierenden Liberaldemokraten aufbauen.

Die *Kōmeitō* („Partei für eine saubere Regierung“) versteht sich als „politischer Arm der buddhistischen Sekte *Soka Gakkai* („Werteschaftende Gesellschaft“). Durch die enge Verzahnung mit dieser Sekte ist sie dem im 13. Jahrhundert begründeten Nichiren-Buddhismus verpflichtet und strebt mit den Formeln der „buddhistischen Demokratie“ und des „humanistischen Sozialismus“ eine Position in der politischen Mitte des Parteiensystems an. Die *Kommunistische Partei Japans* (KPJ; *Kyōsantō*) hat sich auch nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes behaupten können. Ihre Ziele sind die Neutralisierung Japans, die Abschaffung der „Herrschaft des Großkapitals“ und die Bekämpfung des Militarismus.

Weder Sozialisten, Sozialdemokraten, Buddhisten noch die Kommunisten haben die Vorherrschaft

der Liberaldemokraten bis zu Beginn der neunziger Jahre ernsthaft gefährden können. Im „Eineinhalbparteiensystem“ blieb die Dominanz der LDP erhalten, auch wenn diese unter dem Einfluß anhaltender Korruptionsskandale 1989 ihre Mehrheit in der zweiten Kammer des Parlaments, dem Oberhaus, einbüßte. Aber schon in der folgenden Oberhauswahl 1992 erzielte sie erneut eine absolute Mehrheit der neu zu vergebenen Mandate. Die Unzufriedenheit der Wähler mit der in zahlreichen Korruptionsskandale verwickelten politischen Führungsschicht des Landes hielt jedoch an, löste heftige Diskussionen und Absetzbewegungen in der LDP aus und brachte schließlich im Jahre 1993 das „55er-System“ zum Einsturz.

Ein Jahr zuvor hatte sich eine Gruppe von LDP-Politikern um den früheren Oberhausabgeordneten und Gouverneur der Präfektur Kumamoto, Morihiro *Hosokawa*, von der Regierungspartei abgesetzt und die *Neue Partei Japans* (NPJ; *Nihon Shintō*) gegründet. Noch wirkungsvoller war die Abspaltung einer zweiten Gruppe ein Jahr später: Im Juni 1993 verließen der frühere LDP-Generalsekretär Ichirō *Ōzawa* und der frühere Finanz- und Landwirtschaftsminister Tsutomu *Hata* die LDP und gründeten die „Erneuerungspartei“ (*Shinseitō*). Im gleichen Zeitraum rief der frühere liberaldemokratische Politiker Masayoshi *Take-mura* die „Neue Partei: Vorreiter“ (*Shintō Sakigake*) ins Leben. Beide Parteien entstanden als Protestbewegungen gegen die nach zahlreichen Skandalen deutlich gewordene Reformunfähigkeit der LDP und verstehen sich – ebenso wie die ein Jahr zuvor gegründete „Neue Partei Japans“ – als Motoren einer Erneuerung der politischen Mitte. Waren bis zu diesem Zeitpunkt stets die eher gemäßigten Oppositionsparteien DSP und *Kōmeitō* als potentielle Koalitionspartner der LDP im Falle des Verlustes der Unterhausmehrheit genannt worden, so stellte sich das Parteiensystem nach den drei Neugründungen grundsätzlich neu dar: Die neuen, reformorientierten Parteien aus dem liberalkonservativen Spektrum waren nicht nur potentielle Bündnispartner der bisherigen Oppositionsparteien, sondern sie waren auch zur Zusammenarbeit mit dem Reformflügel innerhalb der LDP imstande.

Eigentliche Gewinner der Unterhauswahl 1993 waren nicht die Liberaldemokraten mit 228 Mandaten, sondern die neuen Reformparteien (Erneuerungspartei: 60 Mandate, Neue Partei Japans einschließlich *Sakigake*: 52). Repräsentativumfragen vor und nach der Unterhauswahl 1993 zeigen, daß sich die Wähler der neuen Reformparteien zwar in größerem Umfang der Mitte zuordnen als die Anhänger der LDP und der SDPJ, sich aber

in den Fragen der Importliberalisierung, der Steuerpolitik und der internationalen Verpflichtungen Japans kaum von den LDP-Wählern unterscheiden². Mehr als alle anderen Wähler betonen sie aber die Notwendigkeit politischer Reformen. Sowohl unentschlossene Wähler als auch schwache Anhänger der LDP wandten sich 1993 aus Verärgerung über Korruption und Immobilismus den neuen Reformparteien zu. Die LDP büßte folglich ihre Unterhausmehrheit nicht aufgrund der Stärke der traditionellen Oppositionsparteien, sondern aufgrund des wachsenden Protestpotentials in der politischen Mitte ein, das sich zu großen Teilen aus früheren LDP-Anhängern rekrutierte³. So profilierten sich die neuen Reformparteien als Alternative zur bisherigen Regierungspartei wie zu den traditionellen Oppositionsparteien.

II. Die Reformkabinette Hosokawa und Hata

Obgleich sich die Zusammensetzung des neuen Unterhauses durchaus in die Tradition bisheriger liberaldemokratischer Mehrheiten einfügen ließ – schließlich war die LDP mit 43 Prozent der Mandate die mit Abstand stärkste Partei geblieben –, reichten doch der Druck der Wahlkampfaussagen, die Frustration über die Selbstgefälligkeit der bisherigen Regierungspartei und die Bereitschaft der neuen Reformparteien wie der bisherigen Oppositionsparteien zu innenpolitischen Reformen aus, eine Acht-Parteien-Koalition unter dem Vorsitz des NPJ-Vorsitzenden Morihiro *Hosokawa* zustande zu bringen. Mitglieder der neuen Koalitionsregierungen waren

- die Neue Partei Japans (*Nihin Shintō*),
- die Erneuerungspartei (*Shinseitō*),
- die „Neue Partei: Vorreiter“ (*Shintō Sakigake*),
- die Sozialdemokratische Partei Japans (*Shakaitō*),
- Die Demokratisch-Sozialistische Partei (*Minshatō*),
- die *Kōmeitō*,

2 Vgl. Ikuo Kabashima, Rise of New Parties and an End to the LDP Dominant Party System in Japan, World Congress of the International Political Science Association, 21.–25. August 1994, Berlin.

3 Vgl. Akarui senkyo suishin kyōkei (Gesellschaft zur Förderung transparenter Wahlen), Dai 40 kai shugiin giin sōsenkyo no jittai (Die tatsächliche Situation der 40. Unterhauswahlen), Tokyo 1994, S. 35, 52. Steven Reed, The Japanese General Election of 1993, in: Electoral Studies, 13 (1994), S. 80–82.

- die Sozialdemokratische Allianz (*Shaminren*, 1978 aus einer Abspaltung der *Shakaitō* hervorgegangen) und
- *Rengō Sangiin*, die Gruppe von Abgeordneten des Gewerkschaftsbundes *Rengō* im Oberhaus.

Dem Durchsetzungsvermögen der neuen Reformparteien in den Koalitionsverhandlungen, der Wahlniederlage der Sozialisten und den hochgesteckten Erwartungen von Wählerschaft und Massenmedien ist es zuzuschreiben, daß es den neuen Kräften gelang, die wichtigsten Schlüsselressorts unter sich zu verteilen: das Amt des Premierministers, das Finanzministerium, das Außenministerium und das Amt des Regierungssprechers. Nur einen Monat nach der parlamentarischen Verabschiedung des Reformpaketes im März 1994 erklärte Premierminister Hosokawa, dem von den Medien finanzielle Unregelmäßigkeiten und die Verschleierung politischer Spenden angelastet wurden, am 8. April 1994 seinen Rücktritt. Nach schwierigen Verhandlungen einigten sich die Koalitionsparteien zwei Wochen nach dem Rücktritt Hosokawas auf den bisherigen Außenminister und stellvertretenden Premierminister Tsutomu Hata als neuen Regierungschef. In den Fragen der Politik gegenüber Nordkorea und der Steuerpolitik konnten allerdings tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten mit den Sozialisten vorerst nicht ausgeräumt werden.

Als eigentlicher Sprengsatz der Koalition erwies sich der Plan des *Shinseitō*-Generalsekretärs Ōzawa, die gemäßigten fünf Gruppen in der Koalition zu einer großen Fraktion zusammenzufügen und auf diesem Wege die Gründung einer neuen Partei anzustreben. Nur diese – so sein Kalkül – könne bei Unterhauswahlen nach dem geplanten kombinierten Wahlsystem aus 300 Einerwahlkreisen und 200 Verhältniswahlmandaten realistische Wahlchancen besitzen. Zuvor hatten sich bereits Hosokawa, Hata und Ōzawa auf eine Fraktionsgemeinschaft verständigt und die DSP zur Beteiligung an diesem Bündnis aufgefordert.

Nach der Wahl Tsutomu Hatas zum Premierminister gründeten fünf Koalitionsparteien – Erneuerungspartei, Neue Partei Japans, die Demokratisch-Sozialistische Partei, die Liberale Partei und die ehemalige „Reformgruppe“ (*Kaikaku no Kai*) – am 25. April 1994 auf Initiative des DSP-Vorsitzenden Keigo Ouchi die Fraktionsgemeinschaft *Kaishin (Reform)*⁴. Hierbei handelt es sich um den Versuch, die Chancen der Reformparteien der politischen Mitte gegenüber Sozialisten und Liberaldemokraten durch eine Allianz zu verbessern

⁴ Vgl. Japan. Wirtschaft – Politik – Gesellschaft, Juni 1994, S. 283.

und so günstige Voraussetzungen für den intensiveren politischen Wettbewerb in den 300 Einerwahlkreisen des neuen Wahlsystems zu schaffen.

Die SDPJ ließ sich allerdings nicht durch die Vorreiterfunktion der DSP über die eigentliche strategische Stoßrichtung der Initiative täuschen und sah hierin vor allem einen von der Erneuerungspartei geführten Schlag gegen die Sozialisten. Die Aufkündigung der Beteiligung an der *Hata*-Regierung war die Reaktion der SDPJ, die sich vom *Shinseitō*-Generalsekretär Ōzawa nicht politisch disziplinieren lassen wollte. Am 25. April 1994 erklärte die *Shakaitō* ihren Austritt aus dem *Hata*-Kabinett, das dadurch seine Unterhaus-Mehrheit einbüßte: 207 Abgeordnete der Opposition standen von jetzt an 187 Abgeordneten der Koalition gegenüber, während die 74 sozialistischen Abgeordneten eine Schlüsselrolle einnahmen⁵. Forderungen aus der SDPJ und *Sakigake* nach Neuwahlen auf der Grundlage des alten, noch geltenden Wahlsystems konnten sich in den Koalitionsvereinbarungen nicht durchsetzen.

Damit zeigte sich als Folge der Regierungswechsel und der anhaltenden politischen Desintegrations-tendenzen in den Jahren 1993/94 eine zunehmende Zersplitterung des Unterhauses, das sich schließlich im Sommer 1994 aus zwölf Parteien und Gruppen zusammensetzte (vgl. Abbildung 1).

III. Die konservativ-sozialistische Regierung Murayama

Die Gespräche zwischen den politischen Parteien nach dem Rücktritt des *Hata*-Kabinetts führten im Juni 1994 zu einer schrittweisen Annäherung der Haupttrivalen des „55er Systems“: Liberaldemokraten und Sozialisten. Die Koalitionsverhandlungen boten den Sozialisten die Chance, sechsundvierzig Jahre nach dem ersten und bisher einzigen sozialistischen Premierminister der Nachkriegszeit Tetsu Katayama wieder den Regierungschef zu stellen, und den Liberaldemokraten die Chance der Rückkehr an die Macht. Waren bereits die politischen Reformvorhaben der *Hosokawa*-Regierung auf die Unterstützung der Liberaldemokratischen Partei angewiesen, so konnte diese nun nach einer Oppositionsphase von nicht einmal einem Jahr erneut die Regierung stellen.

Zwar wurde der sozialistische Parteivorsitzende Tomiichi Murayama am 29. Juni 1994 Premier-

⁵ Vgl. ebd., August 1994, S. 377f.

Abbildung 1: Zusammensetzung des Unterhauses

Koalition	Opposition
296 Abgeordnete	182 Abgeordnete (Oppositionsbündnis)
LDP (201)	Erneuerungspartei (62)
	Kōmeitō (52)
	NPJ (33)
SDPJ (73)	DSP (19)
	Liberales Partei (7)
	Mirai (5)
Sakigake (22)	Kaikaku no Kai (Reformgruppe) (4)
	Andere (33 Abgeordnete)
	KPJ (15)
	Unabhängige (16)
	Vakanzen: 2 Mandate

Quelle: Vgl. Nikkei Weekly vom 11. Juni 1994. Die meisten Unabhängigen arbeiten mit dem Oppositionsbündnis zusammen.

minister, aber dreizehn von insgesamt zwanzig Ressorts wurden von liberaldemokratischen Ministern übernommen – darunter das Außenministerium vom liberaldemokratischen Parteivorsitzenden Yōhei Kōno (zugleich Stellvertretender Premierminister), das Verteidigungs-, Justiz- und das Bildungsministerium, ferner die Ressorts für Außenhandel und Industrie, Landwirtschaft, Verkehr, Inneres, Wirtschaftsplanung, Forschung und Technologie sowie Umwelt. In sämtlichen Schlüsselbereichen der Außen- und Innenpolitik stehen die Ressorts somit – die Haushaltspolitik ausgenommen – unter liberaldemokratischer Kontrolle.

Der *Sakigake*-Vorsitzende Masayoshi Takemura übernahm das Amt des Finanzministers. Von den 20 Kabinettsmitgliedern verfügen nur fünf über Regierungserfahrung. Berücksichtigt man ferner, daß es sich bei den Koalitionspartnern um alte politische Gegner handelt, die die politischen Reformen der *Hosokawa*-Regierung nur zögernd und widerwillig unterstützt hatten, bleibt abzuwarten, wieweit die konservativ-sozialistische Koalition die politischen Reformen tatsächlich umsetzt und auch in der Außen-, Verteidigungs- und Steuerpolitik zur Entwicklung eines stimmigen Regierungsprogramms fähig ist⁶.

Gegenkandidat Murayamas bei der Wahl des Premierministers war der frühere Premierminister Toshiki Kaifu, der erst am 29. Juni 1994 seinen Austritt aus der LDP erklärt hatte. 20 LDP-Abgeordnete schlossen sich ihm an – unter ihnen der frühere Premierminister Yasuhiro Nakasone und der frühere Außenminister Michio Watanabe – und stimmten für ihn. Die Zahl der LDP-Überläufer reichte jedoch nicht aus, die Wahl Murayamas zum neuen Regierungschef zu verhindern. Das strategische Kalkül des *Shinseitō*-Generalsekretärs Ōzawa, durch Isolierung der SDPJ und durch die Förderung größerer Absetzbewegungen von der LDP eine Neuformation der politischen Mitte einzuleiten, war fehlgeschlagen.

Sind angesichts der programmatischen Heterogenität der Murayama-Regierung weitere interne Auseinandersetzungen in der LDP zu erwarten, so gilt das gleiche auch für den sozialistischen Koalitionspartner, dessen linker Flügel alle fünf auf die SDPJ entfallenen Ministerämter übernahm. Die dramatische Kurskorrektur des SDPJ-Vorsitzenden Murayama in seiner Regierungserklärung – die Bestätigung der Verfassungskonformität der Selbstverteidigungsstreitkräfte und die Absage an das Prinzip der unbewaffneten Neutralität – stellte nicht nur eine Abkehr von Jahrzehnten sozialistischer Programmatik dar, sondern war darüber hinaus nicht durch parteiinterne Planungsgespräche, Programmberatungen und sonstige Versuche interner Abstimmung vorbereitet worden. So sehr dieser Schritt auch der Vereinbarung eines konsensfähigen Koalitionsprogramms zugute kam, so groß war andererseits die Belastung, die diese Kursrevision für das Selbstverständnis der SDPJ und die Identifikation wie Mobilisierungsfähigkeit ihrer Mitglieder bedeuten mußte. Doch persön-

6 Während ein Teil der Kommentatoren in der *Murayama*-Regierung in ersten Stellungnahmen nur eine Übergangsregierung sahen, äußerte der Stellvertretende Premierminister Yōhei Kōno die Zuversicht, die Koalition werde drei Jahre überdauern. Vgl. Satoshi Isaka, No lower house election for 3 years, Kono says, in: Nikkei Weekly vom 9. Juli 1994, S. 3.

liche Loyalität wiegt seit jeher schwerer als politische Programmatik: Im September 1994 billigte ein Sonderparteitag die erzwungene Neuorientierung mit großer Mehrheit.

IV. Perspektiven nach der Wahlreform

Das neue Wahlrecht, noch vor der *Hosokawa*-Koalition vorgeschlagen und Ende Januar 1994 mit Zustimmung der Liberaldemokraten und Sozialisten parlamentarisch verabschiedet, reduziert die Zahl der Unterhaussitze von 511 auf 500⁷. Von diesen werden 300 in Einerwahlkreisen und die übrigen 200 in elf Großwahlkreisen nach den Bedingungen des Verhältniswahlrechts gewählt. Es handelt sich somit um ein kombiniertes System aus relativer Mehrheitswahl und Verhältniswahl, das etwa bei früheren Wahlrechtsdiskussionen in Deutschland als „Grabenwahlrecht“ bezeichnet worden ist und in Japan „Parallelsystem“ (*heiritsu-sei*) genannt wird (vgl. Abbildung 2). Im Rahmen dieses kombinierten Systems hat jeder Wähler zwei Stimmen: eine für den Kandidaten im Einerwahlkreis und eine für die Parteiliste im Verhältniswahlkreis. Die Verhältniswahlkreise umfassen zwischen sieben (Wahlbezirk *Shikoku*) und 33 Mandaten (Wahlbezirk *Kinki*). Dadurch dürfte einer weiteren Zersplitterung des Parteiensystems entgegengewirkt werden. Die Kandidaten der Einerwahlkreise können auch zugleich auf den Parteilisten der Verhältniswahlbezirke kandidieren. Die Auszählung erfolgt nach dem Höchstzahlverfahren *d'Hondt*.

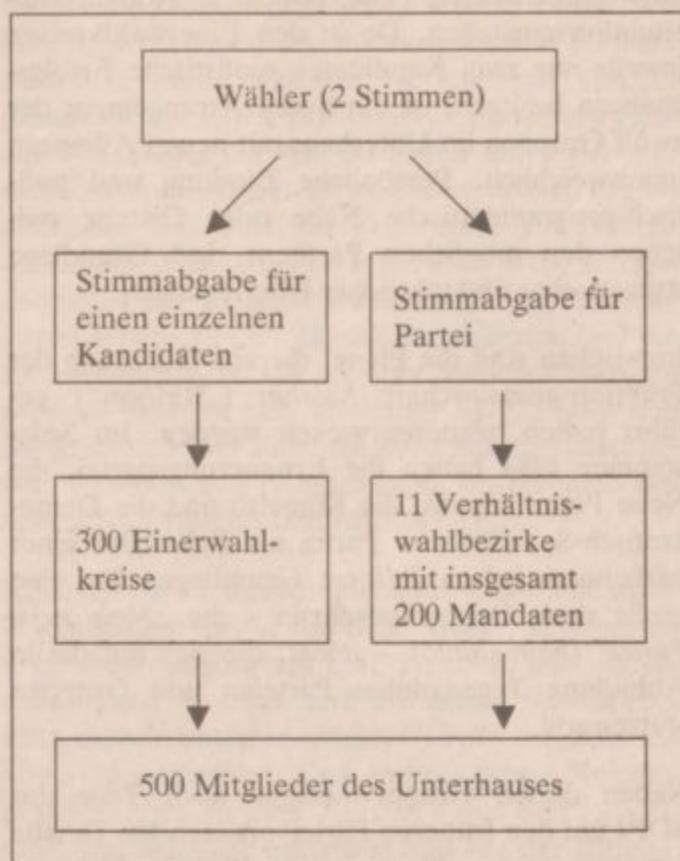
Das Wahlgesetz sieht eine Sperrklausel von zwei Prozent der Gesamtzahl der Wählerstimmen sowie eine Mindestzahl von fünf Wahlkreiskandidaten und 30 Kandidaten in den Verhältniswahlbezirken vor, aber der Zuschnitt der Verhältniswahlbezirke ergibt – abgesehen von einem Wahlbezirk (*Kinki*) – abhängig von der Zahl der Listenmandate pro Wahlkreis jeweils einen deutlich höheren Stimmenmindestanteil pro Partei.

Nachdem die Wahlkreiskommission Premierminister Murayama im August 1994 ihren Vorschlag für eine Neueinteilung der Unterhauswahlkreise⁸

7 Vgl. Seiji-kaikaku. *Shūsei no pointo* (Politikreform – Hauptpunkte der Revision), in: *Nihon Keizai Shimbun* vom 29. Januar 1994, S. 3; Seiji wakugumi gekiteki henkaku (Dramatische Umgestaltung des politischen Rahmens), in: *Nihon Keizai Shimbun* vom 30. Januar 1994, S. 3.

8 Die Wahlkreiseinteilung beruht überwiegend auf dem Vorschlag der schon von Premierminister Kaifu eingesetzten Kommission aus dem Jahre 1991. Vgl. *Kaifu naikakuan o tōshū* (Man folgt dem Entwurf der Kaifu-Regierung), in: *Asahi Shimbun* vom 27. Mai 1994, S. 1.

Abbildung 2: Das neue Wahlsystem



Quelle: Vgl. Tomoaki Iwai, *Political Reform in Contemporary Japan*, 1994 World Congress (Anm. 2); *Nihon Keizai Shimbun* vom 30. Januar 1994, S. 3.

vorgelegt hat und diese Einteilung im November 1994 vom Parlament verabschiedet werden konnte, kann sie zum Jahresende in Kraft treten⁹. Durch die Abschaffung der Mehrwahlkreise, die stärkere Kontrolle von Parteispenden und die Einführung einer staatlichen Parteienfinanzierung wurden die Voraussetzungen für kohärente Parteistrukturen und eine wirksamere Kontrolle der Korruption geschaffen. Obwohl das neue Wahlgesetz vorschreibt, daß die Zahl der Wahlberechtigten pro Wahlkreis von einem durchschnittlichen Richtwert nach oben und unten um nicht mehr als jeweils ein Drittel abweichen darf, so daß die bevölkerungsstärksten Wahlkreise höchstens doppelt so stark sind wie die bevölkerungsschwächsten, weisen nach dem Vorschlag der Wahlkreiskommission bereits 29 Wahlkreise eine Zahl der Wahlberechtigten auf, die mehr als zweimal so hoch ist wie die des Wahlkreises mit der kleinsten Zahl der Wahlberechtigten in der Präfektur *Shimane*.

Wenn die nächsten Unterhauswahlen nach der parlamentarischen Verabschiedung des Gesetzes zur Wahlkreiseinteilung auf der Grundlage des neuen kombinierten Wahlsystems durchgeführt

9 Vgl. Hidenaka Kato, *Reform passage will sharpen party lines*, in: *Nikkei Weekly* vom 15. August 1994, S. 1/4.

werden, müssen sich Parteien und Kandidaten auf eine grundsätzlich neue politische Konkurrenzsituation einstellen. Da in den Einerwahlkreisen jeweils nur zwei Kandidaten realistische Erfolgchancen besitzen, ist ein neues Arrangement der zwölf Gruppen im Unterhaus mit neuen Allianzen unausweichlich. Persönliche Bindung und politisch-programmatische Nähe oder Distanz zwischen den möglichen Partnern sind Grundlage strategischer und taktischer Überlegungen.

Inzwischen sind die Pläne, die zur Gründung der Fraktionsgemeinschaft *Kaishin* („Reform“) geführt haben, weiterentwickelt worden. Im Spätsommer 1994 haben die Erneuerungspartei, die Neue Partei Japans, die *Kōmeitō* und die Demokratisch-Sozialistische Partei als Eckpfeiler einer parlamentarischen Reform Grundlagen für eine große neue Oppositionspartei – die „*Neue neue Partei*“ (*Shin-shintō*) – gelegt, die sich auf die in Abbildung 3 genannten Parteien und Gruppen stützen soll.

Neben diesen Gruppen zeigen auch Teile der SDPJ um den früheren Parteivorsitzenden Tanabe Interesse an der „*Neuen neuen Partei*“. Andererseits tut sich die buddhistische *Kōmeitō* schwer mit der Vorstellung, ihre festgefügte Parteiorganisation samt ihrer eigenen Tageszeitung mit einer Auflage von 600 000 in der neuen Partei aufgehen zu lassen¹⁰. Statt dessen beteiligt sie sich an der Parteigründung zwar mit der Mehrzahl ihrer Abgeordneten, aber nur mit einer Minderheit ihrer hauptamtlichen Mitarbeiter, während die meisten Mitarbeiter in den regionalen Parteiorganisationen einstweilen die Selbständigkeit der Partei wahren wollen.

Hauptforderung der „*Neuen neuen Partei*“ sind eine verbraucherfreundlichere Wirtschaftspolitik, die Deregulierung der Wirtschaft, die Förderung politischer Reformen, der Abbau der Bürokratie und die Festigung der japanisch-amerikanischen Zusammenarbeit im Rahmen einer globalen außenpolitischen Orientierung. Die „*Neue neue Partei*“ wird in drei Schritten aufgebaut:

- Am 28. September 1994 haben sich die neun nichtkommunistischen Oppositionsgruppen zu einer Fraktionsgemeinschaft „*Reform*“ (*Kaikaku*) zusammengeschlossen. Damit kann die Opposition mit insgesamt 225 Abgeordneten

10 Vgl. *Shin-shintō*. *Shatō torikomi kitai* (Konzeption der Neuen neuen Partei: Hoffnung auf Einbeziehung der *Shakaitō*), in: *Asahi Shimbun* vom 7. September 1994, S. 2; *Opposition set to unite in Diet group*, in: *The Japan Times* vom 7. September 1994, S. 1; Hidenaka Kato, *For sake of opposition unity, party to split*, in: *Nikkei Weekly* vom 26. September 1994, S. 4.

Abbildung 3: Der Rahmen der „Neuen neuen Partei“ (*Shin-shintō*)

Die Initiatoren der „*Neuen neuen Partei*“ (Zahl der Mandate im Unterhaus und Namen der Vorsitzenden).

Abspaltungen von der LDP	Andere Gruppen
Shinseitō (62) Tsutomu Hata	Kōmeitō (62) Koshiro Ishida
Liberale Partei (7) Koji Kakizawa	Neue Partei Japans (33) Morihiro Hosokawa
Koshikai (6) Toshiki Kaifu	Demokratisch-Sozialistische Partei (19) Takashi Yonezawa
Mirai (5) Michiko Kano	
Kaikaku no Kai (4) Takeo Nishioka	
	Kaikaku Rengō (11)*

* Abgeordnete des Oberhauses; die KPJ ist in der Aufstellung nicht berücksichtigt.

Quelle: Vgl. *Japan. Wirtschaft – Politik – Gesellschaft*, August 1994, S. 381; *The Nikkei Weekly* vom 1. August 1994, S. 4.

(186 im Unterhaus und 39 im Oberhaus) den Regierungsparteien geschlossener gegenüber treten¹¹.

- Ein „*Planungsausschuß für die Neue Partei*“ (*Shintō Junbikai*, „Vorbereitungsgesellschaft“), der sich aus einer Generalversammlung, einer Konferenz der Parteivorsitzenden und einem Exekutivkomitee (Vorsitz: Ichirō Ōzawa) zusammensetzt, soll den organisatorischen Zusammenschluß der Oppositionsgruppen zu einer Partei vorantreiben und die noch offenen Fragen der Wahl des Parteivorsitzenden, der Aufstellung der Unterhauskandidaten und der Integration der lokalen Parteiorganisationen lösen.
- Eine weitere Arbeitsgruppe ist mit der Erarbeitung von Grundsatzaussagen und Langfristperspektiven eines Parteiprogramms beauftragt worden.

Nur schrittweise werden sich die bestehenden programmatischen Unterschiede zwischen den Partnern der Allianz abbauen lassen. Dabei ist zu ver-

11 Vgl. *Asahi Shimbun* vom 29. September 1994, S. 1; ebd. vom 25. September 1994, S. 1; *Nikkei Weekly* vom 22. August 1994, S. 4.

muten, daß das politische Koordinatensystem der künftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen durch folgende Konfliktlinien geprägt wird: wirtschaftlicher Status quo gegen wirtschaftliche Reformen, Stadt gegen Land und eine aktive gegen eine passive Außenpolitik¹².

In der Wahlforschung werden die Auswirkungen von Änderungen des Wahlsystems auf das Verhalten von Politikern und Parteien mit der *Theorie strukturellen Lernens* erklärt. Danach wird das Verhalten der politischen Akteure durch die tatsächlichen Optionen bestimmt, denen sie sich gegenüber sehen, sowie durch die Rückkoppelung aus dem politischen Umfeld. Der *Theorie rationaler Wahl (Rational Choice)* entsprechend suchen die Akteure andererseits ihre eigenen Interessen unter den Bedingungen des Wahlsystems möglichst wirksam wahrzunehmen. Diese Theorien konfrontieren alle japanischen Parteien mit einer klaren Alternative: entweder Beibehaltung der bisherigen Strategie mit dem Risiko erheblicher Mandatsverluste oder Einschränkung der Kandidatenzahl und Aufbau neuer Allianzen. Da die Einerwahlkreise ein größeres Gewicht besitzen als die Verhältniswahlbezirke, werden Gewinne und Verluste in diesen Wahlkreisen der grundsätzlichen Alternative noch größeres Gewicht verleihen und auch die politische Strategie der Parteien in den Verhältniswahlbezirken bestimmen. Dadurch werden wiederum Anreize für politische Allianzen auf kurze Sicht und für den Aufbau von zwei großen Parteien oder Parteiformationen auf Dauer geschaffen (*Duvergiers Gesetz*)¹³.

Die Auswirkungen des neuen Wahlsystems auf die Wahlchancen der politischen Parteien lassen sich mit einer Simulation der Tageszeitung *Nihon Keizai Shimbun* abschätzen¹⁴. Diese legte ihrer Umrechnung das Ergebnis der Unterhauswahl 1993 und die Resultate einer neuen Repräsentativumfrage zugrunde: Danach erzielen die derzeitigen Regierungsparteien (LDP, SDPJ und Sakigake) insgesamt 5,5 Prozent mehr Stimmen als in der letzten Unterhauswahl; andererseits verlieren die Oppositionsparteien (Erneuerungspartei, NDJ, DSP und Kōmeitō) 14 Prozentpunkte und verzeichnen nur noch eine Zustimmungsrate von ins-

gesamt 20,4 Prozent. Unter dieser Voraussetzung könnte die LDP die Zahl ihrer Mandate um 22 erhöhen, Sakigake um 13, während die SDPJ 7 Sitze einbüßen würde. Diesem Nettogewinn von 28 Mandaten auf seiten der Regierungskoalition steht ein Mandatsverlust von 30 Sitzen auf seiten der nichtkommunistischen Oppositionsparteien gegenüber, der sich auch im Falle eines Zusammenschlusses der neuen Reformparteien nicht vermeiden ließe. Die Kōmeitō würde zwölf und die Neue Partei Japans 14 Unterhaussitze verlieren. Nur die Erneuerungspartei könnte acht Mandate hinzugewinnen. Würden sich allerdings SDPJ, DSP und Sakigake zu einer linken Allianz zusammenschließen, könnten ihre Wahlchancen im Rahmen des neuen Wahlsystems beträchtlich steigen.

Schon frühere Umrechnungen des Unterhauswahlergebnisses 1993 auf das neue Wahlsystem hatten hohe Wahlchancen der LDP ergeben, falls die sozialistischen Parteien und die neuen Reformparteien einzeln antreten würden¹⁵. Falls sich aber die alten Oppositionsparteien und die neuen Reformparteien etwa zu zwei Allianzen aus SDPJ, NPJ, DSP und Sakigake einerseits und aus der Erneuerungspartei, befreundeten Gruppen und der Kōmeitō andererseits zusammenschließen, verfügten beide Gruppen zusammen über eine stärkere Stellung als die LDP (LDP: 235 Mandate; Allianz Erneuerungspartei/Kōmeitō: 85 Mandate). Auch künftig ist daher mit einer starken Stellung der LDP im Parteiensystem zu rechnen. Auf seiten der Opposition ist der institutionelle Druck des neuen Wahlsystems auf eine stärkere Konzentration des Parteiensystems unübersehbar¹⁶.

Noch offen ist, ob auch die Sozialisten die Kraft zu einem Neubeginn aufbringen werden. Zwar war die Diskussion um die Gründung einer neuen, sozialliberalen Partei nach der Bildung der Regierung Murayama zunächst verstummt. Inzwischen haben diese Bestrebungen aber mit der Gründung der „Neuen Demokratischen Allianz“ (*Shin Minshu Rengō*) unter dem Vorsitz des früheren sozialistischen Parteichefs Sodao Yamahana und dem gegenwärtigen Generalsekretär Wataru Kubo wieder eingesetzt. Ob allerdings das angestrebte Bündnis mit Sakigake sowie der Opposition (NPJ und DSP) zustande kommt, erscheint angesichts der Regierungsrolle der Sozialisten einerseits und

12 Vgl. Paul Eckert, *Opposition struggles to unite in giant party, rulers narrow differences*, in: *Nikkei Weekly* vom 22. August 1994, S. 4.

13 Vgl. hierzu Steven R. Reed, *Thinking about the Heiritusei: A Structural Learning Approach*, in: *Kōkyū sentaku kenkyū (Public Choice Forschung)*, Tokyo, Herbst 1994; Andrew DeWit, *The New Institutionalism and Japan – or How To Profit From the Current Fad For Rational Choice*, in: *Social Science Japan, University of Tokyo. Institute of Social Science, Tokyo, July 1994*, S. 24f.

14 Vgl. *Single-seat electoral system gives edge to ruling coalition*, in: *Nikkei Weekly* vom 15. August 1994, S. 4.

15 Vgl. Seiji kōhō shisan: *Shin senkyoseido dō naru seikai chizu (Schätzung des politischen Informationszentrums – Wie das neue Wahlsystem die politische Landkarte beeinflusst)*, in: *Nihon Keizai Shimbun* vom 30. Januar 1994, S. 3.

16 Diese Folgerung legt auch das Ergebnis der Oberhauswahl in Aichi am 11. September 1994 nahe: Hier setzte sich der von den Oppositionsparteien gemeinsam getragene Kandidat gegen den Kandidaten der Koalition durch. Vgl. *Asahi Shimbun* vom 12. September 1994, S. 1.

der Beteiligung von NPJ und DSP an der oppositionellen Fraktionsgemeinschaft „Reform“ (*Kaikaku*) andererseits fraglich.

Die strengeren Auswahlmaßstäbe in den Einerwahlkreisen werden zum einen die Intensität des politischen Wettbewerbs zwischen den Kandidaten und den sie tragenden politischen Parteien verstärken. Dadurch werden Parteien und Politiker veranlaßt, ihre Bemühungen um die Mobilisierung neuer Wählerschichten zu intensivieren. Während sich nach den Ergebnissen von Repräsentativumfragen die Kontakte zwischen Wählern und der lokalen Parteibasis in den letzten zehn Jahren deutlich verringert haben, wird der intensivere Wettbewerb die Kandidaten voraussichtlich veranlassen, ihre Unterstützungsvereinigungen (*kōenkai*) erheblich auszubauen und auch bislang vernachlässigte Wählerschichten, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und Verbraucherorganisationen anzusprechen¹⁷. Es ist daher damit zu rechnen, daß dieser Mobilisierungseffekt auch der Wahlbeteiligung zugute kommt.

Nachdem in den vergangenen Jahren Politiker ihre Stellung gegenüber der vormals allmächtig erscheinenden Bürokratie durch parlamentarische Allianzen in verschiedenen Politikfeldern wie Wohnungsbau, Landwirtschaft, Außenhandel und Industrie (*zoku giin*) festigen konnten und der politische Entscheidungsprozeß dadurch insgesamt „pluralistischer“ wurde, deutet sich in der gegenwärtigen Umbruchphase des Parteiensystems an, daß die Bürokratie ihre klassische „Gatekeeper“-Funktion aufrechterhalten und sogar festigen kann¹⁸. Dies um so mehr, als die anhaltende Dekonzentration des Parteiensystems eine politische Kontrolle der Verwaltung durch eine stabile und kohärente Unterhausmehrheit verhindert. Andererseits hat der Aufbau koalitionsinterner Steuerungs-, Planungs- und Koordinationsgremien das Gewicht politischer Vorgaben für die Verwaltung

17 Vgl. Yoshitaka Nishizawa/Ichiro Miyake, Electoral Reform and Voting Participation in Japan, World Congress (Anm. 2).

18 Vgl. Nobuhiro Hiwatari, After the Earthquake Election Rethinking the Role of the Bureaucracy, in: Social Science Japan, University of Tokyo, Institute of Social Science, July 1994, S. 12–14.

erhöht¹⁹. Sollten sich die Gremien mit Erfolg in den Planungsprozeß einschalten, könnte sich das Pendel wieder zur Mitte hin bewegen: zu einer Position zwischen der alten Vorherrschaft der Bürokratie in den fünfziger und sechziger Jahren und der tendenziellen Unterordnung der Bürokratie in den siebziger und achtziger Jahren²⁰.

Die Zukunftsperspektiven des japanischen Parteiensystems hängen davon ab, wie sich die politischen Parteien und die kleineren Oppositionsgruppen dem neuen Wahlsystem anpassen und welche Konfliktlinien das politische Koordinatensystem der Zukunft bestimmen. Hier sind mehrere Achsen vorstellbar: LDP und Anti-LDP-Kräfte; Revision oder Bewahrung der Verfassung; politische Reformen oder Status quo; Ausbau des Wohlfahrtsstaates oder Status quo. Die bisherigen Konfliktlinien werden die künftige politische Landschaft nicht mehr wie bisher prägen. Obwohl das neue Wahlsystem auf Dauer die Herausbildung von zwei oder drei großen Parteien (etwa: LDP/Neue neue Partei/Neue sozial-liberale Partei) begünstigt, werden die kommenden Jahre eine Zeit des Umbruchs sein, durch Auseinandersetzungen zwischen den Parteien um strategische Bündnisse, neue Spaltungen und Fusionen und hohe politische Instabilität gekennzeichnet. Der Durchsetzung weiterer wirtschafts- und sozialpolitischer Reformen und der Formulierung einer stimmigen, kohärenten Außenpolitik stehen diese Tendenzen entgegen. Werden Fluktuationen, Spaltungen und Fusionen der Parteien über einen längeren Zeitraum anhalten, droht eine Stagnation der Politik. Die Reform der politischen Wettbewerbsbedingungen eröffnet den Parteien aber auch die Chance eines Neubeginns.

19 1. Konferenz der Parteivorsitzenden (*Seifu yotō innai sōmukai*), 2. Konferenz der Generalsekretäre und Geschäftsführer (*Yotō sekininsha kaigi*), 3. Parlamentarische Exekutiv Ausschüsse der Regierungsparteien (*Yotō innai sōmukai*), 4. Politische Planungskonferenz der Regierungsparteien (*Yotō seisaku chōsei kaigi*), 5. Konferenz der Ausschußvorsitzenden der Regierungsparteien im Parlament (*Kokutei jin-chō kaigi*).

20 Vgl. Lee W. Farnsworth, Policymaking Pattern in Japanese Politics. Impact of Changing Regimes, International Comparative Workshop on Scandal and Reform in Italy and Japan, Berlin, 19./20. August 1994; vgl. auch Jiro Yamaguchi, Political Chaos plays into hands of Japan's bureaucrats, in: Nikkei Weekly vom 23. Mai 1994, S. 7.

Japans Wirtschaft: Krise und Wandel

I. Japan an der „Wirtschaftswende“?

Mit den politischen Turbulenzen in Japan wird einmal mehr ein Ende des phänomenalen wirtschaftlichen Aufstiegs des Landes prophezeit. Solche Vermutungen sind leichtfertig; eine wohlbegründete Theorie fehlt nämlich. Ebenso voreilig wird behauptet, daß die gegenwärtige Rezession in Japan einen so dramatischen Einschnitt verkörpere wie vor ihr nur die erzwungene Öffnung des Landes (1853) und die Niederlage im Zweiten Weltkrieg (1945)¹. Die Ölpreiserhöhungen von 1973/74 und 1978/79 wurden allerdings als ähnlich einschneidend empfunden, und die bislang vorletzte „Japanuntergangsstimmung“ griff 1985/86 anlässlich der unerwartet massiven Aufwertung des Yen um sich.

Das Verkünden von „Krisen“ scheint also (fast) ein Grundzug des japanischen Wirtschaftssystems zu sein. Ältere Autoren haben diesen meist mit der mangelhaften Ressourcenausstattung des Landes in Zusammenhang gebracht, die als beständige Bedrohung erfahren werde. Der „Ressourcenmangel“ wird aber im internationalen Dialog so offensichtlich als taktisches Argument eingesetzt, daß fraglich ist, ob es tatsächlich als „letzte Ursache“ für eine bestimmte Geisteshaltung angesehen werden kann². Entscheidender dürfte deshalb ein anderer Zusammenhang sein: In Japans Wirtschaftsgesellschaft spielt die Organisation von Kooperation eine wichtige Rolle. Bei Kooperationen besteht aber stets die Gefahr, daß sie in Kollusionen abgleiten, d. h. nicht zur Effektivität bzw. Effizienz beitragen, sondern zur Umverteilung zugunsten mehr oder weniger versteckter Interessentkartelle (*Rent seeking*) eingesetzt werden. Japanische Organisationen müssen vor diesem Hintergrund beständig nach Wegen suchen, dieses Verhalten zu vermindern. Ein Mittel besteht

1 Vgl. die Aufarbeitung verschiedener Analysen führender japanischer Institute bei Hanns G. Hilpert, Szenarien für Japans wirtschaftliche Entwicklung in das nächste Jahrhundert, in: Japan: Analysen – Prognosen, 95 (1994), S. 1–18. Ich habe mich auch im folgenden bemüht, für den interessierten Leser möglichst gut erreichbare Literatur zu zitieren.

2 Vgl. Gerhard Aymans, Japan. Ein wirtschafts- und sozialgeographischer Überblick, in: Der Bürger im Staat, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 35 (1985) 1, S. 3f.

darin, den Eindruck einer latenten Bedrohung zu kultivieren, was die Individuen motiviert, die Verfolgung wirtschaftlicher Effektivität und Effizienz nicht aus dem Auge zu verlieren³.

Wenn demnach auf Stimmungen kein Verlaß ist, müssen analytisch fundiertere Techniken herangezogen werden. Die folgenden Ausführungen nehmen zwei Fragenkreise auf. *Erstens*: Inwieweit befindet sich Japans Wirtschaft gegenwärtig in einer Krise, d. h., inwieweit ist ein wirtschaftlicher Aufschwung fraglich? Diese Frage umfaßt kurz-, mittel- und langfristige Aspekte. *Zweitens*: Ist es angemessen, von einem tiefgreifenden Wandel des Systems zu sprechen? Zwei Unterpunkte enthält die Frage nach dem Wandel, zumindest aus der Sicht des Auslandes. Zum einen: Ändern sich die Mechanismen der außenwirtschaftlichen Einbindung Japans? Und zum anderen: Ändert sich das gesamte sozio-ökonomische System in einer grundlegenden Weise?

II. Japan in der Krise?

1. Rezession in Japan: Die Talsohle ist durchschritten

Auf *kurze Sicht* ist auf die gegenwärtige Konjunkturlage hinzuweisen⁴. Die wichtigsten in Japan gängigen Konjunkturindikatoren weisen darauf hin, daß die Talsohle der Rezession im Frühsommer 1994 erreicht wurde⁵. Setzt man den vorausgegangenen Konjunkturgipfel mit April 1991 an, so hat der Abschwung über drei Jahre gedauert – eine außerordentlich lange Zeit. Der Einbruch war außerdem besonders tief: Die industrielle Produk-

3 Vgl. als frühen Versuch, eine solche nach innen gerichtete PR-Arbeit als wichtiges Element der *corporate culture* in einer japanischen Bank nachzuweisen: Thomas P. Rohlen, For Harmony and Strength. Japanese white collar organization in anthropological perspective, Berkeley 1974.

4 Zum einen kann zur Einschätzung ein Konjunkturindex herangezogen werden, der als Aggregat verschiedener Indikatoren sowohl als zeitgleicher wie als führender Index vom Wirtschaftsplanungsamt errechnet wird, und zum anderen ein subjektiver Index auf der Basis einer Unternehmensbefragung durch die Zentralbank.

5 Vgl. Friederike Bosse, Übersicht 6, in: Japan. Wirtschaft – Politik – Gesellschaft, II 4 (1994), S. 347f. Anmerkung der Redaktion: Siehe auch den Beitrag von F. Bosse in diesem Heft.

tion ging absolut zurück; die Wirtschaft ist 1993 nicht gewachsen. Auch für 1994 erwartete die Regierung (im Februar) lediglich 2,4 Prozent reales Wachstum, was trotz der inzwischen sich tatsächlich abzeichnenden Trendwende immer noch zu hoch gegriffen ist. Die Daiwa Bank rechnete im Juli 1994 mit 1,2 Prozent auf das Jahr bezogen. Selbst gegenwärtig weisen noch nicht alle Konjunkturindikatoren nach oben. Das ist freilich angesichts eines gerade durchschrittenen Konjunkturtiefs typisch. So gehen die privaten Investitionen immer noch zurück – mittlerweile im dritten Jahr. Immerhin dürfte damit der Überhang des Kapitalstocks, der in den Jahren des Booms durch billig(st)es Geld entstanden ist, bald weitgehend abgebaut sein.

Die Konjunktur wird nach Einschätzung fast aller Beobachter nur langsam in Fahrt kommen. Maßgeblich hierfür ist die vorwiegend pessimistische Beantwortung der Frage, welcher Teil der Nachfrage die Rolle des Konjunkturmotors übernehmen könnte⁶. Die Investitionen werden kaum bedeutend zunehmen, zumal die Kreditvergabe der Banken immer noch zurückhaltend ist. Höchstens die de facto eher dem Konsum zuzurechnenden Investitionen im Wohnungsbau tragen zur Erholung bei. Die Exporte werden angesichts des starken Yens ebenfalls gebremst, und durch eine Importzunahme könnten der Binnenkonjunktur weitere positive Impulse verlorengehen. Von entscheidender Bedeutung für die nächste Zukunft ist offenbar der Kurs des Yen, der sich nach Angebot und Nachfrage auf den Kapitalmärkten bildet. In den vergangenen Monaten haben sich private und institutionelle Investoren aus Japan sehr zurückgehalten, im Ausland zu investieren. Sollte sich die Zinsschere zwischen In- und Ausland auseinanderentwickeln, kann nicht ausgeschlossen werden, daß Japans Investoren das Ausland „wiederentdecken“ und der Yen sich etwas abschwächt. Dies ist jedoch eher eine Minderheitenmeinung. Bei weiter sich hinschleppenden „Framework“-Verhandlungen zwischen Japan und den USA über die Öffnung der Gütermärkte wird eher ein weiterer Druck der Kapitalmärkte in Richtung Yen-Stärke erwartet.

Motor der Konjunktur kann also höchstens der Konsum sein. Obwohl der Lohnanstieg 1994 (enttäuschend) gering ist und sich die Konsumenten von den Hochpreisprodukten abwenden, hoffen viele auf eine Anregung durch die indirekten Effekte der Ausgabenprogramme der Regierung und insbesondere auf den Nachfrageeffekt einer

temporären Einkommensteuersenkung. Es muß aber als fraglich gelten, ob diese Mechanismen wirklich greifen können, was nicht der Fall sein wird, wenn die bisher verhaltenen Investitionen nicht auf das konjunkturpolitische „Strohfeuer“ reagieren – zumal im Gefolge der Einkommensteuersenkung über kurz oder lang eine entsprechende Erhöhung von indirekten Steuern droht.

2. Die mittelfristige Strukturanpassung: nicht vollendet, aber in vollem Gange

Härte und Länge des Abschwungs, die sich wohl in einem schwerfälligen Aufschwung spiegeln werden, haben ihre Ursache darin, daß die japanische Volkswirtschaft einige *mittelfristige* Anpassungen zu leisten hat⁷.

Die wichtigste Hürde ist die Konsolidierung der Finanzwirtschaft. Die Überhitzung der Finanzmärkte in den Jahren der Finanzblase (*Bubble*) hat dazu geführt, daß viele Geschäfte getätigt wurden, die sich real nicht rechneten. Viele Firmen wurden dadurch mittlerweile zur Geschäftsaufgabe gezwungen. Zwar steigt aufgrund der langen Rezession die Zahl der Insolvenzen noch immer an, doch ist der durchschnittliche Wert der dabei realisierten Verluste wieder zurückgegangen. Dies wird als Hinweis darauf angesehen, daß diejenigen Konkurse, die auf größere Spekulationsverluste durch die *Bubble* zurückgehen, inzwischen weitgehend abgewickelt sind.

Auch die Finanzinstitute, namentlich die Banken, haben das Platzen der Finanzblase noch nicht überwunden. Die „problematischen“, d. h. wohl abzuschreibenden Kredite dürften bei ca. fünf Prozent des gesamten Kreditvolumens bzw. fünf Prozent des Bruttosozialproduktes liegen⁸. Langfristig am nachhaltigsten könnte sich auswirken, daß aufgrund der Finanzskandale der *Bubble*-Jahre das fast irrationale Vertrauen in die Fähigkeit des Finanzministeriums geschwunden ist, mit jeder Belastung der Finanzmärkte fertigzuwerden. Im nachhinein ist deutlich geworden, daß das Ministerium Kurseinbrüche der Aktienmärkte im Gefolge der Weltbörsen in den Jahren 1987 und 1990 nur dadurch verhindert hat, daß mit Änderungen der sogenannten Marginpolitik Anpassungskosten auf die privaten Anleger abgewälzt wurden⁹. Auch die

7 Vgl. z. B. Hideo Ishihara, GN Prognosis, in: Japan Update, 34 (1994), S. 10f.; Mikio Wakatsuki, Japan's Economy: Current Situation and Outlook, in: Journal of Japanese Trade and Industry, 3 (1994), S. 42–45.

8 Vgl. Takatoshi Ito, Financial Crisis in Japan, Beitrag zum Seminar „The New Japan and Germany“ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn am 23. März 1994, Manuskript.

9 *Margin* bezeichnet jenen Anteil der Kaufsumme bei einem Wertpapiergeschäft, der tatsächlich vom Kunden bei-

6 Vgl. etwa Kazuo Fujiyama, The Japanese Economy in 1994, in: Journal of Japanese Trade and Industry, 3 (1994), S. 8f.

Politik zur Regulierung der neuartigen Derivatmärkte war Anfang der neunziger Jahre nicht sehr kompetent¹⁰. Noch immer versuchen Japans staatliche Stellen, die Finanzmärkte über eine nur partielle Deregulierung eigenen wirtschaftlichen Zielen dienbar zu machen.

Ein zweites grundlegendes Anpassungserfordernis stellt die Umstrukturierung des Produktionsapparates dar. Der hohe Yen-Kurs zwingt zu einer konsequenten Auslagerung in Japan nicht mehr wettbewerbsfähiger Produktionssegmente. Wie bereits 1985/86, während der ersten Yen-Aufwertungskrise, ist auch seit 1993, der zweiten Yen-Krise, wieder die Angst vor einer industriellen Aushöhlung (*Kudoka*) zu beobachten. Diese Sichtweise konkretisiert sich etwa in der Befürchtung, daß aufgrund des Personalabbaus in manchen Branchen und einer aufgrund von Strukturproblemen nur verzögerten Aufnahme der Freigesetzten in neuen Branchen die Arbeitslosenquote in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auf vier bis fünf Prozent steigen könnte¹¹. Im August 1994 wurde bereits die Dreiprozentmarke erreicht. Während so manche Prognose – wie bereits 1985/86 – überzogen sein könnte, dürfte eine gewisse Abkehr vom System der Lebensbeschäftigung in den größeren Unternehmen, ein Sichtbarwerden der verdeckten Arbeitslosigkeit durch den Abbau von Personalreserven und das Ausscheiden vieler technologieschwacher Mittelständler mit ihrer bisherigen Funktion als Arbeitsreserve doch zu einer strukturellen Erhöhung des Arbeitslosenstandes beitragen¹².

Die Notwendigkeit, über Umstrukturierung ernsthaft nachzudenken, betrifft auch sehr grundlegende Managementansätze, die für viele Beobachter gerade den scheinbaren Kern eines „japanischen Managements“ ausmachen. Angesichts des Wegfalls unangemessen billiger Finanzierungsmöglichkeiten müssen die Unternehmen stärker auf ihre Rentabilität achten als früher, als aus verschiedenen Gründen vielfach das Wachs-

tumsziel im Vordergrund stand¹³. Auch das sogenannte „Toyota-Produktionssystem“ ist ein bedrohter Eckpfeiler japanischen Managements (obwohl es in seiner konsequenten Umsetzung immer nur an wenigen Stellen zu finden war)¹⁴. Der Grundgedanke des Systems ist, daß jeder Fortschritt von der betrieblichen Ebene („*shopfloor*“) ausgeht, deren Arbeiter durch inkrementale Verbesserungen (*kaizen*) Verschwendung (*muda*) zu vermeiden suchen. Dieser Ansatz ist aus zwei Gründen gefährdet: Zum einen geht die fast schon absolute Verfügbarkeit über Zeit und Einsatzkraft der Arbeitnehmer zurück. Zum anderen erlauben es moderne kommunikations- und computergestützte Planungstechniken, „von oben“ her neue Produkte und Produktionsprozesse zu optimieren. Die relative Bedeutung des „unten“, d. h. des *shopfloor*, geht zurück¹⁵.

3. Die lange Sicht: das Wachstumspotential der Wirtschaft

Über die mittelfristigen Anpassungsprozesse hinaus wird *langfristig* das Wachstumspotential angebotsseitig von der Entwicklung der wichtigsten Produktionsfaktoren begrenzt. Wir beschränken uns hier auf die Diskussion von Arbeit, Kapital(bildung), Umwelt/Ressourcen und gesamtwirtschaftlicher Produktivitätssteigerung. Der vielleicht wichtigste Einzelfaktor ist die Alterung der Bevölkerung. Sie wird Arbeit und Kapitalbildung negativ tangieren. Das Maximum der Arbeitsbevölkerung (Alter 15 bis 64) wird bereits 1995 erreicht, die Bevölkerungsspitze im Jahre 2011. Bei der gleichzeitig sich abzeichnenden Verkürzung der Tages- und Jahresarbeitszeit entsteht ein Druck auf das Wachstumspotential, der aber wohl erst jenseits der Jahrtausendwende deutlicher spürbar wird. Die Alterung führt darüber hinaus zu einem Entsparen seitens der Rentnergeneration, also zu einem Rückgang der Sparquote. Gewöhnlich wird daraus auf einen Druck auf die Investitionsquote geschlossen¹⁶. Bei international mobilem Kapital und integrierten Märkten kann aber eine entstehende Spar-Investitions-Lücke leicht geschlossen werden. Wahrscheinlicher ist

zubringen ist. Eine Senkung der Marginanforderung regt also zu einem (riskanten) Markteintritt an. Vgl. Stephan Kunze, Price-Keeping Measures on the Stock Market by the Japanese Ministry of Finance in 1987 und 1990, Discussion Paper Series, Institute of Social Science, University of Tokyo, V 2 (July 1994).

¹⁰ Vgl. Ulrich Bongartz, Futures- und Optionsmärkte in Japan – unter besonderer Berücksichtigung der Indexderivate, Ausgewählte Volkswirtschaftliche Diplomarbeiten der Universität Duisburg, 16 (1994).

¹¹ Vgl. etwa NLI (Nippon Life Insurance) Research Institute, Medium-Term Economic Forecast for Japan, in: NLI Research, 66 (April 1994), S. 25.

¹² Vgl. zu diesem Fragenkreis: Friederike Bosse, Keine Arbeitslosen in Japan? Ein Versuch, die japanische Arbeitsmarktstatistik „richtig“ zu lesen, in: Japan. Wirtschaft – Politik – Gesellschaft, II 2 (April 1994), S. 181–187.

¹³ Schon früher waren allerdings z. B. viele leistungsfähige Mittelunternehmen, die nicht auf Vorzugskredite hoffen konnten, stärker am Gewinn- als am Wachstumsziel orientiert.

¹⁴ Vgl. Paolo Piacentini, The Future of „Toyotism“, in: Sarah Metzger-Court/Werner Pascha (Hrsg.), Change and Continuity in Japan's Socio-Economic Evolution, Folkstone 1995 (i. E.).

¹⁵ Interessanterweise werden diese Problemverschiebungen in Deutschland noch kaum wahrgenommen, wo „*kaizen*“ oder „*Toyota-System*“ immer noch als die anzustrebenden Idealkonzepte aus Japan gehandelt werden.

¹⁶ Vgl. etwa NLI Research Institute (Anm. 11), S. 10.

deshalb, daß der Rückgang der Sparquote zumindest langfristig einen spürbaren Abbau der Leistungsbilanzüberschüsse bewirkt (vgl. dazu Abschnitt III.1).

Der Faktor Umwelt/Ressourcen – in den siebziger Jahren im Mittelpunkt der japanischen Besorgnisse – kann zwar kurzfristige Krisen auslösen, dürfte aber die langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten immer weniger treffen: Japan hat sich bereits stark zu einer Dienstleistungswirtschaft entwickelt, und selbst die Industrieprodukte werden immer kleiner und leichter. Der materielle Input und Emissionen sind nur in wenigen Fällen der kritische Engpaßfaktor.

Auf den Produktivitätsfortschritt wirken konfliktäre Kräfte ein. So wird eine weitere Deregulierung über die Wettbewerbseffekte die Produktivität fördern – gerade auch durch die Ausschaltung unterdurchschnittlich leistungsfähiger Unternehmen. Im bereits überdurchschnittlich operierenden Segment werden aber weitere Fortschritte schwieriger: Japans nachholende Modernisierung ist abgeschlossen; nun müssen eigene Innovationen auf Weltniveau folgen. Selbst insoweit ein verlangsamter Fortschritt auf dieser Basis möglich ist, müssen sich Wirtschaft, Ausbildungs- und Forschungssystem dieser neuen Aufgabenstellung erst noch anpassen¹⁷. Die Alterung der Bevölkerung erschwert diese Anpassung zusätzlich, so daß der Gesamtfortschritt trotz Deregulierung kaum über jenen ein bis zwei Prozent p.a. der Niedrigwachstumsphase (ab 1970) liegen wird.

Obwohl auf lange Sicht die Angebotsbedingungen entscheidend sind, wird in Japan häufig auf einen möglichen Nachfrageeffekt, die drohende Konsumsättigung, hingewiesen – ein im Grunde sehr altes Argument. Japans Verbraucher sind mit langfristigen Konsumgütern gut versorgt. Es ist zumindest fraglich, inwieweit die Arbeitszeitverkürzung markanten zusätzlichen Freizeitkonsum hervorrufen kann. Eine auch längerfristige Konsumbelebung könnte im Wohnungsbau erhofft werden, doch sind die Möglichkeiten beschränkt, solange keine Dezentralisierung aus den überfüllten Zentren heraus gelingt. Gerade in der gegenwärtigen Rezession findet eine Besinnung auf einen „einfachen“ Lebensstil statt – wobei die Extrapolation aber problematisch ist. Wahrscheinlich ist wiederum ein Angebotsfaktor langfristig entscheidend: neue Produkte. Seit einiger Zeit hat es welt-

weit keine wirklich revolutionär neuen Produktlinien mehr gegeben. Solange kein wirklicher Durchbruch hinsichtlich neuer Produkttechnologien und -ideen erfolgt, könnte über Sättigungseffekte tatsächlich eine dämpfende Wirkung auf die Wirtschaft ausgehen.

III. Wandelt sich Japans Außenwirtschaft – ein Ende der JaPanik?

Neben Krisenerscheinungen können Wandlungstendenzen untersucht werden. Bezüglich der Außenwirtschaft sind dabei allerdings auch einige Mythen über den gegenwärtigen Zustand auszuräumen.

1. Japans Leistungsbilanzüberschüsse – ein Problem?

Von großen Teilen der westlichen Öffentlichkeit werden die hohen Handelsbilanzüberschüsse bzw. die etwas geringeren Leistungsbilanzüberschüsse als Bedrohung empfunden. Die simple Frage, ob sich an diesen Salden etwas ändern könne, geht aber an zentralen ökonomischen Zusammenhängen vorbei¹⁸ und ist von daher unpräzise gestellt. Zunächst ist festzuhalten, daß bilaterale Defizite zu erwartendes Ergebnis einer internationalen Arbeitsteilung sind; höchstens Gesamtsalden einer Volkswirtschaft sind also ein Problem. Von daher sind die hohen Gesamtleistungsbilanzsalden Japans – zuletzt 131 Milliarden US-Dollar im Jahre 1993 – interpretationsbedürftig. Sind die Überschüsse, wie oft unterstellt, durch Importschranken und besondere Exportförderungsmaßnahmen verursacht? Solche mikroökonomischen Faktoren können zwar die sektorale Struktur der Salden beeinflussen; der Gesamtsaldo wird aber von makroökonomischen Zusammenhängen geprägt. Bilanztechnisch entspricht dem Leistungsbilanzsaldo der Zahlungsbilanz, die insgesamt ja immer ausgeglichen ist, ein entsprechender Saldo der Kapitalverkehrsbilanz sowie ein entsprechender Unterschied zwischen Sparen und Investieren¹⁹,

18 Darauf haben Wirtschaftswissenschaftler wiederholt hingewiesen, neuerdings etwa: Stephen Golub, Handelsungleichgewicht zwischen den USA und Japan?, in: Finanzierung & Entwicklung, 31 (1994) 3, S. 54–57; Helmut Demes u. a., Die japanische Wirtschaft heute – ein Überblick, hrsg. vom Deutschen Institut für Japanstudien Tokyo, Miscellanea Nr. 10 (1994), S. 137f.

19 Vgl. eine einfache lehrbuchmäßige Darstellung bei Gerold Blümle/Wolfgang Patzig, Grundzüge der Makroökonomie, Freiburg 1990², S. 272f.

17 Trends der japanischen Forschungs- und Technologiepolitik. Die 18. Empfehlung des Rates für Forschung und Technologie und ihr Echo in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft Japans, hrsg. vom Deutschen Institut für Japanstudien Tokyo, Miscellanea Nr. 3, (Juli 1992).

gegebenenfalls unter Berücksichtigung der Nettokreditaufnahme des Staates. Entscheidend für die Saldenbildung sind demnach die relativ flexiblen und rasch reagierenden Kapital- und Finanzmärkte. Zudem kann der (reale) Wechselkurs Saldenänderungen herbeiführen: Eine Aufwertung wirkt zumindest auf mittlere Sicht in Richtung Passivierung der Leistungsbilanz. Auch hier dürfte die Dynamik aber von den Kapitalmärkten ausgehen. Umgekehrt wäre kaum erklärbar, warum Japans Leistungsbilanzüberschüsse gerade in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre und Anfang der neunziger Jahre Rekordhöhen erreichten (mit einem kleinen Rückgang um 1990), als – zumindest von der Tendenz her – Japan seine Gütermärkte liberalisierte und deregulierte. Etwas verkürzt interpretiert ist Japans Leistungsbilanzüberschuß Resultat des Überhangs des Sparens gegenüber dem Investieren²⁰. Japans hohe private Sparneigung ist bekannt. In den achtziger Jahren trug zudem die fiskalische Konsolidierungspolitik des Staates zum „Sparen“ als gesamtwirtschaftlichem Aggregat bei. Der leichte Rückgang der Leistungsbilanzüberschüsse Ende der achtziger Jahre erklärt sich vornehmlich durch die hohen Investitionen während der Bubble-Jahre, d.h. durch eine Verringerung des Sparüberhangs; die neuerliche Ausweitung der Überschüsse ist auf den rapiden Rückgang der Investitionen in der gegenwärtigen Rezession zurückzuführen.

Was bedeutet das für die Zukunft? Die Investitionen werden sich aus ihrem rezessiven Tief herausbewegen, der Staat wird über längere Zeit keine forcierte Defizitpolitik betreiben. Entscheidende Bedeutung kommt deshalb dem privaten Sparen zu. Aufgrund der Alterung der Bevölkerung ist mit einem leichten Rückgang der Sparquote und der Leistungsbilanzüberschüsse zu rechnen, nicht jedoch mit einer Umkehr. Ein japanisches Defizit wäre aus globaler Sicht auch nicht wünschenswert, da der entsprechende Kapitalimportüberschuß knappe Mittel aus der Welt abziehen und in ein ohnehin (relativ) reichlich mit diesem Faktor ausgestattetes Land transferieren würde.

²⁰ Japans langfristige Kapitalexporte, die Ende der achtziger Jahre sehr viel Aufsehen erregten, sollten nicht als „Motor“ betrachtet werden. Ein Großteil dieser Exporte war mit einem kurzfristigen Kapitalimport verbunden – und zwar durch Arbitragegeschäfte japanischer Finanzinstitute, die sich durch die regulativen Vorgaben des Staates ergaben. Die frühen neunziger Jahre haben gezeigt, daß sich die Nettoexpositionen im langfristigen und kurzfristigen Kapitalverkehr durchaus umkehren können. Vgl. zum Verhalten japanischer Banken: Toru Iwami, *Internationalization of Japanese Banking Revisited*, Discussion Paper Series, Research Institute of the Japanese Economy, University of Tokyo, 94-F-5 (February 1994).

2. Japans Marktzutrittsschranken – Realität oder Fiktion?

Zölle und nicht-tarifäre Handelsschranken (Importquoten etc.) spielen seit längerer Zeit im Japangeschäft praktisch keine Rolle mehr. Erinnerungen daran, daß ihnen etwa beim Aufbau der Computerindustrie tatsächlich eine entscheidende Rolle zukam, können nicht Anlaß zur Vermutung geben, ähnliches wäre immer noch möglich. Zumindest auswärtiger Druck würde dies heute verhindern. Die entscheidenden Argumente der Japan-Kritik sind deshalb andere, nämlich

- die hohen direkten Markteintrittskosten (Immobilienpreise, Gehälter etc.);
- die zahlreichen Regulierungen auf Branchenebene, die einen Markteintritt be- oder sogar verhindern;
- die große Bedeutung langfristig angelegter Kooperation im japanischen Geschäftsleben, die den Markteintritt von Außenseitern ebenfalls erschwert.

Diese Argumente haben einiges Gewicht. Jedoch ist die Liste der notwendigen Relativierungen lang. Zunächst einmal gelten die Argumente gar nicht so sehr für Ausländer, als vielmehr für alle Außenseiter bzw. Neueinsteiger. Daß viele westliche Firmen – freilich keineswegs alle – oft schlechter abschneiden als Japans dynamische Außenseiterunternehmen, hat von daher auch etwas mit hausgemachten Problemen bzw. Schwächen zu tun²¹. Inzwischen kommt den Auslandsfirmen übrigens eine wichtige Hilfe zugute: Überdurchschnittlich leistungsfähige Großunternehmen aus Japan sehen ihre Expansionsmöglichkeiten im nur noch langsam wachsenden Binnenmarkt als beschränkt an. Als ein Ausweg bietet sich der Eintritt in die bisher oft aus sozialpolitischen Erwägungen geschützten Marktsegmente an, etwa durch die Ausgliederung entrepreneurischer Tochterfirmen. Dazu fordert der mächtige Unternehmerverband *Keidanren* seit einiger Zeit eine entsprechende Deregulierung und Liberalisierung²². Andere Faktoren kommen hinzu, die auf einen weiteren Abbau der Schranken hinwirken: Mit der Rezession sind die direkten Eintrittskosten erheblich zurückgegangen. Die Immobilienpreise sind je nach Standort von ihrem

²¹ Vgl. Werner Pascha, *Das mangelnde Japanengagement deutscher Firmen: 5 Vorurteile, 9 Probleme und 1 Ausweg*, in: *Japaninfo*, (1994) 15. 8., S. 19–24. Zu den japanischen Außenseiterunternehmen: ders., *Starke Mittelunternehmen: eine verkannte Größe der japanischen Wirtschaft*, in: *Japan aktuell*, August/September 1994, S. 11–13.

²² Vgl. etwa die von dem Verband herausgegebene *Keidanren Review*, z. B. die Ausgaben 140 (June 1993) und 141 (August 1993).

Höchststand um 30 bis 50 Prozent gesunken. Die diffizilen Personalfragen lassen sich durch ein geschicktes Management zumindest zum Teil überwinden²³. Die Allgegenwart kooperativer Bindungen unterliegt zumindest insoweit einem Wandel, als starre vertikale und horizontale Verflechtungen zunehmend durch flexiblere und damit offenere Netzwerke ergänzt bzw. ersetzt werden (vgl. Abschnitt IV). Das Aufkommen internationaler strategischer Allianzen ist nur ein Indiz in dieser Richtung.

3. Regionalismus in Pazifisch-Asien – nur ein Trugbild?

Vielfach wird unterstellt, Japan richte sich in seinen Außenwirtschaftsbeziehungen verstärkt auf den pazifisch-asiatischen Raum ein; das Pazifische Becken könne aufgrund seiner hohen wirtschaftlichen Dynamik zum entscheidenden politisch-wirtschaftlichen Gravitationszentrum der kommenden Jahrzehnte werden. Tatsächlich ist die Zunahme der japanischen Außenwirtschaftsbeziehungen mit dieser Region eindrucksvoll. Dennoch sind entsprechende Informationen mit einiger Vorsicht aufzunehmen²⁴:

- Im Vergleich zur Gesamtdynamik der einzelnen Länder ist der Zuwachs Japans *intraregionaler* Aktivitäten *nicht* besonders ausgeprägt.
- Die Preise in der Region sind kaum interdependent²⁵.
- Die vielfältigen Produktionsverflechtungen sind erst seit wenigen Jahren markant.
- Eine „ostasiatische EU“ als Wirtschaftsblock ist aufgrund der Heterogenität der Länder nicht möglich.
- Regionale Kooperation als Leitbild wird oft mit verdeckten Interessen vertreten, welche diese Kooperation durchaus sprengen könnten.

Insgesamt basieren Regionalisierung und Regionalismus in Ostasien nicht auf ehernen historischen Gesetzen; sie sind nicht notwendigerweise Japans Zukunft: Das „Spiel“ ist offen.

23 Vgl. Personalwesen in Japan, hrsg. von der Deutschen Industrie- und Handelskammer in Japan, Tokyo 1991.

24 Auf eine genauere Analyse muß hier verzichtet werden. Vgl. den Beitrag zur Rolle Japans in Ostasien von Manfred Pohl in diesem Heft. Vgl. auch Werner Pascha, Japans Wirtschaftsbeziehungen zwischen Regionalisierung und Globalisierung: Europa am Rand, Asien-Pazifik im Zentrum japanischer Aktivitäten?, in: Günter Heiduk/Werner Pascha (Hrsg.), Japans Wirtschaft in Europa, Baden-Baden 1994.

25 Vgl. Jeffrey A. Frankel/Miles Kahler (Hrsg.), Regionalism and Rivalry. Japan and the United States in Pacific Asia, Chicago 1993.

4. Japan und der Westen: Zusammenprall der Zivilisationen?

Ein zweites, noch weiter greifendes Argument um grundsätzlich weltpolitische bzw. weltwirtschafts-politische Konstellationen hat 1993/94 Aufsehen erregt: Samuel Huntingtons These vom Zusammenprall der Zivilisationen²⁶ nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes der Nachkriegszeit. Sie bietet Ersatz bei der gedanklichen Strukturierung der turbulenten Welt. Im Zentrum der zukünftigen Konflikte stehen demnach vor allem die Gegensätze von Zivilisationen, die entlang ihrer „Frontlinien“ besonders deutlich hervortreten. Auch die Wirtschaftsbeziehungen müßten sich zwischen kulturell bzw. zivilisatorisch verwandten Regionen besonders eng darstellen. Huntingtons Hauptthema ist zwar das Spannungsverhältnis zwischen dem Islam und der abendländischen Zivilisation. Aber die These ist auch für Japan bzw. Ostasien und sein Verhältnis zum Westen bedenkenswert, denn für viele Beobachter sind dabei in der Tat mehr als wirtschaftliche und politische Interessen-(gegensätze) involviert: nämlich „zivilisatorische“ Grundbefindlichkeiten.

Wenn man die Huntington-These jedoch konsequent anzuwenden versucht, stellen sich bald Schwierigkeiten ein. Huntingtons Aufteilung von fünf bis sechs namhaften Weltzivilisationen, bei denen er Japan und die „konfuzianischen Länder“ unterscheidet, vermag kaum zu überzeugen. Sowohl Japan als auch der Rest Ost- bzw. Südostasiens sind kulturell mehrdimensional. Es gibt neben starken westlichen Einflüssen selbstverständlich auch konfuzianische Traditionen, die jedoch von Land zu Land unterschiedlich und in vielfältige religiöse Zusammenhänge eingebunden sind. In Japan²⁷ etwa wurde eine bestimmte konfuzianische Schule von Staats wegen gefördert (die besonders die Unterordnung unter Autoritäten lehrte), gleichzeitig blieben jedoch Elemente einer Volkskultur erhalten. Dazu wirkten der von außen kommende und in bestimmter Weise rezipierte Buddhismus sowie der einheimische Shintoismus, dessen Fortbestehen im Schatten der Modernisierung aber auch sehr komplex ist. Wenn nun Japan mit dieser eigentümlichen Mischung aus Einflüssen der Status einer Zivilisation eingeräumt wird – wohl mit der durchaus nicht unbestreitbaren

26 Vgl. Samuel Huntington, A Clash of Civilizations?, in: Foreign Affairs, Summer 1993. „Zivilisation“ bezeichnet bei Huntington eine Ebene über der „Kultur“. „Kulturen“ zeichnen sich durch gemeinsame geschichtliche Erfahrungen, eine Sprache u. ä. aus, ihre Mitglieder fühlen sich aber einer übergeordneten Zivilisation zugehörig; für letztere gilt das nicht.

27 Vgl. Josef Keiner, Japanisches Denken, in: Der Bürger im Staat, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 35 (1985) 1, S. 14ff.

These, Japan fühle sich keinem höheren Zivilisationskreis zugehörig –, so müßte dies auch für andere Länder gelten, etwa für das stolze Korea.

Zivilisatorische Frontlinien lassen sich in und um Pazifisch-Asien also nicht eindeutig ziehen, womit die Kraft der These Huntingtons gebrochen scheint. Seine Überlegungen umfassen jedoch noch eine bedenkenswerte zweite Ebene: Zum Teil rühre die Bedeutung der Zivilisation für die Politik der Zukunft nicht so sehr vom objektiven Vorliegen zivilisatorischer Umstände her, sondern von ihrer bewußtseinsmäßigen *Wahrnehmung*. Wenn ein Land sich etwa politischer Unterstützung versichern wolle, so könne es heute nicht mehr auf eine bestimmte politisch-ideologische Blockzugehörigkeit zählen. Zumindest eine scheinbare zivilisatorische Zugehörigkeit verspricht dann Hilfe. Auch umgekehrt könnte dieses Prinzip wirksam werden. Wo sich zivilisatorische Unterschiede zumindest scheinbar abzeichnen, könnten sie von Interessenvertretern aufgegriffen werden, die sich damit einen Schutzraum gegenüber einer zu starken Öffnung verschaffen wollen.

Auf Japan angewandt werfen diese Überlegungen ein bezeichnendes Licht auf die Frage, warum von vielen Amerikanern ein japanisches Engagement in den USA so vehement abgelehnt wird, während entsprechende europäische Interessen sehr viel konzilianter hingenommen werden. Vertreter der durch japanische Importe oder Investitionen bedrohten Wirtschaftsegmente sehen eine Chance, diese Aktivitäten durch den Hinweis auf ihr „Anderssein“ herabzusetzen und damit Konkurrenz zum Teil abzuwehren. Auch in Japan gibt es Interessen, die durch Hinweis auf die „Andersartigkeit“ des Westens Vorteile erzielen wollen. Die Debatte um die Reimporte liefert dafür das sinnfälligste Beispiel.

Dieser Fragenkreis darf offenbar nicht der Demagogie überlassen werden. Der Wirtschaftswissenschaftler hat die Möglichkeit zu fragen, inwieweit Japans Wirtschaftssystem tatsächlich so einzigartig ist und ob sich ein Wandel abzeichnet.

IV. Japans Wirtschaftssystem und sein möglicher Wandel

1. Die gängigen Theorien und ihre Hilflosigkeit

Sowohl die universalistischen Ansätze, die Japan vor dem Hintergrund einer allgemeinen Systemtypologie einzuordnen versuchen, als auch die fallspezifischen Ansätze, die unter weitgehender

Ausblendung von Vergleichsfällen Japan (und gegebenenfalls die anderen Ostasien-„Wunder“ökonomien) zu charakterisieren bemüht sind, werden der Realität nur unzureichend gerecht. Die meisten fallspezifischen Theorien konzentrieren sich auf das Verhältnis von Politik, Bürokratie und Management der Großunternehmen. Es gibt inzwischen eine schier unüberschaubare Vielzahl von Ansätzen, die jeweils ein spezifisches „Bedeutungsgemisch“ der genannten Akteurklassen unterstellen²⁸. Abgesehen von der theoretischen Frage, ob der Blick auf *ein* Land tatsächlich das Wesentliche hervortreten läßt, sind die vermuteten Zusammenhänge so subtil, daß empirisch abgesicherte Aussagen pro oder contra kaum beizubringen sind.

2. Generalisierte Austauschbeziehungen: der Kern des japanischen Wirtschaftssystems?

Es gibt einen in letzter Zeit zunehmend aufgenommenen Ansatz, der eine Brücke zwischen universalistischen Ansprüchen und fallweisen Interpretationsversuchen schlägt. Danach werden – nicht nur auf Japan bezogen – zwei grundsätzliche Mechanismen des Austausches zwischen Menschen unterschieden²⁹: Im ausgeglichenen Austausch werden kurzfristig bestimmte Mengen von Gütern getauscht, womit die Beziehung dann endet. Oft ist auf der einen Seite Geld involviert. Die Leistungen sind im Prinzip meßbar; von daher ist die Einhaltung des Tauschvertrages auch relativ leicht kontrollierbar. Eine Alternative, gerade auch für Leistungen, die nicht gut meßbar sind, bietet der generalisierte Austausch. Hier herrscht eine langfristige Verbindung, in der in bestimmten Abständen mehr oder weniger schwer faßbare Leistungen vorgenommen werden, die für Außenstehende kaum nachvollziehbar sind.

Japan, so die hier relevante Anwendung, ist durch ein hohes Ausmaß solch generalisierter Austauschbeziehungen gekennzeichnet. Man findet sie im Verhältnis von Staat und Wirtschaft, die sich langfristig gegenseitig stützen, man kann sie aufspüren im Verhältnis von Unternehmen und Mitarbeitern³⁰, und sie sind auch charakteristisch für die

28 Vgl. Adrian van Rixtel, *The Political Economy and Economic System of Japan: A Survey of Literature, Conflict and Confusion*, Research Memorandum, Faculty of Economics and Econometrics, Free University of Amsterdam, 14 (April 1994).

29 Vgl. etwa Yasusuke Murakami/Thomas P. Rohlen, *Social-Exchange Aspects of the Japanese Political Economy: Culture, Efficiency, and Change*, in: Shumpei Kumon/Henry Rosovsky (Hrsg.), *The Political Economy of Japan*, Vol. 3., *Cultural and Social Dynamics*, Stanford 1992.

30 Die bekannten, immer wieder als Charakteristikum der japanischen Wirtschaft genannten Prinzipien der lebenslangen Beschäftigung, Entlohnung und Beförderung nach

engen Bindungen innerhalb des Zuliefer- bzw. Subkontraktwesens. Der Gedanke des generalisierten Austausches stellt also eine Klammer für zumindest drei Phänomene dar, die immer wieder als typisch für Japan angeführt werden. Seine universalistische Formulierung läßt aber Fragen zu, die über die Ad-hoc-Bestätigung hinausgehen. Warum ist, so die wichtigste Frage, der Ansatz so häufig in Japan, während er in anderen Ländern zwar auch vorkommt, aber doch eine zumeist geringere Rolle zu spielen scheint? Der generalisierte Austausch bietet in vielen Fällen Vorteile – etwa bei einer langfristigen industriellen Zusammenarbeit von Firmen mit verschiedenen Kompetenzen –, ist aufgrund seiner Komplexität aber an verschiedene Voraussetzungen geknüpft: So müssen die Beteiligten mangels externer Standards selbst einschätzen können, welche Leistungen gerade angemessen sind, und die Erbringung von Leistungen – und vor allem die von Gegenleistungen – muß erzwungen werden können, damit kein kurzfristiger Profiteur aus dem oft nur impliziten langfristigen Vertrag ausschert. Beide Grundbedingungen³¹ sind in Japan weitgehend erfüllt. Schon Japans Jugend lernt in Familie und Schule das subtile Miteinander in der Gemeinschaft. Zwei Traditionen wirken dabei zusammen: zum einen die eher horizontal angelegte Kultur des „Teamgeistes“, wie sie u. a. für die kollektive Bewirtschaftung der Naßfelder im Dorf kennzeichnend war, und zum anderen die eher vertikale Lehnsherr-Vasall-Denkstruktur, wie sie vom staatlich geförderten Konfuzianismus verbreitet wurde. Wo der Kulturfundus solche Anlagen bereitstellt, konnte sich der generalisierte Austausch auch in modernen Wirtschaftsstrukturen einbürgern. Umgekehrt wird von daher klar, daß sich ein Land wie die USA mit einer sehr heterogenen Bevölkerung vornehmlich auf den einfacher zu handhabenden ausgeglichenen Austausch einließ. Auch die zweite Grundbedingung wird in Japan erfüllt: Die Vielfalt der Bindungen, gerade auch über die Wirtschaft hinaus in die Gesellschaft hinein, stellt sicher, daß die impliziten Kontrakte des generalisierten Austauschs eingehalten werden³².

Das Vorherrschen des generalisierten Austausches kann im übrigen die häufig erwähnte An-

Seniorität sowie – als Gegenleistung – Loyalität und Einsatz gelten allerdings auch bisher höchstens für die größeren Unternehmen und ihre Stammebelegschaften.

31 Differenziertere Kataloge können aufgestellt und überprüft werden. Vgl. Werner Pascha, *The Analysis of Change and Continuity in Japan's Economy*, in: S. Metzger-Court/W. Pascha (Hrsg.) (Anm. 14).

32 Wiederum bieten die USA mit der Möglichkeit, „im Westen“ oder in anderen Gesellschaftskreisen einen Neuanfang zu machen, das gerade gegenteilige Szenario.

passungsflexibilität der japanischen Wirtschaft erklären³³: Wirtschaftliches Handeln orientiert sich nicht an festgefügtten Prinzipien und Formen, die für das Abwickeln ausgeglichener Austausche wichtig sind, sondern ergibt sich im informellen, flexiblen Zusammenwirken der Teammitglieder des langfristigen Austauschs.

3. Wandelt sich das Austauschsystem?

Zeichnet sich ein Wandel ab? Genauer: Zeichnet sich eine Abkehr Japans vom Vorherrschen generalisierter Austauschbeziehungen ab, verschieben sich für das Land also Nutzen und Kosten dieses Beziehungstyps? Zumindest zwei Kräfte kommen zur Wirkung, die aber zum Teil gegeneinander gerichtet sind. Zum einen nehmen die Kontrollmöglichkeiten der Kontrakteinhaltung durch Internationalisierung, Auffächerung sozialer Lebensräume, Möglichkeit von Berufswechseln auch während der Karriere u.ä. ab. Ein zweiter Trend dürfte freilich darin bestehen, daß die *Vorteile* generalisierter, vielfach vernetzter Beziehungen zunehmen. Der Hintergrund ist die technische Entwicklung. Die Vielzahl der über die Grenzen herkömmlicher Industrien hinaus einsetzbaren Technologien und die immer weitere Aufgliederung technischer Kompetenz hat zur Folge, daß einzelne Akteure (insbesondere Firmen) immer weniger in der Lage sind, das Gesamtfeld der für sie relevanten Technologien kompetent zu vertreten. Sie sind auf Netzwerkbildung angewiesen, die offenbar denen leichter fällt, die das Agieren in solchen längerfristigen, wenn auch nicht starren Beziehungsformen gewohnt sind.

Fazit: Während Japans absolute Vorteile bei der Nutzung generalisierter Austauschbeziehungen zurückgehen, sich insofern also ein Systemwandel hin zu einer Konvergenz mit dem Westen abzeichnet, gewinnt gerade dieser Beziehungstypus auf weltwirtschaftlicher Ebene immer mehr an Bedeutung. Japans *relative* Vorteile bei der Nutzung dieses Organisationsmodus müssen also nicht zurückgehen, sie könnten sogar noch zunehmen. Von daher wäre es verfehlt, von einem Systemwandel auf ein Ende der Leistungsfähigkeit der japanischen Wirtschaft zu schließen. Gerade die gegenwärtige Krise, die von den Betroffenen als Herausforderung zur *Anpassung* verstanden wird, bestätigt diese Einsicht. Japans Wirtschaft ist keineswegs am Ende.

33 Vgl. neuerdings vor allem: Erich Pauer, *Die Rolle des Staates in Industrialisierung und Modernisierung*, in: Anna Maria Thränhardt/Gesine Foljanty-Jost (Hrsg.), *Der schlanke Staat*, Opladen 1994.

Leidet Japans Moral unter seinen eigenen Tugenden?

Anmerkungen zur „japanischen Krankheit“

I. Vorbemerkungen

Diskussionen über den Verfall von öffentlicher Moral und Ethik sind in Industriegesellschaften, in denen die materiellen Bedürfnisse weitgehend befriedigt sind, nicht ungewöhnlich. Auch in Japan werden solche Überlegungen angestellt, obwohl westliche Beobachter doch oft den Eindruck haben, hier sei alles in Ordnung: Immer noch bestimmen Bilder vom sprichwörtlichen Fleiß der Japaner und ihrem sehr gesitteten Auftreten stets in großen Gruppen das Japan-Bild im Westen. Die These, daß in Japan die allgemeine Moral verloren gehe, wird daher im Westen zunächst erstaunen. Aus der Sicht von japanischen Beobachtern stellen sich die Verhältnisse allerdings viel weniger eindeutig dar.

Im Frühjahr dieses Jahres erschien in der Monatszeitschrift *Chuo Koron* ein Artikel, in dem die Autorin Sugahara Mariko beklagt, daß die japanische Gesellschaft an einer „Krankheit“ leide, die die Gesellschaft langsam aber stetig zerstöre¹. Sugahara betont, daß diese Krankheit nicht nur Degenerationserscheinungen einer reifen Industriegesellschaft seien, sondern vielmehr einer tiefgreifenden Unordnung der japanischen Gesellschaft entsprängen. Dennoch spricht sie, in Anlehnung an die „englische“ oder die „deutsche“ Krankheit (Drogenmißbrauch, hohe Kriminalitätsrate, kontinuierliche Arbeitszeitverkürzung und so fort) vom „japanischen Leiden“ (*Nihon byo*). Für dieses Leiden gebe es keinen eindeutig verantwortlichen „Virus“, vielmehr läge die Ursache in den überlieferten Gegebenheiten und Lebensgewohnheiten. Die Autorin nennt fünf Symptome dieser Krankheit: die Schwächung des Arbeitsethos, die übermäßige Konformität und Homogenität, der Verlust an Vitalität und schöpferischer Kreativität, der Verlust von Gemeinsinn und Bürgermoral und das Verschwinden von produktivem Potential, d.h. in erster Linie von Frauen und alten Menschen. Durch die Analyse dieser Symptome und

ihre Bekämpfung kann Sugahara zufolge der weitere Verfall der Gesellschaft jedoch nur verlangsamt, bestenfalls gestoppt werden – eine wirksame Therapie nennt die Autorin nicht.

Sugahara Mariko ist heute Leiterin des Büros für Frauenfragen im Amt des Ministerpräsidenten und war zuvor vier Jahre lang Chefin der Statistikabteilung der Management and Coordination Agency im Amt des Ministerpräsidenten und in dieser Position verantwortlich für zahlreiche Umfragen, die diese Behörde regelmäßig durchführt. Ihren Pessimismus gründet Sugahara auf Veränderungen, die sie während ihrer Amtszeit in Meinungsumfragen zu Gesellschaft, Lebensformen und Arbeitseinstellung festgestellt hat.

Eine dieser Meinungsumfragen – die Bevölkerung wird jedes Jahr nach ihrer Einstellung zur Lage der Nation befragt (*shakai ishiki*) – scheint den Pessimismus der Autorin zu bestätigen². Die Frage „Bewegt sich Japan in eine positive oder eine negative Richtung?“ beantworteten Ende 1993 zum zweitenmal in Folge mehr Japaner negativ als positiv, wobei sich die Kluft zwischen beiden Gruppen gegenüber dem Vorjahr sogar noch weiter vergrößerte: 45,5 Prozent beurteilten die Richtung als „negativ“ (1992: 44,3 Prozent) und nur 29,6 Prozent als „positiv“ (1992: 31,4 Prozent), die restlichen 25 Prozent waren unentschieden. Allerdings bedeutet dies noch nicht unbedingt eine grundsätzliche Trendwende, denn über die vergangenen Jahrzehnte hinweg zeigte das Meinungsbild oft Schwankungen, häufig in Korrelation zum Konjunkturverlauf. So schlug die Einschätzung während der Ölkrise 1973/74 schlagartig von überwiegend „positiv“ zu „negativ“ um. Andererseits befanden Ende 1989, als die Konjunktur in die Phase der Spekulationen, der sogenannten „Blasen-

1 Vgl. Sugahara Mariko, *Nihon byo itsutsu no shojo* (Fünf Symptome des japanischen Leidens), in: *Chuo Koron*, April 1994, S. 108–116; in dt. Übersetzung in: *Japan Echo*, 21 (1994) 2, S. 85–93.

2 Die Meinungsumfrage zur Lage der Nation wird seit 1969 jeweils am Jahresende durchgeführt (1970 und 1973 fand sie nicht statt). 10000 Bürger über 20 Jahre werden zu den Themen Bewußtsein gegenüber der Gesellschaft, Bewußtsein gegenüber dem Staat, Bewußtsein gegenüber der internationalen Gesellschaft sowie zur Akzeptierung und Beurteilung der gegenwärtigen Situation von Staat und Gesellschaft befragt. Bei der jüngsten Umfrage vom Dezember 1993 lag der Rücklauf der Befragten bei 70,8 Prozent. Veröffentlicht in: *Gekkan seron chosa – shakai ishiki* (Meinungsumfrage zum gesellschaftlichen Bewußtsein), Management and Coordination Agency, Juni 1994.

wirtschaft“ (Bubble Economy) eintrat, doppelt so viele Befragte die generelle Richtung der Nation „positiv“ wie „negativ“. Daß unter der „Lage der Nation“ häufig die wirtschaftlichen Umstände verstanden werden, zeigen auch die Antworten auf die detaillierte Frage, welche Faktoren denn negativ seien. 1993 nannte hierbei die Mehrzahl der Befragten die Konjunktur (69,6 Prozent), gefolgt von der Situation auf dem Arbeitsmarkt (49,2 Prozent). Beide Aspekte hatten zwei Jahre zuvor, als die Bubble Economy auf ihrem Höhepunkt war, nur eine mäßig wichtige Rolle gespielt. Damals richtete sich die Sorge eher auf die Umwelt, die Außenpolitik sowie auf die Immobilienpreise. Unter den positiven Aspekten wurden im Dezember 1993 vorwiegend nichtökonomische Faktoren genannt, wie Erziehung, die allgemeine feste Ordnung sowie Gesundheit und Wohlfahrt.

Die Umfrage zur Lage der Nation scheint somit nicht als Barometer für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zu taugen. Das sehr wandelbare Ergebnis wird zu einem nicht unerheblichen Teil von den wirtschaftlichen Bedingungen bestimmt und drückt eher die Sorge oder die Unzufriedenheit der Bürger mit den materiellen Zuständen aus als mit abstrakten Phänomenen der gesellschaftlichen Strukturen. Anhand der Umfrage läßt sich also nicht feststellen, ob oder daß die japanische Gesellschaft „erkrankt“ ist, ob oder daß sich überhaupt ein Wandel der Werte und Normen vollzieht. Vielleicht geben andere Untersuchungen mehr Aufschluß darüber, die – den Symptomen Sugaharas entsprechend – im folgenden betrachtet werden sollen. Dabei wird immer wieder der Bezug zur Arbeit bzw. zur Einstellung der Japaner zur Arbeit erstellt, unter anderem deshalb, weil das Bild vom arbeitswütigen Japaner nach wie vor das hervorstechendste Stereotyp im Westen ist. Dabei bestätigt sich Sugaharas Vermutung, daß die traditionellen Werte Japans degenerieren und zu einer Belastung für die Gesellschaft werden, nur teilweise. Es stellt sich die Frage, ob sich Japan statt dessen den westlichen Normen annähert.

II. Wachsender Unwille zu arbeiten

Sugahara Mariko stellt das Klischee des arbeitswütigen Japaners grundlegend in Frage: Der unermüdliche Einsatz für die Arbeit sei keine angeborene Eigenschaft der Japaner, sondern habe sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt, als man sich gemeinsam an den Wiederaufbau der Wirtschaft machte. Doch es war nicht dieses Ziel

allein, das die Japaner zur Arbeit motivierte, sondern vor allem die Überzeugung, daß sich der Einsatz am Ende materiell auszahlen werde. Die Unternehmen hätten es aber nicht geschafft, diesen Einsatz auf Dauer angemessen zu belohnen, sondern statt dessen immer höhere Forderungen an die Einsatzbereitschaft gestellt. Gleichzeitig werden heute in den Medien nicht mehr die fleißigen *Salarymen* – die (männlichen) Festangestellten eines großen Unternehmens, die sich als Angehörige „ihrer“ *Kaisha* (Firma) fühlen – als Vorbild gepriesen, sondern der Genuß der Freizeit als erstrebenswerter Wert dargestellt. Die junge Generation beginne schon, sich diese Wertvorstellungen zu eigen zu machen. Dem japanischen Angestellten fehlen somit heute, Sugahara zufolge, sowohl die materiellen als auch die sozialen Anreize zum bedingungslosen Einsatz. Die weitverbreiteten Arbeitsbedingungen wie unbezahlte Überstunden bis spät in die Nacht oder Arbeit am Wochenende förderten in dieser Situation um so mehr eine allgemeine Abneigung gegenüber der Arbeit. Der Trend zur Verkürzung der Arbeitszeit, den die Regierung mit dem Ziel, den Handelsbilanzüberschuß abzubauen, seit einigen Jahren propagiere, sei in Wirklichkeit nur ein Ausdruck des wachsenden Unmuts der Menschen zu arbeiten. Kürzere Arbeitszeiten wiederum gewöhnten die Menschen an immer mehr Freizeit, was dann das Arbeitsethos noch weiter sinken lasse.

Folgt man Sugahara, so sind die Japaner – entgegen allen Klischees – kein Volk von Workaholics, die dem Wohl (und Profit) der Firma nicht nur ihren Urlaub und ihr Familienleben opfern, sondern in Extremfällen sogar ihr Leben. *Karoshi*, der plötzliche Tod durch Überanstrengung, dem in den vergangenen Jahren mehrere Hundert japanischer Firmenangestellter zum Opfer fielen, machte nicht nur in Japan Schlagzeilen. Die offiziellen Statistiken deuten allerdings nicht darauf hin, daß sich die Arbeitsamkeit der Japaner gravierend geändert hätte. Zwar sinkt die Zahl der Arbeitsstunden auch in Japan Jahr für Jahr und lag 1993 zum zweitenmal unter 2000 Stunden pro Jahr (1908), doch damit liegt sie immer noch weit über den 1600 Stunden in Deutschland. Aber die reine Menge gibt keinen Aufschluß über die Motivation, die hinter diesem Einsatz steht. Sugaharas Behauptung, daß auch Japaner sich nicht völlig „selbstlos“ für ihre Firma aufopfern, sondern dies in Erwartung einer Belohnung tun, wird in anderen Untersuchungen bestätigt, so z. B. in einer Meinungsumfrage der bereits erwähnten Management and Coordination Agency im Mai 1992. Auf die Frage, nach welchen Kriterien sie ihren Arbeitsplatz ausgewählt hätten, gaben die meisten der Befragten (57 Prozent) die sehr pragmatische Antwort, das

Gehalt sei gut. Erst an zweiter und dritter Stelle, aber deutlich seltener, wurden immaterielle Überlegungen genannt, nämlich das gute menschliche Umfeld (49,5 Prozent) und die Überzeugung, daß die Arbeit dem eigenen Charakter entgegenkomme (47,9 Prozent)³. Auch die Frage, warum sie arbeiten, beantwortete die überwältigende Mehrheit der befragten Männer ebenso pragmatisch: 87 Prozent gaben als Grund an, daß sie für ihren Lebensunterhalt sorgen müßten. Mit weitem Abstand war der nächsthäufig genannte Grund, zu arbeiten sei selbstverständlich, „*atarimae*“ (46,3 Prozent)⁴.

Mit dieser Prioritätensetzung entsprechen die Japaner im internationalen Vergleich Amerikanern, Deutschen oder Franzosen. In allen vier Ländern ist das wichtigste Ziel der Arbeit das Geldverdienen. In Japan stieg die Priorität des Geldverdienens seit Anfang der siebziger Jahre deutlich an, während sie in Deutschland an Bedeutung verlor. Da gleichzeitig die gesellschaftliche Pflicht in Japan nur halb so oft als Arbeitsziel genannt wurde wie in Deutschland (7 gegenüber 14,2 Prozent), läßt sich das Bild vom uneigennütigen Japaner wohl kaum aufrechterhalten. Der dritte Aspekt „Selbstentfaltung“ wurde 1988 in allen Ländern (mit Ausnahme von Frankreich) in etwa gleich hoch bewertet⁵. Diese Zahlenbeispiele sollen lediglich deutlich machen, daß japanische Arbeitnehmer prinzipiell von den gleichen Motiven zur Arbeit bewegt werden wie ihre westlichen Kollegen. Sie bestätigen die Aussage Sugaharas bezüglich der Erwartung einer „Belohnung“.

Doch bedeutet die vorwiegend materielle Motivation, die, wie oben gezeigt, kein neues Phänomen ist, noch nicht, daß die Einstellung zur Arbeit keine ethische ist, daß ihr keine moralischen Werte und Normen zugrunde liegen. Der Wunsch, weniger zu arbeiten, impliziert nicht den Verlust jeglicher positiven Einstellung zur Arbeit und zum Unternehmen. Denn Einsatz bei der Arbeit wird ja durchaus auch immateriell „belohnt“, sei es durch das soziale Ansehen, das eine höhere Position mit sich bringt, oder auch durch die inhaltliche Befriedigung, die der einzelne durch seine Arbeit erfährt. Hier weisen Umfragen allerdings Widersprüchlichkeiten auf, die darauf hindeuten könn-

ten, daß die Arbeit doch einen wesentlichen Teil des Lebensinhalts (*ikigai*) darstellt. Auf die Frage, in welchen Momenten sie Erfüllung empfinden würden, wurde 1992 die Arbeit bzw. das Studium erst weit nach der Familie, den Kindern und sogar nach den Hobbies genannt. Umgekehrt jedoch, nach den Objekten gefragt, auf die sich diese Empfindung der Erfüllung beziehe, wurde die Arbeit kaum weniger häufig genannt als die eigenen Kinder (43 Prozent bzw. 45,9 Prozent)⁶. Auch die oben erwähnte Antwort, daß Arbeit für einen Mann *atarimae* sei, zeigt deutlich, wie wichtig die Arbeit im sozialen Kontext nach wie vor ist.

Vor diesem Hintergrund ist es vielleicht übertrieben, den Trend zu kürzeren Arbeitszeiten als Katalysator zur Schwächung des Arbeitsethos verantwortlich zu machen, wie dies Sugahara tut, arbeiten doch die japanischen Arbeitnehmer im Durchschnitt immer noch weitaus länger als die europäischen⁷. Umfragen von 1992 ergeben wiederum kein eindeutiges Bild darüber, wie stark der Wunsch nach kürzerer Arbeitszeit bzw. nach mehr Freizeit in der Bevölkerung ausgeprägt ist. Im Juni 1992 zeigten sich immerhin 53 Prozent der Befragten zufrieden mit der Freizeit, die ihnen zur Verfügung steht⁸. Noch im Februar des gleichen Jahres hingegen hatten 61 Prozent den Wunsch nach kürzerer Arbeitszeit geäußert, deutlich mehr als bei der gleichen Umfrage 1986 (48,8 Prozent)⁹.

Was qualitativ hinter dem quantitativ zunehmendem Wunsch nach mehr Freizeit steckt, läßt sich nicht eindeutig klären. Sei es nun die Unzufriedenheit mit den eigenen Arbeitsbedingungen oder sei es schlicht Erschöpfung – für beide Möglichkeiten lassen sich Anzeichen finden. Immer mehr Menschen äußern den Wunsch, die Stelle zu wechseln, und immer mehr tun es auch. Die Differenz zwischen beiden Gruppen ist allerdings beträchtlich,

6 Vgl. Gekkan seron chosa – chosa mini-gaido (Meinungsumfrage, Kurzumfrage), Management and Coordination Agency, Juli 1992. Der Ehepartner rangierte in dieser Reihe übrigens erst an neunter Stelle.

7 Der Fünfjahresplan „Seikatsu Taikoku“ (Supermacht an Lebensqualität), den die Regierung von Ministerpräsident Miyazawa 1992 vorlegte, sollte (u.a. durch eine Verringerung der jährlichen Arbeitsstunden) mehr Lebensqualität für die Bevölkerung bringen und die Grundlagen für eine Koexistenz in einer globalen Gemeinschaft legen.

8 Vgl. Gekkan seron chosa – kyuka to ryoko (Meinungsumfrage zu: Freizeit und Reisen), Management and Coordination Agency, Juni 1992.

9 Bei der Befragung fiel auf, daß der Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung um so stärker ausgeprägt ist, je größer das Unternehmen ist, in dem die Befragten beschäftigt waren. In Firmen mit mehr als 1000 Beschäftigten plädierten 84,3 Prozent, unter den Angestellten des öffentlichen Dienstes gar 85,7 Prozent, für eine Verkürzung. Vgl. Gekkan seron chosa – rodo jikan – shukyo futsukasei (Meinungsumfrage zu: Arbeitszeit und 2-Tage-Wochenende), Management and Coordination Agency, Februar 1992.

3 An vierter Stelle wurde ein Kriterium genannt, das wohl besonders in Japan einen hohen Stellenwert hat: der günstige Anfahrtsweg zum Arbeitsplatz (39,0 Prozent).

4 Vgl. Gekkan seron chosa: josei no kurashi to shigoto (Meinungsumfrage zu: Leben und Arbeit der Frauen), Management and Coordination Agency, Juli 1992.

5 Vgl. Claudia Kolatek, Zur Arbeitseinstellung japanischer Beschäftigter: Das japanische Selbstbild und die Entstehung „typischer“ japanischer Arbeitsbeziehungen, in: Norbert R. Adami/Claudia Kolatek, Lebenslust statt Arbeitswut?, München 1991, S. 44f.

nicht zuletzt deswegen, weil sich ein Stellenwechsel im japanischen Lohnsystem, das auf Betriebszugehörigkeit basiert, nachteilig auswirkt. Vor einigen Jahren erschienen häufig Berichte über junge Menschen, die ihre Stellen schon nach kurzer Zeit aufgaben. Allerdings war dies während der Boomjahre, als sich die Unternehmen um die Absolventen guter Universitäten rissen. Heute ist der Markt eher ein Käufermarkt geworden. Hinter dem Wunsch nach kürzerer Arbeitszeit steckte ebenso oft das Bedürfnis nach psychischer und körperlicher Erholung (wichtigster Wunsch bei Frauen) wie nach besseren Möglichkeiten, die Freizeit zu nutzen und ein erfülltes Leben führen zu können (besonders Männer)¹⁰.

Daß der Wunsch, weniger zu arbeiten, nicht einfach aus dem Westen importiertes Gedankengut ist, zeigt auch ein Blick in die japanische Geschichte. In einem Artikel des Wirtschaftsmagazins *Ekonomisuto* führt der Soziologe Kato Tetsuro eine Reihe von Beispielen dafür an, daß die Japaner in der vormodernen Zeit durchaus ihre Freizeit genossen¹¹. Erst die Industrialisierung und fortschreitende Technologisierung der Arbeit brachten strikere Anforderungen mit sich; die Produktionsmaschinen mußten nun möglichst lange und ohne Unterbrechung ausgelastet werden. Die Maschinen uniformierten den Arbeitsablauf und stellten gleichzeitig eine der Ursachen für ein weiteres Merkmal der japanischen Arbeitswelt dar: das Prinzip der lebenslangen Anstellung. Denn je komplexer die Maschinen bzw. die Arbeitsprozesse wurden, desto länger dauerte die Schulung der Arbeitnehmer dafür und desto mehr war den Unternehmern daran gelegen, diese Arbeitnehmer auch auf Dauer zu halten, damit sich die Investitionen in die Ausbildung der Arbeitnehmer auch rentierten. Kato schließt aus diesen Überlegungen, daß der berühmte japanische Arbeitseifer in Wahrheit ein Mythos (*kinben shinwa*) und zudem erst nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sei. Seine Interpretation vom

„Arbeitsmythos“ der Japaner stimmt im wesentlichen mit der von Sugahara Mariko überein, allerdings ziehen die beiden Autoren daraus unterschiedliche Schlußfolgerungen. Kato will die Erkenntnis, daß es sich um einen „Mythos“ handelt, zum Anlaß nehmen, dessen Nährboden zu beseitigen. An die Stelle absoluter Loyalität gegenüber der Firma soll mehr Aufrichtigkeit gegenüber der Arbeit treten.

Diese Meinung wird auch von anderen Experten geteilt. Für Sugahara stellt demgegenüber gerade die Gewöhnung an die Freizeit die Wurzel für den weiteren Niedergang des Arbeitsethos dar, womit sie sich gegen die Regierungsparole von der „Supermacht der Lebensqualität“ ausspricht. Es stellt sich die Frage, ob man diesen vermeintlichen Niedergang des Arbeitsethos nicht auch als eine Hinwendung zu einer Lebenseinstellung betrachten kann, die auf einem entspannteren Verhältnis zur Arbeit beruht und größeren Wert auf Lebens-„qualität“ legt. Die materiellen Voraussetzungen dafür sind in Japan sicherlich gegeben, der großen Mehrheit der Bevölkerung geht es finanziell gut. Dieser Wohlstand ist im übrigen unbestritten eines der Verdienste des harten Einsatzes der japanischen Arbeitnehmer in den vergangenen knapp 50 Jahren. Insofern hat sich die Erwartung auf eine „Belohnung“ des Einsatzes für die meisten generell erfüllt. Seit jedoch die Wohlstandssteigerungen durch die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums eine gewisse Sättigung erfahren, sind die materiellen Belohnungen nicht mehr so deutlich sichtbar.

III. Die Falle der Homogenität und Konformität

Sugahara Mariko beschreibt Japan als eine Nation, die von einer hohen ethnischen Homogenität sowie einem überaus einheitlichen Bildungsstand geprägt ist und in der es außerdem nur ein geringes Wohlstandsgefälle gibt. Diese starke Homogenität werde in vielen Situationen verstärkt, in der Menschen miteinander wetteifern und nach einheitlichen Maßstäben bewertet werden. Das beginne in der Schule, werde aber von den Unternehmen weiter gefördert, indem sie möglichst junge Arbeitnehmer einstellen und diese nicht nur in bezug auf die Arbeit trainieren und formen, sondern auch in außerberuflichen sozialen Situationen. Die Mehrzahl der Arbeitnehmer unterwerfe sich dieser Formung, weil die Zugehörigkeit zur Gruppe die Voraussetzung für den Erfolg im Unternehmen sei. Gleichzeitig neige die Gruppe dazu, Außenseiter

10 Vgl. ebd.

11 Vgl. Kato Tetsuro, *Nihonjin no kinbenshinwa ga dekiru made* (Bis der Arbeitsmythos entstand), in: *Ekonomisuto* vom 13. September 1994, S. 68–71. Kato bezieht sich dabei auf eine Studie des halbstaatlichen Forschungsinstituts NIRA von 1988 über eine historische Analyse des Lebensstandards. Er bezeichnet den heutigen Arbeitsrhythmus als widernatürlich. In der vorindustriellen Zeit der Agrarwirtschaft wurde der Arbeitsrhythmus von den Jahreszeiten bestimmt, und selbst in der Meiji-Zeit (1868–1912) seien die Arbeitszeiten in der Verwaltung je nach Jahreszeit unterschiedlich gewesen. In den heißen Sommermonaten wurde lediglich am Vormittag gearbeitet. Auch Berichte von europäischen Japanbesuchern jener Epoche betonen immer wieder, daß die Japaner dem Vergnügen und dem Sake durchaus zugeneigt seien und insgesamt eine eher laxen Arbeitshaltung an den Tag legten.

auszugrenzen. Diese Konformität der Japaner sei zweifellos nützlich, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen. In Zukunft jedoch rücke die Welt näher zusammen und es käme darauf an, auch mit Menschen aus anderen Kulturen zusammenzuarbeiten. Die japanische Gesellschaft grenze nicht nur Ausländer aus, sondern auch Japaner, die nicht den Normen entsprächen, und diskriminiere auch Frauen in vielen Bereichen. Sugahara meint, es sei wichtig für die japanische Gesellschaft, diese Neigung zur Ausgrenzung zu überwinden, denn nur durch den Austausch mit Personen oder Einflüssen von „außen“ könne sich ein Organismus weiterentwickeln.

Die hohe Konformität des japanischen Volkes ist ein Stereotyp, das im Ausland fast ebensoweit verbreitet ist wie das des fleißigen Arbeiters. Oder ist auch die Konformität nur ein verzerrtes Stereotyp? Viele Japaner betonen selbst häufig mit einem gewissen Stolz ihre Homogenität und sehen in ihr eine der Grundlagen für die Erfolge (und die Einzigartigkeit) der Nation. Auch die Statistiken bestätigen die Homogenität auf den ersten Blick: Über 90 Prozent der Bevölkerung zählen sich selbst zur Mittelschicht, 53,6 Prozent sogar zur „mittleren Mittelschicht“¹². Auf der anderen Seite gibt es verschiedene Zeichen für eine zunehmende Differenzierung in der Gesellschaft¹³. So entziehen sich immer mehr junge Leute dem üblichen Lebensziel, eine Familie zu gründen, und entscheiden sich statt dessen für mehr Freiheit und mehr Geld. Der Anteil der doppelt verdienenden kinderlosen Ehepaare (DINKS: *Double Income No Kids*) in der Altersklasse von 30 bis 34 Jahren wird bis zur Jahrtausendwende wohl bis auf 20 Prozent ansteigen; 1990 lag er noch bei 14 Prozent. Bei den unter 30jährigen sind es noch mehr, die die Entscheidung für Kinder zumindest aufschieben; hier wird der Anteil von DINKS von 30 Prozent bis zum Jahr 2000 auf rund 38 Prozent steigen¹⁴. Dadurch, daß die Arbeitszeit kürzer wird und die Lebenserwartung steigt, sinkt die relative Bedeutung, die das Arbeitsleben in der Lebensspanne des einzelnen hat. Mehr arbeits„lose“ Zeit bietet aber auch mehr Raum für individuelle Aktivitä-

ten und Entwicklungen. Manche Autoren haben schon seit den siebziger Jahren einen eindeutigen Trend zu mehr Individualismus in Japan festgestellt. Als Folge davon, daß mit dem Erreichen eines allgemeinen Wohlstandes die nationalen Ziele verschwunden seien, hätte der einzelne sein Interesse stärker auf seine direkte Umgebung gelenkt und besonders im Konsumverhalten sehr unterschiedliche Präferenzen und Bedürfnisse entwickelt¹⁵.

Daß mehr Freizeit mehr Raum für unterschiedliche Aktivitäten bietet, ist leicht nachvollziehbar, aber wie sieht es in der Arbeitswelt aus? Dort galt die Gruppe der *Salarymen* geradezu als Sinnbild dieser Homogenität. In den letzten Jahren traten aber immer mehr Frauen in die Arbeitswelt ein, darunter viele als Part-time-Angestellte. Wenn aber immer mehr Beschäftigte in „anderen“ Formen arbeiten, bedeutet das, daß die Norm des *Salaryman* langsam ihren Status als Regelform verliert. Der Beschäftigungssektor wird insgesamt uneinheitlicher: differenzierter. Wenn aber die bisherige „Norm“ Minderheitsform wird, dann kann sie irgendwann die vermeintlichen „Außenseiter“ nicht mehr ausgrenzen. Noch ist es aber nicht so weit. Untersuchungen in Firmen, die gleitende Arbeitszeiten eingeführt hatten (um die tägliche Rushhour in den Zügen zu entzerren), zeigten, daß die Arbeitnehmer von der Möglichkeit zur Flexibilität kaum Gebrauch machten. Einige Firmen hatten die Modelle darum bald wieder aufgegeben¹⁶.

IV. Mangel an Kreativität und Vitalität

Das dritte Symptom, das Sugahara Mariko benennt, ergibt sich aus dem zweiten, denn schöpferische Menschen sind oftmals nonkonformistisch: Wenn aber Anpassung honoriert wird, wird Anderssein skeptisch betrachtet. Solche „anderen“ Menschen würden im modernen Japan „erdrückt“. Die Autorin stellt denn auch fest, daß es zu wenig risikofreudige Menschen gebe. Einen Grund dafür sieht sie in der ökonomischen und emotionalen Abhängigkeit des einzelnen vom Unternehmen, einen anderen in der allgemeinen materiellen Sättigung. Den insbesondere unter jüngeren Menschen auszumachenden stärkeren Drang nach Individualität wertet Sugahara lediglich als oberflächliche Egozentrik.

12 Vgl. Gekkan seron chosa – Kokumin seikatsu (Meinungsumfrage zu: Leben der Bevölkerung), Management and Coordination Agency, Oktober 1992.

13 Eine Befragung durch eine Kommission der Wirtschaftsplanungsbehörde zeigte im November 1993 eine höhere Bereitschaft, „andere“ Lebensformen zu akzeptieren als 1986.

14 Vgl. Schätzungen des Institute of Population Problems, in: Nikkei Weekly vom 20. Juni 1994.

15 Vgl. Yamazaki Masakazu, Signs of a new individualism, in: Japan Echo, 11 (1984) 1, S. 8–18.

16 Vgl. Nikkei Weekly vom 28. März 1994.

12 Vgl. Gekkan seron chosa – Kokumin seikatsu (Meinungsumfrage zu: Leben der Bevölkerung), Management and Coordination Agency, Oktober 1992.

13 Eine Befragung durch eine Kommission der Wirtschaftsplanungsbehörde zeigte im November 1993 eine höhere Bereitschaft, „andere“ Lebensformen zu akzeptieren als 1986. So gab es gegenüber Elternteilen, die ihre Kinder nach einer Scheidung allein erziehen, kaum noch Vorbehalte. Diese Toleranz erstreckte sich allerdings nicht auf homosexuelle Paare, die zusammenleben. Nikkei Weekly vom 4. April 1994.

14 Vgl. Schätzungen des Institute of Population Problems, in: Nikkei Weekly vom 20. Juni 1994.

Die Aussage, daß in der *heutigen* Gesellschaft auffällige Menschen „erdrückt“ würden, ist insofern nicht ganz korrekt, als das japanische Sprichwort vom herausragenden Nagel, der eingeschlagen werden muß, – und die dahinterstehende Denkweise – nicht erst in diesem Jahrzehnt entstanden ist. Dieses Sprichwort geht mit der oben erwähnten Konformität – der Orientierung auf die Gruppe und dem Streben nach Harmonie in dieser Gruppe – einher. Die Interpretation, daß dadurch Vitalität verlorengeliegt, wird auch von anderen japanischen Autoren geteilt. Shimada Haruo beispielsweise wies bereits 1986 darauf hin, daß sich vor allem die unflexiblen großen Unternehmen ändern müßten. Mit der Strategie „Big is beautiful“ allein sei nichts mehr zu gewinnen¹⁷. Diese These scheint sich in der gegenwärtigen Rezessionsphase zu bestätigen, in der reine Massenproduktion immer mehr ins kostengünstigere Ausland verlegt wird. Das bedeutet für die Angestellten im Inland, daß sie sich nicht mehr unbedingt auf die Versorgung durch das Unternehmen verlassen und darauf ausruhen können. Die Not könnte also erfindetisch machen und Anlaß für kreative Vitalität sein, die neue Geschäftsbereiche eröffnet.

V. Massen ohne bürgerliche Moral?

Indikator für den Verlust von Moral sind für Sugahara Mariko die derzeitigen Korruptionsskandale in der Bauwirtschaft, die sie als Angestelltenkriminalität bezeichnet. Die Angestellten oder Manager der Unternehmen hätten keine Hemmungen, etwas Unmoralisches zu tun, solange es dem Wohl des Unternehmens diene. Der Zweck heiligt die Mittel, und die allgemeine Moral wird der internen Ethik der Organisation unterworfen. Einen Grund für diese Handlungsweise sieht die Autorin wiederum in der hohen Abhängigkeit der einzelnen von den Organisationen, die Kritik an diesen von vornherein ersticke. Diese unternehmensorientierte Ethik sei in der internationalen Gemeinschaft jedoch nicht akzeptabel. Japan brauche einen offeneren Wettbewerb mit klaren Richtlinien für unabhängige Individuen. Dieser Appell richtet sich besonders an die japanischen Unternehmen.

Sugahara geht sehr weit mit ihrer Kritik, denn wenn sie Japans „unternehmensorientierte Ethik“ als „unmoralisch“ bezeichnet, spricht sie Japan ab, eine Ethik zu haben, die in der internationalen

Gemeinschaft (des Westens?) anerkannt werden kann. Ist es tatsächlich so schlecht um die öffentliche Moral in Japan bestellt? In der Tat ist das Handeln des einzelnen häufig auf das Wohl der Gruppe ausgerichtet und kann dabei je nach Situation und Erfordernissen und von Gruppe zu Gruppe variieren. Ein „Fehler“ ist nur, was von der Gruppe als solcher empfunden wird, wobei sich „Gruppe“ im übrigen nicht nur auf das Unternehmen bezieht¹⁸.

Sugaharas Urteil scheint insofern auch von der japanischen Öffentlichkeit bestätigt, als die Mehrheit der Bevölkerung (60,8 Prozent) Ende 1993 der Meinung war, die öffentliche Moral werde nicht aufrechterhalten¹⁹. In den letzten fünf Jahren sind die kritischen Stimmen lauter geworden, insgesamt jedoch ist seit Mitte der siebziger Jahre in zunehmendem Maße eine uneinheitliche Einschätzung zu beobachten, d. h., die Zahl derjenigen, die meinten, die Moral werde eingehalten, gleicht sich immer mehr der jener an, die dem nicht zustimmten. Fragt man nach den Gründen für die Unzufriedenheit, so wird nicht etwa die Bestechlichkeit von Politikern angegeben, sondern alltägliche Verfehlungen wie die Verschmutzung der Natur und das Nichteinhalten der Verkehrsregeln werden genannt. Übrigens haben seit dem Beginn der Umfrage stets die Stimmen derjenigen überwogen, die die öffentliche Moral gefährdet sehen. Die Enttäuschung ist also kein neues Phänomen. Die weit unter der anderer Industrienationen liegende Kriminalitätsrate Japans zeigt jedoch, daß der Verfall der öffentlichen Moral so weit denn doch nicht geht.

Auch bei der öffentlichen Moral – im Sinne von Verantwortungsgefühl für die Gemeinschaft – ist keine Verschlechterung zu beobachten: In der Meinungsumfrage vom Dezember 1993 stellten 39 Prozent der Befragten das Wohl der Nation über das Wohl des einzelnen (23 Prozent). Der Anteil derjenigen, die etwas für die Gemeinschaft beitragen wollen, wächst seit Jahren beständig. Bis Mitte der achtziger Jahre spaltete diese Frage die Bevölkerung in zwei nahezu gleichgroße Teile; seit 1986 jedoch zeigen immer mehr Menschen die Bereitschaft, sich für die Gesellschaft einzusetzen. Sugaharas Forderung nach unabhängigen Individuen,

17 In Ergänzung zu Sugaharas Interpretation, der Zweck heilige die Mittel, meint Norbert R. Adami, daß zuweilen auch das Mittel über dem Erfolg stehe. Der Einsatz eines einzelnen für seine Gruppe werde beispielsweise honoriert, auch wenn er letztendlich gar nicht zum gewünschten Erfolg führt. Vgl. Norbert R. Adami, Zum Stellenwert der Arbeit in der japanischen Kultur: Hintergründe und soziales Umfeld, in: N. R. Adami/C. Kolatek (Anm. 5), S. 141 f.

19 Nur 26,8 Prozent waren der Meinung, sie wird aufrechterhalten; shakai ishiki 1994 (Anm. 2).

die für sich nach den Regeln einer verantwortungsbewußten „allgemeinen“ Ethik handeln, käme einer vollständigen Umkehr der bisherigen gruppen(wohl)orientierten Ethik der japanischen Gesellschaft gleich. Das Individuum als zentrales Handlungsorgan zu betrachten, das klingt sehr nach einer Anpassung an die westlichen Vorstellungen und wird sich kaum durchsetzen können.

VI. Frauen und Alte als Last?

Sugahara Mariko stellt fest, daß japanische Frauen in Politik und Gesellschaft eine untergeordnete Rolle spielen. In ihrer beruflichen Karriere werden sie – angeblich nicht fähig, sich in den männlich geprägten Kreis der Unternehmen einzufügen – diskriminiert und letztlich oft entmutigt. Dabei hat sich der Lebensverlauf der japanischen Frau geändert. Wenn die Kindererziehung beendet ist, ist sie jünger als die Frauen der Generation ihrer Großmutter, die mehr Kinder hatten, und es bleiben ihr noch viele Jahre und viel Energie, sich außerhalb der Familie zu betätigen. Dieses Potential nicht zu nutzen, ist Sugahara zufolge eine Verschwendung menschlicher Ressourcen. Das gleiche gilt für alte Menschen. Viele sind fähig und willens, über das übliche Rentenalter hinaus zu arbeiten (auch Lohnarbeit) und sich sinnvoll zu betätigen. Beide soziale Gruppen werden (nicht nur) in der japanischen Gesellschaft diskriminiert. Für eine emotional gesunde Gesellschaft ist es aber wichtig, daß sich alle Gruppen Selbstachtung und Unabhängigkeit erarbeiten können.

Frauen sind in der politischen Öffentlichkeit Japans unterrepräsentiert. So muß beispielsweise immer wieder die Sozialistin Doi Takako als Gallionsfigur herhalten, und im derzeitigen Kabinett von Murayama Tomiichi sitzt mit Tanaka Makiko nur eine einzige Frau²⁰. Dabei sind die japanischen Frauen im Erwerbsleben – mehr als die Hälfte der japanischen Frauen ist berufstätig – mit rund 40 Prozent der japanischen Erwerbstätigen alles andere als unterrepräsentiert. Allerdings sind ihre Tätigkeiten meistens wenig qualifiziert oder verantwortungsvoll; Beispiele für erfolgreiche Unternehmerinnen oder Frauen in den Chefetagen großer Unternehmen sind immer noch selten. Obgleich die meisten Frauen eine ebenso gute Schul-

bildung besitzen wie ihre männlichen Kollegen, verläuft der klassische Berufsweg von (akademisch gebildeten) Japanerinnen immer noch in zwei Phasen: Nach dem Hochschulabschluß arbeiten sie für einige Jahre, wobei die Absicht, nach der Heirat oder der Geburt des ersten Kindes aufzuhören, weder den Ehrgeiz der Frauen beflügelt noch die Motivation der Firmen, in die Ausbildung dieser Frauen zu investieren. Die Heirat findet heute zwar später statt als noch vor 20 Jahren, auch ist die Zahl der Kinder gesunken, aber insgesamt ist es bei der „Familienpause“ geblieben. Der zweite Teil der weiblichen Berufstätigkeit beginnt, wenn die Kinder aus dem Größten heraus sind. Jetzt sind es in erster Linie die fehlenden Erfahrungen und Fachkenntnisse, die die nunmehr 40- bis 45jährigen Frauen zwingen, eine unqualifizierte Tätigkeit anzunehmen. Häufig handelt es sich zudem um eine Teilzeitbeschäftigung, die es ihnen ermöglicht, weiter ihre Aufgaben in der Familie zu erfüllen. Dahinter steckt immer noch die klassische Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern: Die Frau kümmert sich um den Haushalt und die Erziehung der Kinder, und der Mann verdient (*atarimae*) das Brot für die Familie. Diese Verteilung wird in Japan nicht nur von den Männern befürwortet: Die große Mehrheit von Männern und Frauen ist der Meinung, daß der Mann mehr Geld verdienen sollte als die Frau²¹.

Der hohe Anteil der Frauen im Erwerbsbereich zeigt deutlich, daß die japanische Wirtschaft auf die Frauen angewiesen ist. Trotzdem werden sie oft nur als „Puffer“ benutzt. Wenn Frauen dennoch versuchen, eine Karriere aufzubauen, müssen sie sich nicht nur gegen ihre männlichen Arbeitskollegen durchsetzen, sondern auch noch die Versorgung ihrer Kinder organisieren. Angesichts der ungenügenden Zahl von Kindertagesstättenplätzen und der mangelhaften Unterstützung, die japanische Frauen bei der Kinderversorgung von ihren Ehemännern erwarten können, ist es nicht verwunderlich, daß die Mehrheit „nur“ einen Teilzeitjob sucht.

In ihrem Buch über die japanische Frau kommt Iwao Sumiko allerdings zu einem anderen Schluß; sie glaubt, daß die vielfältigen und flexiblen Arbeitsformen langfristig die Beschäftigungsverhältnisse insgesamt beeinflussen und die Unternehmen immer stärker auf die Frauen angewiesen

20 Doi Takako war Parteichefin der Sozialisten und ist heute Sprecherin des Unterhauses. Tanaka Makiko, die Tochter des ehemaligen Ministerpräsidenten Tanaka Kakuei, ist Generaldirektorin (= quasi Ministerin) der Science and Technology Agency.

21 Die Frauen bejahten diese Aussage sogar noch entschiedener als die Männer (78,2 bzw. 63 Prozent). Vgl. Gekkan seron chosa – dansei no raifusutairu (Meinungsumfrage zur Lebensweise von Männern), Management and Coordination Agency, Mai 1994. In der gleichen Umfrage gaben außerdem 70 Prozent der Frauen an, Job und gesichertes Einkommen seien wichtige Voraussetzungen für die Auswahl eines Ehemannes.

sein werden. Schließlich würden auch die Männer dazu animiert, kürzer zu arbeiten und sich mehr zum Familienleben hin zu orientieren²².

Bei der Frage nach Werten und Wandel in der Gesellschaft kommt auch Japans Senioren eine große Bedeutung zu, die sogar noch zunehmen wird. Japan hat eine alternde Bevölkerung: 1993 lag der Anteil der über 65jährigen noch bei 13,5 Prozent, bis zum Jahr 2025 wird er voraussichtlich auf 25,8 Prozent klettern. Die japanische Bevölkerung hat schon heute die höchste Lebenserwartung der Welt. Das bedeutet, daß es einerseits in Zukunft immer mehr alte Japaner geben wird, die sowohl körperlich als auch geistig in der Lage sind zu arbeiten und dies auch möchten, andererseits aber auch mehr Rentner, die von der Allgemeinheit unterstützt, sowie eine wachsende Zahl von alten Menschen, die krank und pflegebedürftig sind und versorgt werden müssen. Die Mehrheit der alten Menschen werden Frauen sein, deren Lebenserwartung höher als die der Männer ist; außerdem sind es zum größten Teil die Frauen – Ehefrauen, Töchter oder Schwiegertöchter –, die die Betreuung der pflegebedürftigen alten Eltern übernehmen. Das Problem der überalterten Gesellschaft – der *koreika shakai* – wird in Japan in den letzten Jahren immer intensiver diskutiert, meistens im Hinblick auf die Sicherung der Renten und die Frage der Pflege. Die Regierung möchte die alten Menschen (aus finanziellen Überlegungen) länger arbeiten lassen und beschloß eine Anhebung des Rentenbezugsalters. Außerdem subventioniert sie die Weiterbeschäftigung von älteren Menschen. Allerdings ist es schwierig, genügend passende Stellen für die alten Menschen zu finden, zumal in Zeiten, in denen die Betriebe Personal abbauen. Die Bereitschaft der alten Menschen zu arbeiten, ist hoch, ebenso die der Frauen. Insofern gibt es sicher einen großen Fonds an Erfahrungen, Bildung und Energie, der zum Nutzen der Gesellschaft eingesetzt werden könnte, wie Sugahara Mariko meint.

22 Vgl. Iwao Sumiko, *The Japanese Woman*, New York-Don Mills 1991, S. 175ff. Als das Buch verfaßt wurde, waren die Chancen der Frauen noch besser als heute, weil allgemein ein Mangel an Arbeitskräften herrschte. In den vergangenen zwei bis drei Jahren der rezessionsbedingten Umstrukturierung fielen seither vor allem Frauen aus dem Erwerbsbereich heraus.

VII. Fazit

Die Sorge um den Verfall der gesellschaftlichen Werte ist nicht neu. Auch die Phänomene, die Sugahara Mariko als Beleg für den Verfall anführt, sind es nicht. Fast alle Argumente waren schon vor zehn Jahren in der Presse zu finden; und die japanischen Statistiken, auf die sich auch Sugahara immer wieder beruft, belegen nicht, daß sich die Mißstände – oder die Symptome dafür – seither gravierend verschärft haben. Daher scheint die pessimistische Schlußfolgerung der Autorin übertrieben. Die Wünsche nach Arbeitszeitverkürzungen sind (noch?) zurückhaltend; es ist nicht anzunehmen, daß die Mehrheit der Arbeitnehmer Japans in den nächsten fünf Jahren eine 35-Stunden-Woche oder 30 Tage Urlaub fordern wird. Die Korruptionsskandale in der Bauwirtschaft und der Politik haben die allgemeine Moral der Bevölkerung kaum beeinflußt. Das System der Kontrolle durch die Gruppe scheint noch zu funktionieren. Allerdings sind durchaus gesellschaftliche Veränderungen festzustellen, wobei der Wandel der Wertvorstellungen den quantitativen Veränderungen erheblich hinterherhinkt. So arbeiten zwar immer mehr Frauen in Angestelltenverhältnissen, statt in den Familienbetrieben zu „helfen“, aber das Image von Frauenarbeit als „Nebentätigkeit“ hat sich kaum verändert. Der wirtschaftliche Aufschwung wird sich hier möglicherweise als Katalysator erweisen, würde er doch die Arbeitnehmer (vor allem die junge Generation) in eine Position versetzen, in der sie es wagen können, mehr Rechte und Freiheiten zu fordern. Vor allem aber werden die demographischen Veränderungen in Japan – mehr alte Menschen und immer weniger Kinder – einen Wandel der Wertvorstellungen nach sich ziehen, denn durch sie wird sich die Struktur der Familien verändern und damit die Aufgaben und Funktionen der einzelnen Familienmitglieder. Doch auch wenn es – vor allem in der jüngeren Generation Japans – einige Anzeichen für ein Aufbrechen des traditionellen Konformismus und für die Ausbreitung von Pluralismus gibt, ist Japan insgesamt doch weit davon entfernt, eine Gesellschaft nach westlichem Muster zu werden, in der das Individuum und nicht die Gruppe im Mittelpunkt steht.

Japans Rolle in Ostasien: Großmacht wider Willen?

I. Asien – neue Bedeutung für die japanische Wirtschaft

Die weltwirtschaftliche Rezessionsphase der letzten Jahre hat auch die asiatischen Länder getroffen, wengleich weit weniger stark als die Staaten Europas oder die USA. Fühlbar war allerdings die Schwäche auf diesen wichtigen Absatzmärkten für alle Länder Asiens, sieht man einmal von der überhitzten Konjunktur in China ab, die durch Investitionsschübe ausländischer Unternehmen vor allem aus der asiatisch-pazifischen Region angeheizt wurde. Auch in Japan machte sich angesichts starker Umsatz- und Gewinneinbrüche selbst erstklassiger Unternehmen Krisenstimmung breit. Dies sollte jedoch nicht überbewertet werden, denn in Japan spricht man schon von einer „Krise“, wenn die realen Wachstumsraten unter drei Prozent sinken. Die wirtschaftliche Schwäche der wichtigsten westlichen Industrieländer bewog japanische Unternehmen, nach neuen Märkten Ausschau zu halten: Die dynamische westpazifische Subregion der ASEAN-Staaten (Association of South-East Asian Nations), die NIEs (Newly Industrializing Economies) und China, aber auch Vietnam, Australien und Neuseeland mit der südpazifischen Region boten sich an.

Jahrelang hatten japanische Unternehmen mit ihren Kapitalüberschüssen nur nach Investitionsmöglichkeiten in Europa und den USA gesucht. Die asiatischen Länder wurden eher als Vasallenstaaten gesehen; hier nutzte man billige Arbeitskräfte und im Export nach Europa die Quoten dieser Länder durch Fertigung in der ASEAN u. a. aus. Seit Beginn der neunziger Jahre aber hat sich im Verhältnis zwischen Japan und seinen asiatischen Nachbarstaaten ein ebenso subtiler wie nachhaltiger Wandel vollzogen: Japans Wirtschaft setzt immer stärker auf die asiatischen Märkte als vielversprechende Absatzregion; die Verlagerung arbeitskräfteintensiver Produktion in Billiglohnländer verliert für die Großunternehmen Japans allmählich an Bedeutung. Daraus folgt aber keinesfalls ein Absinken der japanischen Direktinvestitionen z. B. in der ASEAN, vielmehr kann man von einer „zweiten Welle“ sprechen: Den Großunternehmen folgen jetzt die japanischen Klein- und Mittelbetriebe, die ebenfalls die hohen Lohnkosten in Japan nicht mehr verkraften können.

Die neue Bedeutung Asiens für die japanische Wirtschaft läßt sich an vier Tatsachen ablesen:

– Im Jahre 1991 überholte die Region Asien den Markt USA als größtes Absatzgebiet für japanische Exporte. Darin sind zwar auch die Zulieferungen aus Japan für japanische „Transplants“ in Asien, also ausgelagerte Produktionen, eingeschlossen, aber zunehmend entdecken Japans Unternehmen die asiatischen Märkte auch für Konsumgüter und den Maschinenexport.

– Der japanische Handelsbilanzüberschuß mit allen asiatischen Handelspartnern insgesamt überstieg 1993 erstmals den politisch so brisanten Überschuß mit den USA. Für 1994 wird damit gerechnet, daß die Gesamtinvestitionen japanischer Unternehmen in Asien die Investitionen in den USA übertreffen werden¹.

– Auch die Kapitalströme aus Japan werden umgelenkt: Während die kapitalstarken japanischen Unternehmen in den achtziger Jahren in großem Stil vorwiegend Wertpapier-Investitionen in den USA und Europa tätigten, hat sich der Trend im Kapitalverkehr erkennbar verändert: Zum erstenmal flossen mehr japanische Bankkredite in das kapitalhungrige Asien als nach Europa.

– Die öffentliche Entwicklungshilfe Japans (ODA) mit einem Jahresvolumen von 4,1 Mrd. US-Dollar geht zu mehr als 60 Prozent in asiatische Länder, vor allem nach China und Indonesien.

Mit den Ländern Südostasiens und darunter mit den NIEs (Südkorea, Singapur, Hongkong, Taiwan) verzeichnete Japan 1993 einen Anstieg der Handelsbilanzüberschüsse (Bilanz der laufenden Posten) von 43,60 Milliarden US-Dollar 1992 auf 56,90 Milliarden US-Dollar 1993; davon lagen die Überschüsse mit Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur bei 51,05 Milliarden US-Dollar gegenüber 41,64 Milliarden US-Dollar 1992. Im Vergleich erreichten die japanischen Handelsbilanzüberschüsse allein mit den USA 1992

1 Vgl. The Regional Challenge – Asia has become Japan's biggest market, in: Far Eastern Economic Review, June 9, 1994, S. 40–42. Allerdings muß auch auf den „Nachholbedarf“ Asiens bei japanischen Direktinvestitionen hingewiesen werden: Zwischen 1951 und 1992 erreichten die kumulativen Investitionen japanischer Unternehmen in den USA 169,58 Mrd. US-Dollar, in Asien dagegen nur 59,88 Mrd. US-Dollar, immer noch weniger als in Europa mit 79,697 Mrd. US-Dollar. Vgl. Keizai Koho Center (ed.), Japan 1994. An International Comparison, Tokyo 1994, S. 54.

44,46 Milliarden US-Dollar und 1993 50,82 Milliarden US-Dollar. Als Grund für den Anstieg der Überschüsse mit „Südostasien“ (vom japanischen Finanzministerium weit gefaßt: Afghanistan bis Südkorea, eingeschlossen alle ASEAN-Staaten) wurde die verstärkte Verwendung japanischer Bauteile in südostasiatischer Produktion genannt. Der Anteil solcher Zulieferungen ist zwar unverändert hoch und treibt die japanischen Exportzahlen nach oben; die Produkte aus der Fertigung japanischer „Transplants“ in Südostasien gehen noch zu einem großen Teil als südostasiatische Ausfuhren in Drittmärkte. Aber immer stärker gewinnen die asiatischen Fertigungsstandorte japanischer Unternehmen auch als eigenständige Absatzmärkte an Bedeutung.

Japanische Direktinvestitionen in Asien insgesamt verdreifachten sich zwischen 1986 und 1993 von 2,3 Milliarden US-Dollar auf 7,3 Milliarden US-Dollar, etwa ein Fünftel aller japanischen Auslandsinvestitionen. Nach Schätzungen des Wirtschaftsministeriums MITI werden die japanischen Direktinvestitionen in Asien 1994 auf 37,5 Prozent aller Auslandsinvestitionen Japans steigen; setzte sich diese Zuwachsrates fort, könnte Asien die USA bis Ende der neunziger Jahre als wichtigste Zielregion von Investitionen überholt haben. Japanische Direktinvestitionen in Asien kamen in vier „Wellen“: Zuerst wurden Investitionen zur Erschließung von Rohstoffen (Energieträger, industrielle Rohstoffe) getätigt, Träger waren vor allem die riesigen japanischen Generalhandelshäuser, die noch heute den größten Teil des japanischen Außenhandels abwickeln. In einer zweiten (1978 bis 1984) und dritten Welle (1985–1989) verlagerten japanische Unternehmen der verarbeitenden Industrie (Textilien, Elektronik) arbeitskräfteintensive Fertigungen in asiatische Nachbarländer: erst die Großunternehmen, dann auch die Klein- und Mittelbetriebe (s. u.). Zielländer waren in diesen Phasen vor allem die NIEs, später die ASEAN-Staaten. Die gegenwärtige vierte Welle japanischer Investitionen in asiatischen Ländern, die 1991 einsetzte, zielt auf diese Länder als Absatzmärkte und darunter vor allem auf Chinas gigantischen Verbrauchermarkt. Inzwischen sind an diesen Investitionen auch nebeneinander Unternehmen aller Größenordnungen beteiligt.

Die parallel zu den Investitionen steigenden Handelsbilanzüberschüsse mit asiatischen Partnern werden von japanischen Beobachtern nicht als politisch brisant angesehen, weil diese Tendenz durch die wachsenden Handelsvolumina überdeckt werde. Eine politische Brisanz vergleichbar der, wie sie sich aus dem unausgewogenen Handel mit den USA ergibt, wird für Asien nicht erwartet. Ein Yen-Block ist eher unwahrscheinlich, aber das

japanische Engagement macht die Region in zunehmendem Maße kohärent, harmonisiert wirtschaftspolitische Zielvorstellungen und gibt damit den asiatischen Ländern insgesamt gegenüber Europa und den USA größeres Gewicht². Hinzu kommt in Japan ein tiefgreifender Umdenkungsprozeß in der traditionellen Wirtschaftspolitik: Seit der Meiji-Zeit (1868–1912) galt der eiserne Grundsatz, daß alle Produkte, von Reis bis zu hochwertigen Kapitalgütern, in Japan selbst gefertigt werden müßten (deshalb auch die jahrzehntelange Marktabschottung). Jetzt rechnen Japans Planer damit, daß diese sogenannte „full-set economy“ aufgebrochen und in Zukunft ein wachsender Anteil von japanischen Erzeugnissen der verarbeitenden Industrie in ausländischen Produktionsanlagen japanischer Unternehmen hergestellt werden wird. Industrielle Fertigwaren machten 1993 mehr als fünfzig Prozent der japanischen Importe aus Asien aus³.

1. Japans Klein- und Mittelunternehmen in Asien: Beispielhafte Prozesse

In den frühen achtziger Jahren flossen japanische ausländische Direktinvestitionen (FDI) insgesamt zu über 50 Prozent in die USA und nach Europa. Mit Ausnahme dieses Zeitraums nahmen die kumulierten japanischen FDI in Asien (die NIEs ohne Singapur; ASEAN und China) stets einen Spitzenplatz ein und zogen seit 1985 jährlich über 60 Prozent der neuen japanischen FDI auf sich. Bis 1988 rangierten die NIEs auf den ersten Plätzen japanischer FDI in Asien mit 50 Prozent der japanischen ausländischen Gesamtinvestitionen, danach sank ihr Anteil auf rund 20 Prozent, während sich der ASEAN-Anteil deutlich erhöhte. Von 1989 bis 1991 stieg besonders der jährliche Anteil von FDI japanischer Unternehmen in der ASEAN auf über 30 Prozent. Führend daran beteiligt waren die japanischen Klein- und Mittelunternehmen (KMU: bis 300 Mitarbeiter). Mehr als die Hälfte aller FDI japanischer KMU ging in diesem Zeitraum pro Jahr dorthin.

Im Jahre 1991 stagnierten tendenziell die FDI japanischer Unternehmen insgesamt, aber die FDI in China verzeichneten einen Anstieg auf anteilig 20 Prozent aller japanischen FDI. 1992 sanken die japanischen FDI anteilig in den NIEs auf 8,2 Prozent, in der ASEAN auf 22,7 Prozent, in China dagegen stiegen sie auf anteilig 52,2 Prozent. Im weltweiten Vergleich japanischer FDI nach Industriesektoren führten 1992 Unternehmen des Maschinenbaus; in China jedoch übertrafen Inve-

2 Vgl. Financial Times vom 15. Juli 1994; The Straits Times (Singapur) vom 5. Juli 1994.

3 Vgl. The Regional Challenge (Anm. 1), S. 42.

stitutionen der Bereiche Textilien und „sonstige“ Fertigwaren den Maschinenbau. Besonders Japans „mittelständische“ Textilunternehmen zeigten ein starkes Interesse an China: Mehr als 80 Prozent ihrer FDI gingen 1992 nach China (vgl. Tabelle).

Kumulierte Gesamtinvestitionen (Fälle) nach Industriesektoren, 1985–1992 (ASEAN: 1989–1992); in Prozent

	Maschinenbau	sonstige Fertigwaren	Textilien
NIEs	39,7	26,3	–
ASEAN	32,9	19,6	20,4
China	13,7	19,1	43,0

Quelle: Takeuchi, Junko, Foreign Direct Investment in ASEAN by Small- and Medium-sized Japanese Companies and Its Effects on Local Supporting Industries, in: RIM, Pacific Business and Industries, IV (1993) 22, S. 36–57.

Seit 1985 wanderten die japanischen KMU aus den NIEs ab und konzentrierten ihre FDI auf die ASEAN-Staaten (ohne Singapur); neben diesem ersten Merkmal war ein zweiter Trend zu erkennen: Eine deutliche Erhöhung des Maschinenbauanteils an den gesamten FDI der KMU. Der Grund dafür lag in dem schnellen Ausbau der Montagewerke japanischer Großunternehmen; diese suchten jetzt in der ASEAN die gleichen Zuliefersysteme aufzubauen, wie sie das duale System (Großunternehmen/KMU-Zulieferer) in Japan kennzeichneten. Die einheimischen Zulieferer konnten bis Ende der achtziger Jahre nicht die verlangte Qualität liefern, deshalb wurden die japanischen Zulieferer von ihren Abnahmeunternehmen zum „Nachfolgen“ mit eigenen FDI aufgefordert. Neben diesem Grund für FDI-Entscheidungen japanischer KMU trat der durchaus eigenständige Wunsch, eigene Marktpräsenz mit Produkten zu erreichen, die für die Region attraktiv waren.

Wichtigster Grund für die Zuwanderung japanischer KMU in die ASEAN aber war das Ziel der Großunternehmen Japans in der Region, ein tragfähiges, qualitativ hochwertiges System von „örtlichen Hilfs- bzw. Zulieferindustrien“ (*supportive industries*) aufzubauen. Mit einem „japanischen Kern“ mußte in der Folge zwangsläufig auch ein rein lokales Netzwerk einheimischer Zulieferer entstehen, und damit deckte sich die FDI-Strategie der japanischen „Großen“ wie der KMU weitgehend mit den Entwicklungsstrategien der meisten ASEAN-Regierungen. Dabei berücksichtigen die Regierungen durchaus die Sorge einheimischer KMU, an die vordringenden japanischen KMU Marktanteile zu verlieren; deshalb sind die FDI

ausländischer (i.e. fast ausschließlich japanischer) KMU an Auflagen gebunden, die einen Technologie- und Know-how-Transfer gewährleisten sollen, um so einen *ripple effect* zu erzielen.

2. Konflikt der Wertesysteme? Japans flexibler Pragmatismus

Im Gegensatz zu den USA oder europäischen Ländern sind Japans Politiker und Großunternehmen nicht daran interessiert, auf die soziale Situation bei ihren Partnern Einfluß zu nehmen. Eine Verknüpfung von handelspolitischen Vorteilen (z.B. Meistbegünstigung) mit sozialen Forderungen, wie es die USA gegenüber China versucht hatten, lehnt man in Japan ab⁴. Die japanische Regierung legt bei den Vergaberichtlinien für öffentliche Wirtschaftshilfe formelle Kriterien wie Schutz der Menschenrechte, Demokratie und Reduzierung der Rüstungsausgaben zugrunde, aber diese selbstgewählten Maßstäbe werden nicht konsequent eingehalten, wie das Beispiel China nach dem Tiananmen-Ereignis zeigt.

Japans Medien üben vordergründig Zurückhaltung in den schwelenden Auseinandersetzungen zwischen den USA und Staaten wie China oder Indonesien, in denen es um Menschenrechtsverletzungen contra Handelsvorteile geht, aber westliche Staaten werden gern an ihre „schwarzen Taten“ aus kolonialer Vergangenheit erinnert, die ihr moralisches Recht zu Kritik an Menschenrechtsverletzungen zweifelhaft erscheinen ließen (die eigene Kolonialvergangenheit wird seltener damit in Zusammenhang gebracht)⁵.

3. Widerstand gegen regionale Blockbildungen

Japans große Sorge ist die Verfestigung von regionalen Handelsblöcken; die Regierung in Tokyo sieht solche Blöcke in Nordamerika (NAFTA: North American Free Trading Area) und in Europa (EU) und will verhindern, daß im asiatisch-pazifischen Raum ähnliche Exklusivgruppierungen entstehen. So betrachtet Japan die APEC (Asia Pacific Economic Cooperation) auch als Kommunikationsorganisation und nicht als entstehenden Handelsblock. Das amerikanische Ange-

4 Der jetzige MITI-Minister Hashimoto: „In einem globalen Trend zu freierem Handel dürfen wir nicht jene Maßnahmen übersehen (i.e. der USA), welche Asiens eigene komparative Vorteile (sic!) bedrohen“ – also doch soziales Dumping? Der japanische Wirtschaftsminister unterstrich, daß Japan sich allen internationalen Regelungen widersetzen werde, die den Vorteil niedriger Lohnkosten in Asien aufheben müßten. Vgl. The Japan Times vom 23. September 1994.

5 Vgl. Hirohito Ono, Human rights criticism often rings false. Rights policy rebound, in: Asahi Evening News vom 18. Mai 1994. Mit Blick auf Clintons fehlgeschlagene Drohgebärde gegenüber China vgl. The right strategic move on China, in: The Japan Times vom 28. Mai 1994.

bot, ausgewählte asiatische Länder in die NAFTA aufzunehmen, wurde in Tokyo scharf abgelehnt⁶.

Noch vorsichtiger als bei der Institutionalisierung einer Gruppierung wie der APEC ist die japanische Regierung bei dem malaysischen Konzept EAEC (East Asia Economic Caucus), einer asiatischen Exklusivgruppe, der nach den Vorstellungen des malaysischen Regierungschefs Mahathir die USA, Australien und Neuseeland nicht angehören sollten. Institutionalisierte Mechanismen multinationaler Entscheidungssysteme wie in der EU sehen sowohl die USA als auch Japan als eine innere Gefahr für die APEC. Vielleicht deswegen suchen japanische Unternehmen und Verbände der APEC noch andere Strukturen beizuordnen, die von privaten Initiativen getragen werden, so z.B. das „APB-Net“ (Asia Pacific Business Network). Diesem Gesprächskreis gehören Wirtschaftsorganisationen, Vertreter von Unternehmen und regionalen Staatengruppen aus den 16 APEC-Staaten an, die über einen intensiven Dialog den Zusammenhalt der überaus heterogenen Gruppierung festigen wollen. Eine weitere Initiative ist die „Eminent Persons Group“ (EPG), die der APEC als eine Art „think tank“ dient. Diese Gruppe hat im September dem APEC-Ministerrat eine Denkschrift vorgelegt, nach der bis zum Jahr 2020 in Asien die „freieste und offenste Handelsregion der Welt“ entstehen soll⁷.

Die APEC soll nach japanischen Vorstellungen folgende Aufgaben erfüllen:

– Förderung weiterer handelspolitischer Liberalisierung im Rahmen des GATT/WTO; dabei soll es jedoch keinen festen Zeitplan geben.

6 Die USA hatten die Öffnung der NAFTA angeboten, nachdem der singapurische Ministerpräsident Goh Chok Tong diese Forderung erhoben hatte. Wie auch in Tokyo fürchtet man in Singapur die *Exklusivität* von Blöcken wie NAFTA oder EU. Noch ist die NAFTA keine Exklusivorganisation wie – aus asiatischer Sicht – die EU, aber solche Tendenzen sind zu befürchten. Die Forderung im pazifischen Asien gegenüber den USA (und Kanada) ist ebenso eindeutig wie offensiv: Keine regionale Eingrenzung der NAFTA, also keine „nordamerikanische“ Exklusivregion, sondern Öffnung der Gruppe für asiatische und osteuropäische (!) Staaten. Vgl. Noording Sopiee, *An Asian Way for APEC*, in: *The Japan Times* vom 9. September 1994. Der Autor ist Chef des „Institute for Strategic and International Studies“ in Kuala Lumpur und Mitglied der EPG.

7 Diese „2020 Vision“ wird in Japan mit größter Zurückhaltung aufgenommen, denn sie enthält einen Zeitrahmen, auf solche zeitlichen Projektionen will sich aber weder die japanische Regierung noch die japanische Wirtschaft festlegen. Darüber hinaus hat der EPG-Entwurf eine starke „asiatische“ Tendenz, indem ein „asiatischer Weg“ zur Gemeinsamkeit im Gegensatz zum westlichen „Cartesianischen Weg“ propagiert wird. Japan sieht darin wiederum tendenziell eine gewollte Ausgrenzung der USA, Australiens und Neuseelands. Vgl. Katsuhiko Fujiwara, *Business charts course for Asia-Pacific network*, in: *The Japan Times* vom 5. September 1994. Fujiwara ist Direktor der Asienabteilung des Wirtschaftsverbandes Keidanren.

– Verhinderung, daß Fragen des Umweltschutzes, der Arbeitsbedingungen, Schutz der Menschenrechte „und andere nicht-handelsbezogene Themen“ mit dem freien Handel zwischen den APEC-Mitgliedern verknüpft werden.

– Förderung besonders von Klein- und Mittelunternehmen⁸.

Weniger Sorgen bereitet der japanischen Wirtschaft und Regierung das Konzept einer AFTA (ASEAN Free Trading Area), das 1992 vorgeschlagen worden ist. Ziel der AFTA sollte der Abbau von Zöllen und Grenzabgaben innerhalb der ASEAN in den folgenden 15 Jahren auf unter fünf Prozent sein; die Senkung sollte durch den sogenannten „Cept“ (Common Effective Preferential Tariff) erreicht werden. Die japanische Gelassenheit gegenüber der AFTA ist aus zwei Gründen erklärlich: Zum einen sind japanische Unternehmen als „Transplants“ längst zu ASEAN-Unternehmen geworden und würden von Cept-Regelungen profitieren, zum anderen blockieren weniger weit entwickelte ASEAN-Staaten wie Indonesien und die Philippinen eine schnelle Entwicklung der AFTA. Auf einer AFTA-Konferenz im Mai 1994 wurde eine eher ernüchternde Zwischenbilanz gezogen⁹.

Japan weiß sich bei seinen Bemühungen, Blockbildungen zu verhindern, in bester asiatischer Gesellschaft: Während führende Politiker aus allen asiatisch-pazifischen Staaten – also auch Australien und Neuseeland – besonders die EU eindringlich vor handelspolitischen Abwehrreaktionen warnen, üben sie zugleich Selbstkritik und sprechen sich gegen regionale Exklusivität aus. Die heftigen anfänglichen Reaktionen auf amerikanische Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in asiatischen Ländern haben nachdenklicheren Reaktionen und abgewogenen Gegenargumenten Platz gemacht; wirtschaftliche Offenheit regionaler Gruppierungen und die Bereitschaft zum kritischen Dialog mit diesen Gruppierungen werden jetzt in den Vordergrund gerückt.

Nicht zuletzt dank japanischer Bemühungen konnten führende Politiker asiatischer Staaten im Mai 1994 auf einer Konferenz in Singapur (ohne Japan!) in weitgehender Übereinstimmung Selbstkritik an den hohen sozialen Opfern wirtschaftlicher Modernisierung (Malaysia) oder an den Abschottungstendenzen asiatischer Handelsgruppierungen (China) üben. Natürlich wurde auch die „überhebliche Kritik des Westens“ an vielen Staa-

8 Vgl. N. Sopiee (Anm. 6).

9 Vgl. *Changing Paces. Apec foot-draggers push Asean free trade area*, in: *Far Eastern Economic Review* vom 12. Mai 1994, S. 21.

ten Asiens angeprangert, und der Westen wurde auch davor gewarnt, Staaten wie China zu isolieren, indem die NAFTA nur nach Süden (i. e. Südamerika) blickt und die EU nur nach innen. Dieses hätte zwei Konsequenzen, die natürlich vor allem für Japan unkalkulierbar wären: China könnte wieder das introvertierte Land der Vergangenheit werden; ebenso wie bei anderen, wirtschaftlich schwächere Staaten Asiens würde das zu wachsender Aggressivität, stärkerer Rüstung und deshalb Instabilität im asiatisch-pazifischen Raum führen. Das Wirtschaftswachstum in Asien würde dann zwar gebremst, aber nicht aufgehalten werden, weil die Wachstumsbedingungen in der Region (Rohstoffreichtum, niedrige Löhne, hohe Bildung, Kapital, weitreichende wirtschaftliche Verflechtung) allein schon Wachstum generieren würden. Die Folge aber wäre für den Westen fatal: Eine asiatische Blockbildung, die man verhindern wollte, müßte dann zwangsläufig eintreten¹⁰.

4. Japans Rückkehr nach Asien? Regierungschef Murayama setzt Signale in Südostasien

1994 hat Japan mit Tomiichi Murayama zum erstenmal seit 1948 einen sozialistische Regierungschef, aber die außen- und innenpolitischen Grundsätze dieser Regierung werden vom größeren Koalitionspartner der Sozialisten – der früheren Regierungspartei LDP (Liberal-Demokratische Partei) – bestimmt. Das gilt auch für die japanische Asienpolitik, zumal die Sozialisten unter Murayama alte Grundsätze über Bord geworfen haben: Heute werden die „Selbstverteidigungsstreitkräfte“ (japanisch „Jieitai“, englisch SDF) anerkannt, der Sicherheitsvertrag mit den USA ebenfalls, die Sozialisten streben keine Neutralität für Japan mehr an, und auch die Kernenergie wird jetzt als unverzichtbar gewertet. So konnte Murayama mit seiner Diplomatie fugenlos bei der LDP-Außenpolitik ansetzen, schließlich ist sein Außenminister Yohei Kono Parteichef der LDP¹¹.

Nach Reisen zum G-7-Gipfel in Italien und einem kurzen Besuch in Südkorea unternahm der sozialistische Regierungschef Japans seine nächste längere Auslandsreise nach Südostasien. Diese Reise sollte sowohl wirtschaftlich als auch politisch Zeichen setzen: In Südostasien müsse sich die japanische Wirtschaft weitere neue Aktionsfelder suchen

(Vietnam), war das eine Signal; das andere war die Botschaft in Richtung Südostasien, daß Japan sich verstärkt international engagieren wolle. Skepsis war angebracht: Ein sozialistischer Regierungschef ohne außenpolitische Erfahrung mußte zwangsläufig in den besuchten Ländern auf Zurückhaltung stoßen. Das Außenministerium hatte deshalb für diese Reise auch eine sorgfältige Auswahl der Zielländer vorgenommen: die Philippinen, Vietnam, Malaysia und Singapur. Für die beiden ersten Länder sollte die Reise wohl sichtbares Zeichen des verstärkten japanischen Engagements dort sein, die Besuche in den beiden anderen Ländern konnten als Bekräftigung alter Freundschaften gelten. In jedem Fall waren es „sichere“ Gastländer, in denen ein japanischer Regierungschef mit freundlicher Aufnahme rechnen durfte.

Dennoch mußte sich Murayama auf zwei heikle Fragen vorbereiten, die zumindest aus japanischer Sicht ungelöste Probleme darstellten: die Aufarbeitung der eigenen Geschichte, d. h. das Bekenntnis zu den früheren Aggressionen im pazifischen Raum, und die Frage einer Entschädigung für die Opfer dieser Aggressionen. Die japanische Öffentlichkeit geht davon aus, daß in den Nachbarländern die historischen Altlasten Japans als Hindernis auf dem Weg freundschaftlicher Beziehungen gewertet werden. Mag sich darin auch eine Überbetonung dieses Problems ausdrücken – in Südostasien ist man viel eher bereit, die Vergangenheit nicht mehr aufzurechnen, wenn die Zukunft sich auszahlt –, die Entschädigungsfrage aber wird als Problem bleiben. Vorbild ist hier die südkoreanische Forderung nach Entschädigungsleistungen an die „Trösterinnen“, die Zwangsprostituierten der ehemaligen kaiserlichen Armee. Murayama schien jedoch entschlossen, diese Themen bei seinen Besuchen zu vermeiden¹². Seine Reise sollte unterstreichen, daß „Asien die wichtigste Weltregion für uns ist“, wie ein Sprecher des Außenministeriums betont¹³. Die enorme Bedeutung, die Japans Politiker seit geraumer Zeit wieder den asiatischen Nachbarländern zumessen, wurde durch eine weitere Reise unterstrichen: Murayamas Parteigenossin (und jetzt kraft Amtes parteilos), die Sprecherin des Unterhauses, Takako Doi, besuchte zur selben Zeit Malaysia und Singapur sowie China¹⁴.

10 An der Konferenz „Waves of the Future: ASEAN, Vietnam und China“ nahmen u. a. Anwar Ibrahim (stellv. Ministerpräsident, Malaysia), James B. Bolger (Premierminister, Neuseeland), Goh Chok Tong (Premierminister, Singapur) und Li Lanqing (Vize-Ministerpräsident, Staatsrat, China) teil. Vgl. *The Pacific Century*, in: *Far Eastern Economic Review* vom 2. Juni 1994, S. 20 f.

11 Anmerkung der Redaktion: Zum japanischen Parteiensystem siehe den Beitrag von Paul Kevenhörster in diesem Heft.

12 Das wurde Murayama schwergemacht, denn im Vorfeld des Besuches hatte ein Kabinettskollege gedankenlos oder in vorsätzlicher Verdrehung historischer Tatsachen dahergeredet, daß die japanische Besetzung für einige Nachbarländer Japans in Wirklichkeit von Nutzen gewesen sei. Minister Shin Sakurai war 1994 innerhalb von drei Monaten der zweite Minister, der wegen solcher Reden seinen Hut nehmen mußte. Vgl. *Asahi shimbun* vom 15. August 1994; vgl. außerdem: *Asian Wall Street Journal* vom 18. August 1994.

13 Vgl. *Asian Wall Street Journal*, ebd.

14 Vgl. *Asahi shimbun* vom 26. August 1994.

Ein weiterer heikler Punkt war schließlich in Malaysia die japanische Stellungnahme zum Projekt des malaysischen Ministerpräsidenten Mahathir, der unermüdlich an seinem EAEC-Plan (EAEC = East Asia Economic Caucus oder „East Asia without Caucasians“, wie Spötter sagen) arbeitet, dem Japan ebenso unermüdlich ausweicht. Für Japan steht dabei eine mögliche Verschlechterung der Beziehungen zu den USA auf dem Spiel, denn die US-Regierung widersetzt sich vehement dem EAEC-Konzept, das alle „weißen“ Staaten im Pazifischen Raum (USA, Australien, Neuseeland) ausschließen soll¹⁵. Japan hat bereits seit einiger Zeit festgelegt, daß die offizielle Wirtschaftshilfe nur an Länder geleistet wird, die den Schutz der Menschenrechte gewährleisten und demokratische Regierungssysteme besitzen (oder glaubhaft anstreben...); gerade im Falle Chinas hat die japanische Regierung sich wenig konsequent gezeigt¹⁶.

Die Reise fand auch im letzten Jahr vor der fünfzigsten Wiederkehr des Jahrestages der japanischen Kapitulation 1945 statt, ein Ereignis, auf das sich Japans Regierung mit einem eigens gebildeten Komitee vorbereitet¹⁷. Aus der Sicht japanischer Beobachter konnte gerade dieses Erinnerungsdatum und die Konfrontation mit der Vergangenheit während der Südostasien-Reise zur Stabilisierung der Koalitionsregierung Murayama beitragen, denn:

– Es gibt in Japan gegenwärtig keine vorstellbare Alternative zu dieser Regierung.

– Die LDP, die einige der konservativsten Minister im Kabinett Murayama stellt, die gegen etwaige Entschuldigungen für vergangene Untaten wären, hat kein Interesse daran, durch eine „Falcken-Position“ die Koalition zu gefährden.

15 Ein Schatten im Hintergrund: Die Verknüpfung von handelspolitischen Entscheidungen mit Wahrung der Menschenrechte durch die US-Regierung stößt in Asien auf immer härteren Widerstand, allen anderen Ländern voran stellt China das westliche Wertesystem in Frage. Malaysias Regierungschef Mahathir und der frühere singapurische Ministerpräsident Lee Kuan Yew unterstützen die chinesische Position, indem sie der amerikanischen Position ein asiatisches Wertesystem entgegensetzen; Murayama mußte damit rechnen, daß er nach Japans Haltung in diesem Konflikt der Werte befragt werden würde.

16 Das EAEC-Konzept Mahathirs (Malaysia) sieht eine rein asiatische Staatengruppe – also unter Ausschluß der USA, Australiens und Neuseelands – vor. Noch ist Japan unschlüssig, aber das malaysische Konzept könnte durchaus auch in Japan Zustimmung finden. Vgl. dazu etwa Masahiko Ishizuka, „Japan Looks to Asia“, in: Far Eastern Economic Review vom 16. Dezember 1993, S. 24. Beide strittigen Grundpositionen im Gespräch „pro“ und „contra“: „Nihon wa EAEC koso wo shiji subeki ka“ (Sollte Japan die EAEC-Konstruktion unterstützen?), in: Global Business vom 11. November 1993, S. 20–23.

17 Vgl. Nikkei Weekly vom 31. August 1994.

– Die Regierung Murayama konnte ihr Bedauern und die Reue für Verbrechen aus der Kriegszeit ausdrücken, ohne wegen Japans früheren Schweigens heuchlerisch zu erscheinen, denn jetzt sprach ein Sozialist und kein LDP-Politiker¹⁸.

Im Jahre 1993 sprach der damalige Ministerpräsident Hosokawa erstmals unumwunden von einem japanischen „Aggressionskrieg“, weil er Chef einer Koalitionsregierung ohne LDP-Beteiligung war; am 15. August 1994 konnte auch Murayama anlässlich des 49. Jahrestages der Kapitulation ein Gleiches tun. Es bleibt die offene Frage einer Wiedergutmachung an die Opfer japanischer Kriegsverbrechen, vor allem für die Zwangsprostituierten, deren Zahl man auf rund 200 000 schätzt¹⁹. Hier haben das japanische Außenministerium und das Finanzministerium die übereinstimmende Rechtsauffassung, daß alle Wiedergutmachungsforderungen auf zwischenstaatlicher Ebene geregelt worden sind, Rechtsansprüche bestünden nicht mehr²⁰. Doch niemand in der japanischen Regierung macht sich Illusionen: Ein ständiger Sitz im Weltsicherheitsrat der UN für Japan ist ohne echtes Vertrauen in Südost- und Ostasien nicht vorstellbar.

5. Unsicherheitsfaktor China?

Im chinesisch-amerikanischen Konfliktfeld Menschenrechte stehen die meisten südostasiatischen Staaten auf der Seite Chinas. Das ändert aber nichts an der Unsicherheit, mit der die chinesische Politik in der Region beobachtet wird. Die Reise Murayamas sollte deswegen auch das unverändert starke Engagement Japans, ja die zunehmende japanische außenpolitische Initiative in Südostasien unterstreichen, der Besuch hatte auch einen unübersehbaren sicherheitspolitischen Aspekt. Japan und die übrigen Länder des pazifischen Raumes trauen der amerikanischen Präsenz langfristig nicht: So sehr sie die US-Menschenrechtspolitik attackieren, so sehr braucht man natürlich amerikanische Militärpräsenz in Asien. Auf der koreanischen Halbinsel garantieren US-Truppen die Stabilität, und letztlich ist der amerikanische Einfluß auf Japan, ausgedrückt im amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrag, die beste Garantie gegen eine verstärkte japanische Aufrüstung, die zwangsläufig gegen ein erstarktes China mit (theoretisch) regionalen Vormachtansprüchen gerichtet wäre. Kein asiatischer Staat will ein hochgerüstetes Japan, auch eine japanische Ersatzfunktion anstelle der USA wird energisch abgelehnt. Aber ein

18 Vgl. Nikkei Weekly vom 22. August 1994.

19 Vgl. International Herald Tribune vom 25. August 1994.

20 Dagegen wären andere Möglichkeiten finanzieller Kompensation (ohne dieses so zu nennen) vorstellbar. Vgl. Asahi shimbun vom 24. August 1994.

Gegengewicht zum Riesen China ist willkommen, auch wenn die chinesische Führung immer wieder – und durchaus glaubhaft – deutlich macht, daß keine regionale Dominanz angestrebt wird. Noch können die USA durch ihre Präsenz ein solches Gegengewicht bilden, teilweise unterstützt durch Japan. Sollte aber ein amerikanischer Präsident aus innenpolitischen Rücksichten einmal die Politik des militärischen Abzugs aus Asien in die Tat umsetzen, wollen die Staaten Südostasiens kein Vakuum entstehen lassen; ein System kollektiver Sicherheit zwischen den ASEAN-Staaten mit einer möglichen Einbindung Japans beginnt sich herauszubilden, Japan könnte dabei durch einen sicherheitspolitischen Dialog mit Vietnam eine Brückenfunktion zwischen den ASEAN-Mitgliedern und den (noch) Nicht-Mitgliedern des indochinesischen Raums wahrnehmen.

6. Philippinen: Konfrontation mit der Vergangenheit als Problem der Gegenwart

Bereits beim Eintreffen in Manila wurde Murayama mit den menschlichen „Altlasten“ japanischer Vergangenheit konfrontiert: Philippinische „Trösterinnen“ – Zwangsprostituierte der kaiserlichen japanischen Armee – demonstrierten und verlangten Wiedergutmachung. Darüber hinaus mußte der japanische Regierungschef ein heikles Folgeproblem des japanischen Sextourismus auf die Philippinen sowie der Beschäftigung philippinischer Hostessen in Japan anpacken: das Problem der „Japinos“, d. h. unehelicher Kinder von Japanern. Murayama hatte ein Konzept zur „indirekten Unterstützung“ für diese Kinder aus Beziehungen zwischen Japanern und philippinischen Frauen mitgebracht, darüber hinaus wollte Japan durch Errichtung eines Ausbildungszentrums für Philippinas zur Verbesserung der Berufschancen tätige Reue für die Verbrechen an philippinischen Frauen üben, die von der japanischen Armee in Militärbordelle gezwungen worden waren; Präsident Ramos hatte den Vorschlag für ein solches Berufsbildungszentrum unterbreitet. Die Demonstrantinnen aber verlangten konkrete finanzielle Hilfe (umgerechnet je 200 000 US-Dollar) und lehnten das Berufsbildungsprojekt ab²¹.

Die Regelung von Unterstützung für die Kinder, die aus flüchtigen Affären japanischer Männer mit philippinischen Frauen stammen, war ein weiteres delikates Problem. Die meisten der „Japinos“ sind in Japan geboren und wurden von ihren Vätern, häufig auch von den Müttern, verlassen. In Japan werden diese Kinder meist nicht als japanische Staatsbürger anerkannt, weil die Geburtsurkunden

unvollständig sind; auch auf den Philippinen sind sie sozial benachteiligt. Die philippinische Regierung schätzt die Zahl der „Japinos“ auf mindestens 600. Philippinische private Hilfsorganisationen, sogenannte „NGO“, nennen weit höhere Zahlen, denn sie stützen ihre Schätzungen auf die 261 527 Philippinos, die zwischen 1987 und 1992 nach Japan gingen, die weitaus meisten waren Frauen; wenn nur ein Viertel dieser Frauen Beziehungen „mit Folgen“ zu japanischen Männern hatten, läge die Zahl der „Japinos“ bei ca. 60 000. Im Jahre 1993 wurden in Japan 430 Geburten von „Japinos“ registriert. Gegenwärtig arbeiten 114 000 philippinische Bürger in Japan, die meisten sind Frauen in der Vergnügungsszene. Das Problem der „Japinos“ wurde erstmals 1993 bei einem Besuch von Präsident Ramos in Japan aufgegriffen. Die philippinische Regierung wird ab Oktober 1994 eine systematische Erhebung über „Japinos“ durchführen, um dann Hilfsmaßnahmen einzuleiten. Ramos betonte gegenüber Murayama, daß er die „Japinos“ als ein gemeinsames japanisch-philippinisches Problem betrachtet. Aus japanischer Sicht sollten die NGO Hilfe leisten; damit könnte Japan jede direkte und förmliche Verbindung zwischen der Regierung und dem Hilfsprogramm vermeiden und eine direkte Verantwortung der Regierung für das Problem der „Japinos“ verneinen²².

7. Vietnam: Schlußstrich unter die Vergangenheit – Erwartungen an die Zukunft

Der Besuch in Vietnam hatte vielleicht den höchsten symbolischen Stellenwert: Seit 24 Jahren war kein hochrangiger japanischer Politiker mehr in Vietnam gewesen, und noch nie hatte ein japanischer Regierungschef Hanoi besucht; die Regierungen Japans hatten jahrzehntelang getreulich die Boykottpolitik der USA gegenüber Vietnam mitgetragen. Hinter dieser offiziellen Politik aber hatten doch japanische Handelshäuser und einzelne Industrieunternehmen immer wieder versucht, den Handel mit Vietnam auszuweiten. Die veränderte amerikanische Politik gegenüber Vietnam, d. h. die Aufhebung der Embargomaßnahmen, eröffnet jetzt endlich auch der japanischen Wirtschaft die Möglichkeit, sich in großem Maßstab und ganz offiziell in Vietnam zu engagieren²³.

Murayama brachte bei seinem Besuch kräftige staatliche Starthilfen mit: Entwicklungshilfe-Gelder im Wert von umgerechnet einer Milliarde US-Dollar für ein Land, dessen Konsumgütermarkt ohnehin längst von japanischen Erzeugnissen

22 Vgl. Asahi shimbun vom 24. August 1994.

23 Schon im Vorfeld des Besuches hatte auch der vietnamesische Regierungschef betont, daß sein Land dieser ersten Reise eines japanischen Regierungschefs größte Bedeutung zumesse. Vgl. ebd. vom 26. August 1994.

21 Vgl. International Herald Tribune vom 23. und 25. August 1994.

dominiert wird²⁴. Japan ist der größte Zahler von öffentlicher Wirtschaftshilfe an Vietnam, und 27 Prozent des vietnamesischen Außenhandels werden mit Japan abgewickelt. Japanische Unternehmen, besonders die Energieerzeuger, nehmen 70 Prozent des vietnamesischen Rohöls ab; Meeresfrüchte und Bekleidung sind weitere Exportartikel, die in Japan einen wachsenden Markt finden. Bei Direktinvestitionen aber halten japanische Unternehmen sich bisher zurück: Nur fünf Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen im Land kommen aus Japan. Damit liegt Japan auf dem siebten Rang, hinter Taiwan, Hongkong und anderen asiatischen Ländern. Längerfristig sehen japanische Unternehmen der verarbeitenden Industrie zwar Chancen in Vietnam (i. e. in „Indochina“ insgesamt), aber gegenwärtig konzentrieren sich die japanischen Investitionen noch auf die Nahrungsmittelverarbeitung und Rohstofferschließung (Ölvorkommen), wie so oft sind auch die japanischen Generalhandelshäuser führende Investoren²⁵.

Japanische Unternehmen sind sich uneins darüber, in welchem Zeitraum Vietnam zu einem lukrativen Markt werden könnte. Besonders die schlecht entwickelte Infrastruktur des Landes wird von japanischen Unternehmen als Hinderungsgrund für ein verstärktes Engagement genannt. Ein gutes Beispiel für die Zurückhaltung, mangelnde Information (aus japanischer Sicht) und daraus folgende Blockade von Investitionen ist Honda: Der japanische Motorrad-Hersteller kontrolliert 90 Prozent des vietnamesischen Marktes für Motorräder – aber exportiert bis 1994 kein einziges Motorrad nach Vietnam, die Bikes kommen alle aus Drittländern²⁶.

Das wichtigste Hindernis für größere japanische Aktivitäten in Vietnam aber ist der fehlende bzw. unzureichende staatliche Rahmen, die vertragliche Grundlage des Wirtschaftsaustausches. Bisher gibt es nur ein bilaterales Luftfahrtabkommen, alle anderen handelsrechtlich relevanten Abkommen fehlen noch. Hier sollte die Murayama-Reise zu einem Durchbruch führen.

Nach Auskunft des japanischen Außenministeriums erzielten die Gespräche zwischen Murayama und dem vietnamesischen Ministerpräsidenten Vo Van Kiet die folgenden Ergebnisse:

– Japan erklärt sich bereit, im Rahmen seiner Möglichkeiten an der Entwicklung Vietnams mitzuwir-

ken. Dazu gehört auch eine Mitgliedschaft Vietnams in der ASEAN, die von Japan begrüßt wird.

– Auf der Ebene der Vizeminister (Staatssekretäre) soll ein regelmäßiger politischer Dialog eingeleitet werden; Japan mißt dem kontinuierlichen Dialog mit Vietnam zentrale Bedeutung für die Südostasien-Politik zu.

– Japan sieht zahlreiche Probleme bei der Umstellung auf die Marktwirtschaft, aber die japanische Regierung wird bei dieser sogenannten „doi moi“-Politik (Umgestaltung) tatkräftig mitarbeiten. Zur Prüfung von Projekten, die mit japanischen ODA finanziert werden könnten, soll im Oktober 1994 eine hochrangige Delegation nach Vietnam reisen.

– Vietnam erklärt sich bereit, in dem von Japan vorgeschlagenen „Allgemeinen indochinesischen Entwicklungsfonds“ (*Indoshina sogo kaihatu forum*) konstruktiv mitzuarbeiten. Der Regierungschef räumte Probleme für japanische Unternehmen in Vietnam ein, forderte aber trotzdem mehr japanische Direktinvestitionen.

– Der Besuch des japanischen Ministerpräsidenten wird von vietnamesischer Seite als ein wichtiger Schritt für den weiteren Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen bewertet, er trage auch zum Frieden und zur Stabilität im pazifischen Raum bei. Vietnam wolle die Entwicklungsrückstände gegenüber den Nachbarstaaten so schnell wie möglich ausgleichen, dazu zähle man auf japanische Hilfe.

– Die Worte der Reue über japanisches Unrecht, die Murayama gefunden hat, rechnet man ihm in Vietnam hoch an. In den Worten Kiets will man aber „den Fächer der Vergangenheit zuklappen und gemeinsam die Zukunft bauen“²⁷.

8. Malaysia und Singapur: Eine „zukunftsorientierte Partnerschaft“ hat schon begonnen – die Vergangenheit ist kein Tagesproblem

Beim Zusammentreffen Murayamas mit malaysischen und singapurischen Politikern spielte die Vergangenheit keine Rolle mehr; die zukünftigen Probleme schoben sich vor die Erinnerung an vergangene japanische Untaten²⁸. Malaysias Ministerpräsident Mahathir forderte Japan auf, nicht ständig die Last der Vergangenheit mit sich herumzutragen und nach Formen der Entschuldigung und Wiedergutmachung zu suchen, sondern entschlossen eine neue starke internationale Rolle anzustreben²⁹. Für den Malayen Mahathir ist ein

24 Vgl. Süddeutsche Zeitung von 24. August 1994.

25 Vgl. Vietnam: Greater Investment Waiting in the Wings, in: Tokyo Business Today, October 1992, S. 56 f.; General Trading Houses Raise the Ante in Vietnam, in: ebd., Januar/Februar 1993, S. 58 f.

26 Vgl. Financial Times vom 25. August 1994.

27 Vgl. Asahi shimbun vom 26. August 1994; Nikkei Weekly vom 27. August 1994.

28 Vgl. Nikkei Weekly, ebd.

29 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 29. August 1994.

solcher Schlußstrich sicher leichter zu ziehen als für die chinesisch-stämmigen Bürger Malaysias oder Singapurs, die die Hauptopfer der japanischen Aggression waren; ebenso fällt es natürlich der jüngeren Generation leichter, die Vergangenheit abzuschütteln, als den Älteren³⁰.

Murayama ging auf die Äußerungen des malaysischen Regierungschefs nicht ein, ebensowenig kommentierte er die Forderung Mahathirs, Japan müsse bereit sein, im Rahmen von UN-Operationen auch militärische Aktionen zu übernehmen; besonders diese Forderung mußte den Sozialisten Murayama treffen, denn gerade seine Partei hat noch Schwierigkeiten mit Auslandseinsätzen der japanischen Armee. Mahathirs Aufforderung, sich um einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat zu bewerben, mußte Murayama vor allem unter diesem Aspekt sehen, daher antwortete er ausweichend³¹.

In Singapur machte Murayama eine Geste, die im Stadtstaat große Beachtung fand: Als erster japanischer Regierungschef legte er am Mahnmal für die zivilen singapurischen (i. e. chinesischen) Opfer der japanischen Besetzung während des Pazifischen Krieges einen Kranz nieder und verharrte in einer Schweigeminute. Singapurs Außenminister Jayakumar unterstrich die große Bedeutung, die seine Regierung dieser Geste beimaß; auch der Präsident der „Singapore Chinese Chamber of Commerce“ betonte, die chinesischen Opfer der japanischen Aggression sähen darin einen „guten Anfang“, er hoffe, auch spätere japanische Ministerpräsidenten werden Murayamas Beispiel folgen³². Es gelang Murayama nicht, die „endlosen Entschuldigungsreisen japanischer Regierungschefs“ (*Nikkei Weekly*) ein für allemal abzuschließen.

30 Mahathir äußerte sich betont verwundert darüber, daß japanische Spitzenpolitiker sich immer wieder für etwas entschuldigen, das vor fünfzig Jahren geschah. Mahathir forderte Japan auf, keine Kompensationen in irgendeiner Form zu zahlen, es müsse Schluß sein; denn wo würde man in 100 oder 200 Jahren sein, schließlich gingen die Forderungen womöglich so weit, daß man Entschädigungen von früheren Kolonialmächten verlange. Die japanischen Besucher waren offenbar von diesen unverblühten Äußerungen geschockt; zwar weiß man in Tokyo, daß Mahathir auf Japan setzt und seine Wirtschaftspolitik nicht durch Erinnerungen und historische Altlasten beeinflussen läßt, aber es geht auch um die eigene Bewältigung der japanischen Vergangenheit. Die malaysische Opposition kritisierte wenig später die Äußerungen Mahathirs als eine „Verletzung der Gefühle der Asiaten“. Vgl. dazu *Asahi shimbun* vom 26. August 1994; *Nikkei Weekly* vom 29. August 1994; *International Herald Tribune* vom 29. August 1994; *Asahi shimbun* vom 30. August 1994.

31 Vgl. *Nikkei Weekly* vom 28. August 1994.

32 Nach der Eroberung Singapurs durch japanische Truppen wurden mehrere tausend Chinesen von japanischen Soldaten getötet. Ein Sprecher des japanischen Außenministeriums bezweifelte übrigens, daß spätere japanische Ministerpräsidenten dem Beispiel Murayamas folgen würden. Vgl. *Asahi shimbun* vom 29. August 1994.

Die Ergebnisse der Reise sind gerade wegen der Auseinandersetzung mit den Schatten der Vergangenheit in den Erwartungen an die japanische Politik zu suchen:

– Durch Murayamas Reise hat sich Japan erneut als führendes Mitglied einer selbstbewußten asiatischen Staatengemeinschaft bekannt. Die Staaten Südostasiens erwarten von Japan eine Vermittlerrolle bzw. die Vertretung ihrer Interessen in den USA und in Europa; als ständiges Mitglied im Weltsicherheitsrat soll Japan in vollem Umfang die Aufgaben eines starken UN-Mitglieds wahrnehmen.

– Japan steht zu den Belastungen aus der Vergangenheit und wird daran arbeiten, das noch vorhandene Mißtrauen abzubauen. Die Versicherungen, nie wieder eine militärische Großmacht werden zu wollen, sind immer wieder von neuem nötig, um Befürchtungen zu beseitigen; aber auch konsequentes Handeln wird von Japan erwartet, dieses Ergebnis brachte Murayama ebenfalls als Erkenntnis mit. Politiker wie Mahathir können Japan nicht von der Verantwortung für die Vergangenheit freisprechen³³.

II. Die Asienpolitik vor neuen Herausforderungen: Japan als regionale Ordnungsmacht?

1. „Umfassende Sicherheitspolitik“: Keine militärischen Optionen Japans

Der Zusammenbruch des sowjetisch-osteuropäischen Militär- und Wirtschaftsblocks, also des „real existierenden Sozialismus“ mit seinem Welt-herrschaftsanspruch, hat auf den ersten Blick zu einer – zumindest militärisch gesehen – „uni-polaren“ Welt geführt: Die USA erscheinen aufgrund ihres Militärpotentials als einzige verbliebene Supermacht, die eine neue Weltordnung nach ihren Vorstellungen formen kann. Dazu haben sie in den vergangenen Jahren verschiedentlich unwidersprochen die UNO instrumentalisiert. Alle Krisen der letzten Jahre aber haben nach Auffassung des Autors eines gezeigt: Sie waren militärisch nicht zu lösen. Neben den machtpolitischen Instrumenten der einzigen Supermacht mußten stets andere Instrumente eingesetzt werden, vor allem die Finanzkraft mittelgroßer Staaten. Die Rede ist von Japan – und Deutschland: Finanzielle Beiträge beider Staaten waren mindestens ebenso entscheidend für

33 Vgl. ebd. vom 31. August 1994.

Krisenlösungen wie der Einsatz militärischer Mittel. Japan ist (wie Deutschland) mit der Forderung konfrontiert, bei UN-Einsätzen auch die militärische Option zu akzeptieren: Die Bereitschaft zu Kampfeinsätzen im UN-Auftrag für friedensschaffende Maßnahmen wird erwartet. Das Land wird sich dieser Erwartung beugen müssen, denn es will letztlich eine Stärkung der Weltorganisation auch als exekutives Organ, um echte Multilateralität in internationalen Beziehungen herzustellen. Japan hat sich bei dieser Politik allmählich, aber unaufhaltsam zum Sprecher der pazifisch-asiatischen Staaten entwickelt – um so mehr, als zunehmend eine Wertedebatte zwischen „dem Westen“ und den Staaten Asiens geführt wird³⁴.

Sicherheitspolitik entscheidet sich für Japan vor allem im Pazifik und erst in zweiter Linie in anderen Weltregionen. Deshalb mußte sich eine Struktur „stabiler Asymmetrie“ herausbilden, in der Japan aus sicherheitspolitischen Interessen zwei ungleiche, aber feste Beziehungsgeflechte zu den USA und China entwickelte, während die Kontakte zur Sowjetunion bzw. heute Rußland kühl blieben. Daneben aber setzte sich in Japan die Erkenntnis durch, daß politische und soziale Stabilität in Südostasien (ASEAN und Indochina) sowie in Südkorea von lebenswichtiger Bedeutung sind. Rohstoffversorgung, Marktsicherung und ungehinderte Durchfahrt durch die Straßen von Malacca, Singapur, Lombok o. a. sind strategische Interessen Japans in der ASEAN; aus demselben Grund war Japan an einer grundsätzlichen Lösung der Kambodscha-Frage interessiert. Gleiches galt und gilt natürlich in besonderem Maße auch für mögliche Konflikte auf der koreanischen Halbinsel – und letztlich für alle Konfliktgebiete auf der Welt.

In allen diesen Regionen kann (und will) Japan militärisch keinen Einfluß geltend machen, sondern seine Sicherheitsinteressen auf anderem Wege wahrnehmen. Die Alternative ist das Konzept der „umfassenden Sicherheitspolitik“, die sich vielleicht am besten am Beispiel japanischer Politik gegenüber China verdeutlichen läßt – in ihrer positiven wie auch in ihrer latent negativen Konsequenz.

In dem System „stabiler Asymmetrie“, das Japans transpazifische Beziehungen kennzeichnet, kommt in sicherheitspolitischer Hinsicht den Kontakten zur VR China zentrale Bedeutung zu. Die gezielte, langfristige Bearbeitung des chinesischen Marktes durch japanische Unternehmen wurde stets seitens der japanischen Außenpolitik in Richtung Beijing unterstützt; schon in einer Zeit, als Tokyo noch

keine diplomatischen Beziehungen zur VR China unterhielt, waren es die „Diplomaten aus Direktionsetagen“, die über den sogenannten „Freundschaftshandel“ oder später den „Memorandum-Handel“ (Warenaustausch auf der Basis privater „Memoranden“) die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorbereiteten. Die strategische Wirtschaftshilfe Japans konzentriert sich ebenfalls aus sicherheitspolitischem Interesse auf China; Japan war mit insgesamt 12,9 Milliarden US-Dollar Finanzhilfe – größtenteils „weiche“ Kredite im Rahmen der japanischen öffentlichen Entwicklungshilfe – der mit Abstand größte Kreditgeber Chinas, auch hier sind unumkehrbare Abhängigkeiten entstanden³⁵.

Die Wirtschaftsbeziehungen Japans zu China haben also inzwischen den von Tokyo gewünschten Grad gegenseitiger Abhängigkeit erreicht, aber gerade diese Entwicklung stößt zunehmend auf chinesische Kritik: Ein selbstbewußter Staat wie China kann das ständig wachsende Handelsbilanzdefizit nicht widerspruchslos hinnehmen, auch wird die mangelnde japanische Bereitschaft zu umfangreichen Direktinvestitionen kritisiert. Die chinesische Regierung versucht – bisher ohne erkennbaren Erfolg – Druck auf Japan auszuüben, wirkungsvolle Maßnahmen zum Abbau dieses Defizits zu ergreifen und endlich auch über verstärkte Direktinvestitionen echten Technologietransfer zu betreiben.

Das Abhängigkeitsgeflecht, das Japan mit China aufgebaut hat, führt aus chinesischer Sicht zu einseitigen japanischen Vorteilen. Zwar hat es Japan zu größerer wirtschaftlicher Sicherheit verholfen, aber es hat – trotz zahlloser gegenseitiger Beteuerungen und trotz eines „Friedens- und Freundschaftsvertrages“ von 1978 – nicht zu einer echten „Freundschaft“ mit China geführt. Also ist Japan eine „Nation ohne Freunde“, wie Helmut Schmidt es formulierte? Keine schlüssige Folgerung, denn Japan demonstriert gegenüber China nur die Gültigkeit der Einsicht de Gaulles, daß „Staaten keine Freunde haben, nur Interessen“. Dennoch zeigt sich letztlich in dem jetzigen Verhältnis zwischen Japan und China auch die ganze Effizienz des japanischen Konzepts „außenwirtschaftlicher, also umfassender Sicherheitspolitik“: China ist nicht (mehr) in der Lage, konsequent auf Japan wirtschaftlichen Druck auszuüben, denn dazu ist die chinesische Abhängigkeit von japanischer Kapital-

35 Vgl. Tokyo shimbun vom 22. Januar 1992; für eine kritische Darstellung der japanisch-chinesischen Beziehungen vgl. Bill Powell, „Asia's Power Struggle. Economic success is reawakening nationalism in China and Japan, prompting a new political rivalry. Will the United States still hold the balance of power?“, in: Newsweek vom 15. November 1993, S. 10 ff.

34 Vgl. International Herald Tribune vom 6. Januar 1992.

hilfe und Zulieferung von dringend benötigter Technologie (ohne echten Technologie-Transfer!) inzwischen zu groß geworden.

Im Interesse Chinas liegt auch die Normalisierung der Beziehungen zu Rußland als wichtigstem Nachfolgestaat der Sowjetunion auf zwischenstaatlicher Ebene – eine neue Gemeinsamkeit zwischen diesen beiden Staaten ist eine Angstvision Japans. Rußland hat mit jüngsten Vorstößen in Richtung China seinerseits Isolationsängste in Japan ausgelöst, nachdem die japanische Politik über so viele Jahre die Beziehungen zum nördlichen Nachbarn unterkühlt gehalten hatte. Rußland erörterte mit China inzwischen Tabu-Probleme, während es gegenüber Japan keinerlei Nachgiebigkeit in der Kurilen-Frage zeigt: Es ist nicht zu erwarten, daß dieses Problem in absehbarer Zeit im japanischen Sinne durch ein Einlenken Rußlands – also Rückgabe der Inseln – gelöst werden könnte. Die japanische Strategie der außenwirtschaftlichen „Einbindung“ eines latent bedrohlichen Nachbarn hat gegenüber der Sowjetunion bzw. heute Rußland bisher versagt. Gegenüber der früheren Sowjetunion wurde statt dessen die militärische Komponente der Sicherheitspolitik, gestützt auf das Bündnis mit den USA, betont. Natürlich trug auch die Sowjetunion Schuld an dieser Entwicklung: Die außenwirtschaftsorientierte Sicherheitspolitik muß eben auch wirtschaftliche Vorteile bringen, die aber waren aus japanischer Sicht in einem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion nicht zu erkennen. Außerdem hat die Sowjetunion in früheren Jahren alles getan, um in Japan das überkommene Feindbild lebendig zu halten: Unverständliche militärische Drohgebärden (Flottendemonstration, Ausbau der Militärpräsenz auf den Kurilen usw.) erleichtern es japanischen Falken, immer neue Steigerungen des Rüstungshaushalts zu rechtfertigen; amerikanischer Druck wäre hier gar nicht vonnöten.

Vergleichbar mit der deutschen Position in der Europäischen Gemeinschaft und in der NATO bzw. auch der KSZE wird zukünftig mit einer dynamischen Rolle Japans als zweite regionale Ordnungsmacht im pazifischen Raum zu rechnen sein. Ohne die amerikanische Militärpräsenz in Asien und damit einen entscheidenden Einfluß der USA in Frage zu stellen, muß der überwiegend militärisch begründeten Ordnungsrolle der USA das japanische Steuerungsinstrument wirtschaftlichen Engagements an die Seite gestellt werden; Japan wird so neben den USA zur gleichberechtigten Ordnungsmacht in Asien werden. Japanische Direktinvestitionen und japanische Wirtschaftshilfe sind zur sichersten Garantie für politische Stabilität in Asien geworden. Japan und Deutschland sind vor analoge Aufgaben gestellt: Sie müssen

energisch dazu beitragen, daß mächtige Nachbarländer, die sich im politischen Umbruch befinden bzw. wo ein solcher Umbruch zu erwarten ist, stabilisiert werden: Deutschland wird weiter Rußland helfen, Japan muß China berechenbar halten, indem es durch Kooperation die wirtschaftliche Modernisierung vorantreibt, die dann unvermeidlich auch in politische Modernisierung umschlagen wird, also in Liberalisierung im Inneren. Wie Deutschland den Nachbarn Rußland in das „europäische Haus“ bringen muß, so wird Japan China in eine asiatische Staatengemeinschaft führen müssen; nur so ist ein späterer Hegemonieanspruch Chinas zu vermeiden. In allen Äußerungen chinesischer Politiker wird deutlich, daß China ein militärisch starkes Japan nicht akzeptieren wird.

2. Japans regionale Rolle aus Sicht anderer asiatischer Staaten

Zweifel an der amerikanischen Bereitschaft – und Fähigkeit –, die Präsenz in Asien weiterhin beizubehalten und zu stärken, lösen in Asien die Sorge aus, daß sich Japan und China – nachdem die sowjetische Bedrohung verschwunden ist – in eine Art Wettrüsten hineinsteigern könnten. Ohne wirksame amerikanische Kontrolle über mögliche japanische Rüstungspläne und die nordkoreanischen Kernwaffen-Abenteuer wird hier und dort eine Periode der sicherheitspolitischen Unwägbarkeit erwartet. Abnehmende amerikanische Präsenz könnte vergleichsweise stärkere asiatische Nationen wie Japan und China dazu verleiten, ein solches Vakuum zu füllen, befürchtete z. B. der indonesische Generalstabschef Try Sutrisno. Der General rechnet damit, daß China in den nächsten zehn Jahren zunehmend ökonomischen und militärischen Einfluß in Asien gewinnen wird. Auch singapurische Beobachter gehen davon aus, daß die südostasiatischen Staaten sich auf Hegemonieansprüche Japans oder Chinas einstellen müssen. Die größte Gefahr wird dabei von einer möglichen Rivalität zwischen Japan und China ausgelöst, wenn die gegenwärtige Phase bilateraler Kooperation die ökonomische Notwendigkeit verliert. Beide Staaten betrachten die Rüstungsanstrengungen der jeweils anderen Seite mit größtem Mißtrauen, wobei China sich sorgt, daß Japan angesichts einer vermuteten nordkoreanischen Nuklear-Bedrohung ebenfalls nuklear rüsten könnte. Beide Staaten wollen um jeden Preis verhindern, daß der andere Partner einen militärischen Vorteil „herausrüstet“. Ein Vertreter der amerikanischen Rand Corporation verwies auf Schätzungen, wonach China in den vergangenen drei Jahren die Militärausgaben um jeweils zehn Prozent gesteigert hat; militärische Spitzentechnologie wird dabei nach dem Zerfall der Sowjetunion von Rußland

erworben. Die Staaten des Westpazifiks sind sich darüber einig, daß die US-Präsenz in der Region um jeden Preis erhalten werden muß, um ein Gegengewicht zu schaffen.

Der ehemalige singapurische UN-Botschafter und jetzige Direktor des Institute of Policy Studies (Singapur) warnte in einem Beitrag für die „International Herald Tribune“ vor einer Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den USA und Japan; ein Umschwung von Wettbewerb zu Konflikt der beiden wirtschaftlichen Supermächte hätte besonders für Asien verhängnisvolle Konsequenzen:

– Würde Japan bei verschlechterten Beziehungen zu den USA sich gezwungen sehen, auf den Schutz durch die US-Nuklearpotentiale zu verzichten und zu einer selbständigen Militärmacht werden, würde diese Entwicklung die gesamte Region destabilisieren.

– Andererseits sehen die Nachbarstaaten Japans die Politik der USA, Japan zu weiteren eigenen Rüstungsanstrengungen zu drängen, mit Kritik; Korea, China oder die Philippinen werden Japan nicht als „Polizisten Asiens“ (Tommy Koh) akzeptieren³⁶.

Aufgabe z. B. der ASEAN-Staaten muß es sein, daran mitzuwirken, die Spannungen zwischen den USA und Japan abzubauen. Japan muß endlich von seiner Zwangsvorstellung Abschied nehmen, ein „armes, bedrohtes Land“ zu sein; das protektionistische Gedankengut, ausgedrückt durch nichttarifäre Handelshemmnisse, muß aufgegeben werden. Die USA ihrerseits müssen ihr Haushaltsdefizit abbauen, sie müssen damit aufhören, über ihre Verhältnisse zu leben, die Sparrate erhöhen, Investitionen steigern und die grundlegende Schulausbildung entscheidend verbessern.

Eine Lösung für die insgesamt tendenziell noch instabile Sicherheitslage in Asien wäre die Schaffung einer multilateralen Organisation wie der KSZE in Europa; eine solche Organisation würde die ASEAN-Staaten, Japan, die USA, China, Rußland, Indien und andere Länder der Region einschließen. Koh betonte, daß die USA einer KSZE-artigen Organisation in Asien skeptisch gegenüberstünden, aber er hält ihnen vor, daß sie kein anderes sicherheitspolitisches Konzept entwickelt hätten. Gegen Bedenken, daß eine solche Organisation erst ins Leben gerufen werden könne, wenn verschiedene subregionale Konflikte – z. B. auf der koreanischen Halbinsel – gelöst sind, argumentiert Koh, daß die KSZE in Europa vor Ende des Kalten Krieges gegründet worden sei. In Asien könne

36 Vgl. Südostasien aktuell, (1992) 1, S. 8.

man bestehende Konsultativorgane wie das jährliche ASEAN-Außenministertreffen mit den Dialogpartnern nutzen, um Schritt für Schritt ein Gesprächsforum zur Sicherheitspolitik aufzubauen.

Die Einschätzung Kohs wird in anderen asiatischen Ländern geteilt. Die wachsenden Ressentiments in den USA über den stetig steigenden japanischen Handelsbilanzüberschuß, der Zerfall der Sowjetunion mit dem Aufstieg Rußlands und zögernde Kompromißbereitschaft in der Kurilenfrage lasse die Bedeutung der strategischen Partnerschaft zwischen Japan und den USA verblassen. Der bilaterale Sicherheitsvertrag hat entscheidend zur Stabilität in Asien beigetragen; das Ende der sowjetischen Bedrohung macht es nach Einschätzung des japanischen Außenministeriums immer schwieriger, in der Öffentlichkeit des Landes die Notwendigkeit dieses Vertrages zu verdeutlichen. Indonesien wie auch Singapur befürchten, daß jetzt die Einschränkungen bei den Rüstungsanstrengungen Japans, die als Folge des Vertrages gelten konnten, zunehmend wegfallen und Japan wieder aufzurüsten beginnt – paradoxerweise auch unter amerikanischem Druck. Amerikanische Truppenpräsenz in Asien ist nötig, damit Japan nicht einem stets vorhandenen Verwundbarkeitsdenken unterliegt, z. B. beim Schutz seiner Seerouten. Ohne amerikanische Präsenz wären etwa japanische Tanker ungeschützt – Japan könnte seine Flottenstärke ausbauen und damit wiederum bei anderen pazifisch-asiatischen Staaten neue Bedrohungsgefühle auslösen. In Malaysia, Indonesien und Singapur vertreten Politiker die Auffassung, daß der amerikanisch-japanische Sicherheitsvertrag nach Ende des Kalten Krieges dazu dienen muß, im pazifischen Raum ein „Klima der Nicht-Bedrohung“ zu sichern.

Anläßlich des 15. Jahrestages der Unterzeichnung des Friedens- und Freundschaftsvertrages zwischen Japan und China (1978) zog der chinesische Staatspräsident Jiang Zemin eine deutlich positive Bilanz der bilateralen Beziehungen: Auf der Basis anerkannter Gleichberechtigung (stets ein chinesisches Anliegen gegenüber Japan) und zu gegenseitigem Nutzen habe die Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten große Fortschritte gemacht. Die Beziehungen treten nach Jiangs Auffassung jetzt „in eine neue Phase“: Gutnachbarliche, freundschaftliche Beziehungen zwischen China und Japan seien nicht nur im Interesse beider Völker, sondern bildeten die Grundlage für Frieden, Stabilität und Entwicklung in der asiatisch-pazifischen Region³⁷.

37 Vgl. Xinhua, hs, chin., 8. 8. 93, in: (BBC) Summaries of World Broadcast vom 10. August 1993; Nachrichtenagentur XNA vom 20. Juli 1993.

Paul Kevenhörster: Das japanische Parteiensystem im Umbruch. Stagnation oder Neubeginn?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/94, S. 3-10

Nach Jahrzehnten unumschränkter Vormachtstellung der liberaldemokratischen Regierungspartei befindet sich das japanische Parteiensystem in einem tiefgreifenden Umbruch: Tritt ein Vielparteiensystem an die Stelle des herkömmlichen „Eineinhalbparteiensystems“? Oder besteht die konservative Parteiendominanz nur in veränderter Form fort? Die Zukunftsperspektiven des japanischen Parteiensystems hängen davon ab, wie sich die politischen Parteien und die kleineren Oppositionsgruppen dem neuen Wahlsystem anpassen und welche Konfliktlinien das politische Koordinatensystem der Zukunft bestimmen.

Die bisherigen Konfliktlinien werden die künftige politische Landschaft nicht mehr wie bisher prägen. Obwohl das neue Wahlsystem *auf Dauer* die Herausbildung von zwei oder drei großen Parteien begünstigt, werden die kommenden Jahre eine Zeit des Umbruchs sein, gekennzeichnet durch Auseinandersetzungen zwischen den Parteien um strategische Bündnisse, neue Spaltungen und Fusionen und durch hohe politische Instabilität. Werden Fluktuationen, Spaltungen und Fusionen der Parteien über einen längeren Zeitraum anhalten, droht eine Stagnation der Politik. Die Reform der politischen Wettbewerbsbedingungen eröffnet den Parteien aber auch die Chance eines Neubeginns.

Werner Pascha: Japans Wirtschaft: Krise und Wandel

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/94, S. 11-18

In der internationalen Diskussion wird leichtfertig von einem Krisenzustand der japanischen Wirtschaft gesprochen. Das hat auch damit zu tun, daß in Japan selbst aus systemimmanenten Gründen ein Krisenbewußtsein immer wieder geschürt wird. Der Eindruck einer latenten Bedrohung des Landes wird kultiviert mit dem Ziel, wirtschaftliche Effektivität und Effizienz nicht aus dem Auge zu verlieren.

Kurzfristig gesehen scheint das Konjunkturtief in Japan im Frühsommer 1994 erreicht zu sein. Mittelfristig stellen sich weitere Anpassungserfordernisse, vor allem im Finanz- und Produktionssystem. Die langfristigen, angebotsseitigen Entwicklungsbedingungen lassen ein Wachstum auf relativ niedrigem Niveau wahrscheinlich erscheinen.

Im Hinblick auf einen evolutionären Wandel der japanischen Wirtschaft findet sich im Westen oft eine verzerrte Einschätzung der wirklich relevanten Änderungsfaktoren. Die Leistungsbilanzüberschüsse werden sich aufgrund eines Rückgangs der Sparquote leicht vermindern. Der Frage des Marktzutritts kommt in Zukunft nicht jene Bedeutung zu, die sie im globalen wirtschaftspolitischen Dialog gegenwärtig hat. Die Bedeutung eines Zusammenpralls von Zivilisationen wird überschätzt, muß aber als Wahrnehmungsproblem ernstgenommen werden. Ein wirklich tiefgreifender Wandel könnte dahin gehend relevant werden, daß die langfristigen geschlossenen Bindungsgeflechte innerhalb Japans von offeneren Beziehungen abgelöst werden. Ein Ende der japanischen Wirtschaftskraft zeigt das aber keineswegs an.

Friederike Bosse: Leidet Japans Moral unter seinen eigenen Tugenden? Anmerkungen zur „japanischen Krankheit“

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/94, S. 19–26

Im Westen wird das Bild von der japanischen Gesellschaft vor allem durch das Stereotyp des fleißigen Japaners bestimmt, der sich bis zur Selbstaufgabe für sein Unternehmen einsetzt. Ein weiteres Stereotyp ist die Konformität der Japaner, die stets in großen, einheitlich wirkenden Gruppen aufzutreten scheinen. Die Regierungsbeamtin Sugahara Mariko veröffentlichte im April 1994 einen Aufsatz, in dem sie diese Klischees zum Teil widerlegt, zum Teil aber die vermeintlichen „Tugenden“ Japans als Ursache für den Verfall der Werte und Normen in der Gesellschaft verantwortlich macht. Sie stellt eine tiefgreifende Erkrankung der japanischen Gesellschaft fest und nennt dafür fünf Symptome: die Schwächung des Arbeitsethos, die übermäßige Homogenität, der Mangel an Kreativität, der Mangel an bürgerlicher Moral und die Verschwendung von menschlichen Ressourcen in Form von Frauen und alten Menschen. Ihre Analyse der Symptome führt zu dem Schluß, daß die dahinterstehenden Normen zwar nützlich für Japans Weg zu einer Industrienation waren, für eine Wohlstandsgesellschaft in einer immer stärker zusammenrückenden internationalen Gemeinschaft aber nicht bestehen können.

Die nähere Betrachtung dieser fünf „Symptome“ zeigt, daß Sugaharas Interpretation nur teilweise zutrifft. Das Klischee vom arbeitswütigen Japaner erweist sich als Mythos, und der zunehmende Wunsch nach mehr Freizeit wird deutlich. Doch führt dies nicht zu einem absoluten Verfall der Arbeitsmoral. Auch bei den anderen Symptomen lassen sich zwar die geschilderten Verhältnisse und Einstellungen durchaus nachvollziehen, aber die Analyse kommt nicht zur gleichen Bewertung. Insgesamt zeigt sich, daß die japanische Gesellschaft noch weitgehend an den alten Normen festhält; in einigen Bereichen sind Anzeichen von Wandel zu erkennen, die jedoch nicht zu einem Verfall der allgemeinen Moral führen. Japan ist noch weit davon entfernt, eine Gesellschaft nach westlichem Muster zu werden, in der das Individuum und nicht die Gruppe im Mittelpunkt steht.

Manfred Pohl: Japans Rolle in Ostasien: Großmacht wider Willen?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/94, S. 27–38

Seit längerem schon argwöhnen die ASEAN-Staaten, aber z. B. auch Südkorea und Taiwan, daß die einzig verbliebene Supermacht USA ihr Engagement in Asien abbauen will. Präsident Clinton steht unter innenpolitischem Druck, die weltweite Militärpräsenz der USA zu reduzieren. Nach den „Halbzeitwahlen“ zum Kongreß und in mehreren Bundesstaaten der USA, die zu einem Desaster für den Präsidenten wurden, hat sich dieser Druck verschärft. Aus der Sicht der meisten asiatischen Staaten aber sind die USA mit ihrer militärischen Präsenz der einzig verlässliche Ordnungsfaktor in der Region. Ein amerikanischer Rückzug könnte Japan dazu verführen, stärker aufzurüsten; das würde China mit eigenen Rüstungsanstrengungen beantworten: In Nordostasien wäre ein Rüstungswettlauf unvermeidlich, der auch für Südostasien unabsehbare Konsequenzen hätte.

Die jahrelange handelspolitische Konfrontation mit den USA, aber auch ein neues Selbstbewußtsein asiatischer Staaten, das sich u. a. in einer offensiven Wertediskussion gegenüber den USA äußert, haben in Japan zu einer „Wiederentdeckung Asiens“ geführt. Die Region Asien hat Nordamerika als wichtigsten Handelspartner Japans überholt, japanische Investitionen gehen verstärkt nach Asien, und auch die japanische Politik setzt zunehmend auf die asiatischen Partner. Der politische Dialog, den Japan mit der ASEAN führt, hat längst auch sicherheitspolitische Bedeutung gewonnen (z. B. „ASEAN Regional Forum“, ARF). Staaten wie Malaysia oder Singapur setzen jetzt auf Japan als eine mindestens regionalpolitische Ordnungsmacht: Die wirtschaftliche Supermacht Japan sieht sich zunehmend auch mit sicherheitspolitischen Aufgaben konfrontiert und könnte sich zu einer „Großmacht wider Willen“ entwickeln.